



Mario Hesselbarth

**»GEGEN DAS HISSEN
DER ROTEN FLAGGE
AUF DEM RATHAUS
ERHEBEN WIR
KEINEN EINSPRUCH.«**

NOVEMBERREVOLUTION 1918 IN THÜRINGEN

Mario Hesselbarth
**»GEGEN DAS HISSEN
DER ROTEN FLAGGE
AUF DEM RATHAUS
ERHEBEN WIR
KEINEN EINSPRUCH.«**
NOVEMBERREVOLUTION
1918 IN THÜRINGEN

INHALT

Vorwort	6
Einleitung	8
Die Generalprobe im Januar/Februar 1918	17
Ein Vorspiel in Jena	17
Machtfrieden oder Verständigungsfrieden	18
Die Aufstandsbewegung für den Frieden	26
Zum Entstehen der revolutionären Situation im Herbst 1918	34
Sommer/Herbst 1918 – Das Zusteuern auf die Revolution	34
Die Regierung Max von Baden	40
Die Rückwirkung der innenpolitischen Reformen der Regierung Max von Baden auf die Thüringer Kleinstaatenwelt	46
Die Arbeiter und der Frieden	55
Wer hat eigentlich gemeutert?	62
Die Novemberrevolution in Thüringen	65
Die Soldatenaufstände in Weimar, Altenburg und Gotha am 7. und 8. November 1918	65
Die Ausweitung der Soldatenaufstände zur Revolution. Der 8. November 1918 in Thüringen	67
Die Entscheidung: Der 9. November 1918	73
Formen des Übergangs: Von der Fürsten- herrschaft zur Demokratie in Thüringen	83
Provisorische Räteherrschaft in Sachsen-Weimar-Eisenach, Reuß j. L. und Reuß ä. L. und Sachsen-Gotha	83
»Transformation« in Sachsen-Altenburg	89
»Gesetzlicher Übergang« durch die Landtage in Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt	90

Die »Räteherrschaft« in Thüringen im November/Dezember 1918	95
Die flächendeckende Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten und deren lokale Machtübernahme ab dem 10. November 1918	95
Ansätze des Aufbaus einer Räte-Organisation für die Übergangszeit	102
Zur Frage der Mitarbeit des Bürgertums in den Arbeiter- und Soldatenräten	110
Das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte in Thüringen	113
Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit	113
Die Sicherung der Lebensmittelversorgung	120
Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte zur Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung	125
Weichenstellungen im Dezember	129
Die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. Dezember 1918 in Erfurt als Anstoß zur Bildung des Landes Thüringen	129
Nationalversammlung oder Rätesystem	132
Die Gründung der KPD	141
Anstelle eines Nachwortes ein Ausblick	143

VORWORT

Warum an ein Ereignis erinnern, das einhundert Jahre zurückliegt, weitgehend unbeliebt war und im letzten Vierteljahrhundert fast vergessen schien?

Ende der 1960er Jahre, auf dem Höhepunkt der gesellschaftlichen und geschichtswissenschaftlichen Diskussionen über die Novemberrevolution 1918 in der damaligen Bundesrepublik veröffentlichte der Journalist Sebastian Haffner seine in der Zuspitzung umstrittene, aber auch heute noch lesenswerte Reportage über das Revolutionsdrama. Eine Anfang der 1990er Jahre erschienene Neuausgabe trägt den Untertitel »Als Deutschland wurde, wie es ist«. Nicht nur für Haffner war die Barbarei des deutschen Faschismus und der von ihm begangenen singulären Menschheitsverbrechen Ausgangspunkt der Betrachtungen. Die aus der Revolution 1918 hervorgegangene Weimarer Demokratie entwickelte kein wirkliches gesellschaftliches Fundament. Ihr eigentlicher sozialer Träger, die sozialistische Arbeiterschaft, hatte sich infolge der Niederlage der Revolution endgültig in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel gespalten. Die ökonomischen und politischen Eliten des untergegangenen Kaiserreiches konnten hingegen ihre Machtpositionen retten, von denen aus sie in den nachfolgenden Jahren die junge Demokratie attackierten und destabilisierten. Aus dieser Perspektive war die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch rechtsextreme Freikorpsoldaten am 15. Januar 1919 das eigentliche geschichtsträchtige Ereignis des Revolutionsdramas. Als Personen hatten diese beiden Vorkämpfer der radikal-linken Spartakusgruppe keinen wirklichen Einfluss auf den Ereignisverlauf. Aber mit Ausnahme des drei Wochen nach ihnen ermordeten bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner symbolisierte niemand die Revolution mehr als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Rückblickend konnte und kann ihre Ermordung als eine weitere Wende hin zur Katastrophe des 20. Jahrhunderts gedeutet werden.

Eine gerade Linie von der Niederlage der Revolution im Frühjahr 1919 hin zum Untergang der Weimarer Republik am 30. Januar 1933 zu ziehen, hieße jedoch die Offenheit geschichtlicher Prozesse zu verdecken. Sowohl die Leistungen der Novemberrevolution 1918 als auch ihre demokratischen und sozialistischen Potentiale traten und treten aus dieser Perspektive all-

zu schnell in den Hintergrund. Zu konstatieren ist jedoch zunächst, dass die Novemberevolution den Ersten Weltkrieg beendete und Deutschland vor einem »nationalen Verteidigungskrieg« mit noch größeren Opfern bewahrte. Die Revolution stürzte das Kaiserreich und etablierte die Republik mit allgemeinem Wahlrecht, nun auch für die Frauen. Demokratische und soziale Rechte, jahrzehntealte Forderungen der Arbeiterbewegung, wurden durch sie verwirklicht. All das stellte einen wesentlichen historischen Fortschritt im Vergleich zu dem von Bismarck 1871 begründeten preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat dar. Seinen Ausgangspunkt hatte dieser Fortschritt nicht in Beschlüssen von Parlamenten, sondern in den spontanen Massenaktionen der revolutionären Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeiter. Insofern besaß die Novemberrevolution einen ausgeprägten sozialen und basisdemokratischen Grundzug, der sich besonders in der Bildung und dem anfänglichen Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte [nachfolgend: ASR; M. H.] niederschlug. Im Kern ging es im November 1918 um Frieden und Demokratie, um die republikanische Staatsform, um individuelle und kollektive staatsbürgerliche Freiheiten und Rechte, um Emanzipation und Partizipation, um die Lösung der sozialen Frage einschließlich der Eigentumsfrage.

Diese doppelte Bilanz – die Niederlage mit ihren dramatischen Folgen für die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts und zugleich der gesellschaftliche Fortschritt gegenüber dem Bismarckreich – macht den Umgang und die Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution 1918 auch nach 100 Jahren aus demokratisch-sozialistischer Perspektive zu einer Herausforderung.

EINLEITUNG

Noch immer könne sich die Welt eine Revolution »nicht anders vorstellen, als mit Blutvergießen mit Flinten, Bajonetten und Barrikaden« konstatierte Hermann Müller, Redakteur der sozialdemokratischen *Altenburger Volkszeitung*, seinen mit dem Abstand von fünf Jahren verfassten Rückblick auf die Novemberrevolution 1918.¹ Er selbst hatte am Abend des 8. November 1918 eine Abordnung des Soldatenrats des Flugplatzes Leina relativ erfolglos aufgefordert, keine eigenständigen Aktionen durchzuführen. Am darauffolgenden Tag wurden die Soldaten dennoch aktiv, wobei es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen kam.²

Am Vormittag des 8. November befürchteten auch in Weimar die Führungen von Polizei und Militär gewaltsame Ausschreitungen. Ihnen war die Absicht der Soldaten der Garnison bekannt geworden, am Abend durch die Stadt zu demonstrieren. Deshalb baten sie den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Baudert bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung um Unterstützung.³ Die im Anschluss an die Soldatendemonstration in der Nacht zum 9. November vollzogene Machtübernahme durch den Weimarer Soldatenrat verlief jedoch »in größter Ruhe. Die Ordnung wurde nirgends gestört«.⁴ Noch zwei Tage danach blickten viele Weimarerinnen und Weimarer mit Verwunderung »um sich und wollten es gar nicht glauben, was geschehen war! Der Großherzog abgedankt und doch alles so ruhig!«⁵

Nachdem am Morgen des 9. November die in vielen Orten ablaufenden revolutionären Ereignisse Mühlhausen zu erreichen schienen, riefen Oberbürgermeister Trenkman und der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung mit Verweis auf die aus dem benachbarten Gotha gemeldeten »Ausschreitungen« zu Ruhe und Ordnung auf.⁶ Aber auch in Mühlhausen verlief die Übernahme der öffentlichen Gewalt durch die Revolutionäre

¹ Müller, Hermann: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. Jena 1923. S. 109.

² Wolfrum, Andreas: *Die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg zwischen 1848 und 1920*. Köln Weimar Wien 2003. S. 188.

³ Post, Bernhard; Werner, Dietrich: *Herrscher in der Zeitenwende. Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach 1876–1923*. Weimar 2006. S. 503.

⁴ *Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach*, 09.11.1918. (nachfolgend: *Volkszeitung*)

⁵ Wallraf, Lothar: *Vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis zur Befreiung des Faschismus 1917 bis 1945*, in: Günther, Gitta; Wallraf, Lothar (Hrsg.): *Geschichte der Stadt Weimar*. Weimar 1976. S. 521. (S. 513–633).

⁶ Lösche, Dietrich: *Materialien zur Geschichte der Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen*. Mühlhausen in Thüringen 1957. S. 12. Dok. 8.

nahezu ebenso gewaltfrei wie in fast allen Städten und Gemeinden, Kreisen und Provinzen sowie den Bundesstaaten und selbst in der Reichshauptstadt Berlin.⁷ Mehrfach betonte Mühlhausens Oberbürgermeister Trenkmann in seinem Bericht an das Erfurter Regierungspräsidium über die Ereignisse zwischen dem 9. und 11. November, dass es in seiner Stadt zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Störungen von Ruhe und Ordnung gegeben habe.⁸ Gewaltlosigkeit, aber auch die Entschlossenheit zur Herbeiführung des Friedens, zur Beseitigung der überkommenen monarchistischen Strukturen sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung waren die wesentlichen Kennzeichen der ersten Revolutionstage. Auch in Thüringen »floß [...] nirgends Blut, es wurde weder geraubt, noch geplündert, als die Residenzschlösser hie und da vorübergehend unbewacht waren«.⁹

Entscheidend für diesen Verlauf der Revolution war die massenhafte Beteiligung von Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeitern und weiteren Kreisen der Bevölkerung nicht nur in den Großstädten. »Es dürfte kaum eine andere Revolution gegeben haben, die in der ersten Revolutionswoche von einer solchen Massenbewegung getragen wurde und so erfolgreich verlief wie die deutsche Revolution im November 1918.«¹⁰ Angesichts der aufständischen Soldaten und der Massen auf den Straßen und Plätzen brach die scheinbar festgefügte preußisch-deutsche obrigkeitstaatliche Ordnung in sich zusammen, akzeptierte das Bürgertum zunächst den Staatsumsturz, unterstellten sich die Offiziere und Beamten widerstandslos den ASR, wenn auch mit gewissen Zögern und mitunter – wie der Jenaer Oberbürgermeister Fuchs – mit dem Versuch, die Tatsache der Revolution zu ignorieren.¹¹ Die Könige, Fürsten und Herzöge verließen mehr oder weniger freiwillig, aber ohne Widerstand, ihre Throne. Auch Herzog Bernhard III. von Sachsen-Meiningen, der am Abend des 10. November in den Räumen seines

⁷ Luban, Ottokar: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/I. S. 55–78.

⁸ Lösche: Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen. S. 20. Dok. 17.

⁹ Facius, Friedrich: Politische Geschichte Thüringens 1828–1945, in: Patze, Hans; Schlesinger, Walter (Hrsg.) Geschichte Thüringens. Politische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 2. Köln/Wien 1978. S. 340.

¹⁰ Bramke, Werner: Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: Plener, Ulla (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution. Berlin 2009. S. 21. (S. 11–40).

¹¹ Als der Vorsitzende des soeben konstituierten Jenaer ASR an den Oberbürgermeister die Frage richtete, »ob er gewillt ist, die gesamte Gemeindeverwaltung einschließlich der Polizeigewalt dem Arbeiter- und Soldatenrat zu unterstellen«, antwortete der Angesprochene, er werde dies entsprechend der Weisung des Bezirksdirektors tun. Der ASR zeigte sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und erklärte, er sei jetzt die oberste Instanz in Jena, alle Anweisungen des Bezirksdirektors bedürften seiner Zustimmung. Daraufhin unterstellte sich der Oberbürgermeister dem ASR. Schulz, Eberhart: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. Jena 2008. S. 141.

Palais auf die Abordnung des soeben gebildeten lokalen ASR wartete und darauf hoffe, sich der unvermeidlichen Abdankung entziehen zu können, musste das Schicksal seiner Standesgenossen teilen. Seine Frage »ob das so eilig sei«¹² beantworteten die Vertreter des ASR mit dem Verweis auf die 3.000 Demonstranten in der Stadt, die auf eine Entscheidung warteten. Daraufhin unterzeichnete Bernhard III. die von einem Soldaten verfasste Abdankungserklärung.¹³

Friedrich Engels hatte 1887 ein solches Szenario als Ergebnis eines Weltkrieges vorausgesagt: »Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet. Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.«¹⁴

Tatsächlich wehte als Zeichen des Umsturzes seit dem 9. November 1918 auf Schlössern und Rathäusern, öffentlichen sowie Amtsgebäuden, Bahnhöfen, selbst im Eichsfeld¹⁵ und am Jenaer Hanfried, das Symbol der sozialistischen Arbeiterbewegung, die rote Fahne.¹⁶ Die von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft jahrzehntelang eingeübte Disziplin war der Garant der Gewaltlosigkeit der ersten Revolutionswochen. Die Proletarier hätten sich auch als Soldaten vom Geist des Sozialismus sowie der Organisation leiten lassen und dementsprechend gehandelt, hob der Redakteur der sozialdemokratischen *Volkszeitung* für Sachsen-Weimar, Heinrich Fischer, in seinem einführenden Referat in der öffentlichen Par-

¹² *Saalfelder Volksblatt*, 22.11.1918.

¹³ Moczarski, Norbert: Der letzte Landtag von Sachsen-Meiningen und die ihm nachfolgende Gebietsvertretung in den Jahren 1919–1923, in: *Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen* Bd. 19. Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Erfurt 2002. S. 81. (S. 81–119).

¹⁴ Engels, Friedrich: Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten 1806–1807«, in: Institut für Marxismus-Leninismus (IML) (Hrsg.): *Marx-Engels-Werke* Bd. 21. S. 350f. (S. 346–351).

¹⁵ Degenhardt, Andreas; Degenhardt, Mathias: Der Kreis Heiligenstadt während des Ersten Weltkrieges, in: *Eichsfeld-Jahrbuch* 2011. (19. Jg.) S. 295. (S. 267–298).

¹⁶ *Jenaische Zeitung*, 10.11.1918.

tei- und Gewerkschaftsversammlung im Weimarer Volkshaus am Abend des 11. November hervor.¹⁷ Beeindruckt und überwältigt »von dem würdigen Verlauf der Bewegung« ergriff der langjährige führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Bock am Ende der Massenkundgebung auf dem Gothaer Hauptmarkt am Vormittag des 9. November noch einmal das Wort, um den Versammelten seine Empfindungen mitzuteilen.¹⁸ Der Soldat Paul Solbrich, der am Morgen des 9. November gemeinsam mit seinen Kameraden und etwa 400 Zeiss-Arbeitern in die Jenaer Garnison eingedrungen war, um die dort stationierten Soldaten zum Anschluss an die Revolution zu bewegen, konnte auch 40 Jahre später seine freudigen Gefühle, die er während der Verbrüderung zwischen den Arbeitern und Soldaten empfunden hatte, nicht beschreiben.¹⁹ Wally Jehne, die während des Ersten Weltkrieges zur oppositionellen Arbeiterjugendbewegung gehörte, war am Mittag des 9. November unter den tausenden Menschen, die auf dem Jenaer Markplatz zusammengekommen waren: »Wir Jungen glaubten freudig, es sei schon alles gewonnen.«²⁰

Es besteht ein merkwürdiger Kontrast zwischen diesen Zeugnissen des unmittelbaren Erlebens der Revolution und ihren späteren Deutungen.²¹ Der Novemberrevolution 1918 habe »von Beginn an« eine klare Anhänger-schaft gefehlt, die rechten Gegner der Weimarer Republik bis hin zu den Nationalsozialisten kleideten ihren Hass auf die parlamentarische Demokratie in ihre Anklagen gegen die »Novemberverbrecher«. Die linksradikalen Widersacher Weimars hätten den unter der Ägide Friedrich Eberts und Gustav Noskes erfolgten Umschlag der Revolution in eine Gegenrevolution und die linken Kritiker der Republik die lediglich formale und ideenlose Demokratie beklagt.²² Es sei in der Weimarer Republik nicht gelungen, »die Revolution als positives Symbol ihrer Gründung zu feiern«, und nach dem Zweiten Weltkrieg galt die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland »im Westen wie im Osten als Fehlentwicklung«, aus der jedoch gänzlich entgegengesetzte Schlussfolgerungen gezogen wurden,

¹⁷ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

¹⁸ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

¹⁹ Solbrig, Paul: Teilnahme des Genossen Paul Solbrig an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse. Jena, 08.03.1958. Nachlass Erhard Wörfel. Stadtarchiv Jena.

²⁰ Jehne, Wally: Teilnahme der Kollegin Wally Jehne an den Kämpfen der Arbeiterklasse. Jena, 09.03.1958. Nachlass Erhard Wörfel. Stadtarchiv Jena.

²¹ Den bislang wohl umfassendsten Überblick über die Rezeptionsgeschichte gibt Niess, Wolfgang: *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*. Berlin Boston 2013.

²² Gallus, Alexander: *Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel*, in: Gallus, Alexander (Hrsg.): *Die vergessene Revolution von 1918/19*. Göttingen 2010. S. 16/17. (S. 14–38).

die sich auch auf das Bild der Novemberrevolution 1918 auswirkten.²³ Mit dem Ende der DDR 1989/90 geriet die Revolution nahezu endgültig in Vergessenheit, nachdem bereits in den 1980er Jahren das politische und wissenschaftliche Interesse an ihr spürbar nachgelassen hatte.

Einen Schlüssel zur Erklärung dieses Kontrasts zwischen unmittelbarem Erleben und rückblickenden Deutungen liefert die »Spartakisten-Phobie«²⁴, die sich in den Köpfen großer Teile der Bevölkerung einschließlich der mehrheitssozialdemokratischen Führung festgesetzt hatte. Die Furcht vor Karl Liebknecht und den »russischen Zuständen« erzeugte ein Klima der Angst, in dem die Leistungen der Protagonisten der Revolution schnell in Vergessenheit gerieten. Die nachfolgende Auseinandersetzung konzentrierte sich stattdessen auf das Agieren Friedrich Eberts und der Führung der MSPD. In den aus verschiedenen politischen Überzeugungen und/oder geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen gespeisten Urteilen wurden und werden deren Handlungen entweder als begrüßenswerte Abwehr der drohenden bolschewistischen Diktatur dargestellt oder als historisches Versagen gedeutet, da die vorhandenen Chancen auf eine soziale Demokratie bzw. eine bürgerliche oder gar sozialistische Republik nicht genutzt wurden.

Die dominierende Revolutionsdeutung der Bundesrepublik der 1950er Jahre sah nur die Alternative: Bündnis der mehrheitssozialdemokratischen Führer mit den bürgerlichen und konservativen Kräften oder »rote Diktatur«. Der Entscheidungsspielraum habe sich auf ein konkretes Entweder-Oder beschränkt: Entweder »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps«.²⁵ Im Kern bedeuteten diese Auffassungen, dass die Weimarer Republik auf dem monarchistisch-autoritären Staat Bismarcks und Wilhelms II. sowie dem während des Weltkrieges begründeten konservativ-demokratischen bzw. bürgerlich-(parlamentarisch-)demokratischen Bündnis beruhte. Die MSPD-Führung um Friedrich Ebert habe im November 1918 die Kontinuität der historischen Entwicklung bewahrt, »indem sie die ›freiheitliche Ordnung‹ gegen die ›bolschewistische Gefahr‹ verteidigten und

²³ Schild, Axel: Der lange November – zur Historisierung der deutschen Revolution, in: Gallus (Hrsg.): Die vergessene Revolution. S. 225. (S. 223–244).

²⁴ Jones, Mark: Am Anfang war die Gewalt: die deutsche Revolution und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017. S. 94.

²⁵ Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Bd. 3 (1955). S. 7. (S. 1–19).

den ›Bestand des Reiches‹ sicherten.«²⁶ In den 1950er/1960er Jahren wurde diese Sichtweise von einer »neuen Historikergeneration« hinterfragt. In Anlehnung an Arthur Rosenbergs kritische Interpretation der Rolle der Sozialdemokratie während der Revolution²⁷ und basierend auf umfassenden empirischen Untersuchungen zum Agieren der ASR war für sie die wirkliche Alternative zur bürgerlichen Demokratie nicht bolschewistische Diktatur sondern eine auf die Räte gestützte soziale Demokratie.²⁸ Nicht empirisch abgesicherte Ergebnisse, sondern deren »bloße Negation«²⁹ führte in der Bundesrepublik der 1970er Jahre dann zu einer erneuten Neuinterpretation der Novemberrevolution, die einerseits die konservative Sicht in modifizierter Form neu belebte, andererseits die Kritik an den unterlassenen Maßnahmen zur Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie akzeptierte.

Infolgedessen wurde die Rolle der ASR nun »viel nüchterner« gesehen, das Interesse konzentrierte sich auf die »präventive Sicherung der parlamentarischen Demokratie in der parlamentslosen Übergangszeit zwischen dem Sturz der Monarchie und der Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung«.³⁰ In einer hochkomplexen, arbeitsteiligen Industriegesellschaft habe die Revolution nicht zum großen weltgeschichtlichen Ereignis werden können, weil die »Angst vor dem Chaos« eben doch real war, wie das russische Beispiel gezeigt hatte, und weil befürchtet wurde, eine kleine, zu allem entschlossene Minderheit könne der Mehrheit ihren Willen aufzwingen.³¹

Die »Revolutionäre wider Willen«³² um Friedrich Ebert hätten sich nicht als Gründungsväter einer Demokratie, sondern als Konkursverwalter des alten Regimes verstanden.³³ Deshalb beschränkten sie sich auf die Lösung der tatsächlich drängenden Tagesaufgaben: schnelle Demobilisierung der

²⁶ Grebing, Helga: *Konservative Republik oder soziale Demokratie. Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie*, in: Grebing, Helga (Hrsg.): *Die deutsche Revolution 1918/19: eine Analyse*. Berlin 2008. S. 19. (S. 15–39).

²⁷ Rosenberg, Artur: *Geschichte der Weimarer Republik* (1935). Hamburg 1991.

²⁸ v. Oertzen, Peter: *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*. Berlin-Bonn Bad Godesberg 1976. S. 67.

²⁹ Kluge, Ulrich: *Die deutsche Revolution 1918/19*. Frankfurt a.M. 1985. S. 25.

³⁰ Winkler, Heinrich August: *Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtsschreibung*, in Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*. München 2002. S. 36f.

³¹ Ebenda, S. 39f.

³² Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*. Bonn/Berlin 1983. S. 34.

³³ Winkler: *Ein umstrittener Wendepunkt*. S. 36.

Armee, zügiger Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Bewahrung der Reichseinheit. Sie stützten sich dabei jedoch nicht auf die von ihren eigenen Anhängern dominierten ASR, sondern auf die Oberste Heeresleitung, das hohe Beamtentum und die Unternehmerschaft. Das Ebert-Gröner-Bündnis vom 10. November³⁴ und das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918³⁵ prägten die weitere Entwicklung entscheidend vor, unabhängig davon, dass nach Auffassung der MSPD-Führung über Strukturreformen nicht der mit einem revolutionären Mandat ausgestattete »Rat der Volksbeauftragten«, sondern die durch demokratische Wahlen legitimierte verfassungsgebende Nationalversammlung entscheiden sollte.³⁶

Die marxistisch-leninistische Deutung der Novemberrevolution machte für deren Ausgang »das geschichtliche Versagen der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften« verantwortlich.³⁷ Zwar gab es insbesondere im Umfeld des 40. Jahrestages eine intensive Auseinandersetzung mit sowohl forschungsstimulierenden als auch erkenntnishemmenden Wirkungen³⁸, spätestens in den 1970er Jahren jedoch geriet die Novemberrevolution zum bloßen Kontext für die Gründung der KPD, die als deren wichtigstes Ergebnis galt. Dieses Verständnis prägte auch die Mitte der 1970er Jahre erschienene Darstellung der Novemberrevolution in Thüringen, wenngleich die hier vorgenommene Charakterisierung (wie auch andere im gleichen Zeitraum vorgelegten Arbeiten zur Revolution) deutliche Konzessionen an die zehn Jahre zuvor abgekanzelte Position enthielt.³⁹ 1963 versuchte Willibald Gutsche in seiner Arbeit über die revolutionäre Bewegung in Erfurt, die Richtigkeit der 1958 von Walter Ulbricht in den Thesen des Zentralkomitees durchgesetzten Charakterisierung der Novemberrevolution nachzuweisen. Demnach war diese eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissen Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.⁴⁰ 1976 vertrat Gerhard Schulze die Auffassung, objektiv habe die sozialistische Republik in Deutschland auf der

³⁴ Die Oberste Heeresleitung sicherte Ebert ihre Loyalität unter der Bedingung zu, dass seine Regierung aktiv gegen den Bolschewismus vorgehen würde. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 69.

³⁵ Mit diesem Abkommen erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterschaft und als Tarifpartner an. Im Gegenzug verzichtete die Gewerkschaftsführung auf die Verwirklichung der Sozialisierungsforderungen. Ebenda, S. 79.

³⁶ Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt. S. 36.

³⁷ IML (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 3. Berlin. 1966. S. 197.

³⁸ John, Jürgen: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Winkler: Weimar im Widerstreit. S. 69. (S. 43–84).

³⁹ Ebenda, S. 72.

⁴⁰ Gutsche, Willibald: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution. Erfurt 1963. S. 20.

Tagesordnung gestanden.⁴¹ In einer solchen Revolution hätte die Arbeiterklasse die Führung übernehmen müssen. Da sie jedoch gespalten war und eine selbständige marxistische Kampfpartei fehlte, konnte sie ihre führende Rolle in der Revolution nicht verwirklichen. Obwohl während des Krieges der Einfluss der Spartakusgruppe und der anderen Linken auch in Thüringen bedeutend angestiegen war, so Schulze, habe die Mehrheit der Arbeiterklasse unter dem opportunistischen Einfluss der rechten Führer von SPD und USPD gestanden.⁴²

Nach 1990 galt das Interesse der Landesgeschichtsschreibung des neu gegründeten Thüringen vorrangig seiner Entstehung im Jahr 1920. Die Novemberrevolution wurde zwar als entscheidender Ausgangspunkt dafür durchaus berücksichtigt,⁴³ fand darüber hinaus jedoch, dem allgemeinen Trend folgend, keine weitere Aufmerksamkeit. Seit 2009 nimmt indes das Interesse an der Revolution über den engeren Kreis Interessierter auf Seiten der gesellschaftlichen Linken hinaus wieder zu. Ob sie im Ergebnis ihres 100. Jahrestages als »der wahre Beginn unserer Demokratie«⁴⁴ allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz finden wird und aus demokratisch-sozialistischer Perspektive finden sollte, ist eine zu diskutierende Frage.

Nachfolgend werden die unmittelbaren Ursachen und der Verlauf der ersten Wochen der Revolution in Thüringen skizziert. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen bewusst jene, die die Revolution in ihren ersten Stunden und Tagen getragen haben: die revolutionären Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die von ihnen konstituierten Machtorgane der Revolution – die ASR. Eine umfassende Darstellung aller politischen, sozialen, ökonomischen und auch psychologischen Aspekte der Revolution, ihrer Auswirkungen auf die Entwicklung einzelner Bereiche der Gesellschaft und vor allem auf den Alltag der Menschen, die ja in höchst unterschiedlichen Verhältnissen lebten und sich selbst als jeweils klassenzugehörig verstanden, würde den Rahmen dieser kleinen Schrift sprengen. Zudem können die strukturellen gesellschaftlichen Konfliktlagen, die zur Revolution geführt hatten, nur angedeutet werden. Sie sind in den großen Darstellungen zur Novemberrevolution umfassend dargelegt worden. Außerdem war es

⁴¹ Schulze, Gerhard: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Erfurt 1976. S. 50.

⁴² Ebenda.

⁴³ Häupel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar/Köln/Wien 1995. S. 40–49.

⁴⁴ Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin/München/Zürich/Wien 2017. S. 31.



EINLEITUNG

leider nicht möglich, die zur Novemberrevolution in Thüringen vorhandenen Quellen vollständig auszuwerten. Insofern ist das hier gezeichnete Bild nur eine Teilansicht – ihre vollständige Darstellung steht noch aus.

Aufgrund der relativ geringen politischen Bedeutung der thüringischen Kleinstaaten spielen die Ereignisse in Thüringen in den großen Darstellungen zur Novemberrevolution 1918 kaum eine Rolle, hauptsächlich Weimar als Tagungsort der am 19. Januar 1919 gewählten Nationalversammlung findet dort Erwähnung. Doch das heute bestehende Land Thüringen ist ein Ergebnis der Revolution. Es war die sozialistische Arbeiterschaft, die Thüringens »Kleinstaatenjammer« beendete. Auch das gehört zu den Leistungen und bleibenden Ergebnissen der Novemberrevolution 1918.

DIE GENERALPROBE IM JANUAR/FEBRUAR 1918

Ein Vorspiel in Jena

Am Abend des 8. Januar 1918 strömten Massen von Frauen, Männern und Jugendlichen ins Jenaer Volkshaus zu einer Kundgebung der Deutschen Vaterlandspartei für einen »kraftvollen deutschen Frieden«. Als Hauptredner war der »völkisch radikalisierte Agitator«⁴⁵ Max Maurenbrecher angekündigt.⁴⁶ Gegenstand seines Vortrages sollten die zwischen dem Deutschen Kaiserreich und dem revolutionären Sowjetrussland seit dem 22. Dezember 1917 geführten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk⁴⁷ sein, die von der Vaterlandspartei äußerst misstrauisch verfolgt wurden. In ihren Reihen herrschte die Sorge, dass die scheinbare Anerkennung der sowjetischen Friedensvorschläge durch die deutsche Regierung und ihren Verbündeten am Beginn der Verhandlungen⁴⁸ die deutschen Annexionspläne im Osten vereiteln könnte. Massenhaft nahmen lokale Gliederungen der Vaterlandspartei deshalb im Dezember 1917/Januar 1918 gegen einen »schwächlichen Frieden« Stellung.⁴⁹ Dementsprechend hatte die am 20. Oktober 1917 gegründete Jenaer Ortsgruppe, der etwa 800 Mitglieder angehörten⁵⁰, ins Volkshaus eingeladen. Dass sich ihre Mitglieder und Anhänger, »die gekommen waren, um eine Stunde innerer Erhebung im Kreise Gleichgesinnter zu erleben«⁵¹ deutlich in der Minderheit befanden, wurde rasch offenkundig. Nachdem der Versammlungsleiter die Kundgebung eröffnet und die einzuhaltenden Regeln bekanntgegeben hatte, erhob sich Widerspruch. Albert Rudolph, Redakteur der *Volkszeitung* für das Herzogtum Sachsen-Weimar, fragte im Namen der massenhaft erschienenen sozialdemokratischen Arbeiter, warum nur schriftlich eingereichte Fragen, aber keine Diskussion,

⁴⁵ Ulbricht, Justus H.: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900–1930, in: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 33. (S. 29–48).

⁴⁶ *Jenaische Zeitung*, 04.01.1918.

⁴⁷ Am 8. November 1917 hatte der II. Gesamtrussische Sowjetkongress unmittelbar nach dem Erfolg der Oktoberrevolution Lenins Vorschlag für ein »Dekret über den Frieden« angenommen und an alle Völker den Vorschlag gerichtet, »sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.« Da die bisherigen westlichen Verbündeten des zaristischen Russlands auf einer weiteren Erfüllung der geschlossenen Verträge beharrten und Friedensverhandlungen ablehnten, kam es schließlich zu den separaten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Klein, Fritz: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 3. November 1917 bis November 1918. Berlin 1969. S. 95–101.

⁴⁸ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 109.

⁴⁹ Hagenlücke, Heinz: Die Deutsche Vaterlandspartei am Ende des Kaiserreiches. Düsseldorf 1997. S. 204f.

⁵⁰ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 80.

⁵¹ *Jenaische Zeitung*, 10.01.1918.

zugelassen werde. Während auf der letzten öffentlichen Versammlung der Jenaer MSPD ein Vertreter der Vaterlandspartei seine Positionen in einer freien Aussprache hatte vorbringen können, werde hier nun umgekehrt deren Gegnern das gleiche Recht verwehrt. Deshalb verlangte er im Anschluss an Maurenbrechers Vortrag die Möglichkeit einer Entgegnung.⁵² Der Versuch der Versammlungsleitung, Rudolphs Ansinnen zu ignorieren, provozierte die Anhänger der Sozialdemokratie. Sie forderten lautstark die Wahl einer Versammlungsleitung und eine freie Aussprache im Anschluss an das Referat. Rudolf bat ums Wort, um die Stimmung im Saal zu beruhigen. Das wurde ausgeschlagen: »Herr Rudolph, dies ist eine Zumutung, die nur belustigend auf mich wirken kann, die ich aber ablehne.«⁵³ Daraufhin eskalierte die Situation. Der von Maurenbrecher unternommene Versuch, mit seinem Vortrag zu beginnen, ging im Lärm der aufgebrachtten Arbeiterschaft unter, weshalb der Versammlungsleiter drohte, die Versammlung abubrechen. In die daraufhin kurzzeitig eingetretene Ruhe rief ein Arbeiter die Versammelten zu einer Abstimmung über die Frage »Machtfrieden oder Verständigungsfrieden« auf. Ein Wald von Händen erhob sich für den Verständigungsfrieden.⁵⁴ Die Versammlung wurde abgebrochen, und die Anhänger der Vaterlandspartei verließen den großen Volkshaussaal. Dass von ihnen angestimmte Deutschlandlied wurde vom massenhaften Gesang der Arbeitermarseillaise erstickt.⁵⁵

Machtfrieden oder Verständigungsfrieden

Die Frage »Verständigungsfrieden oder Machtfrieden?« spitzte im Januar 1918 die gesellschaftlichen Widersprüche des Deutschen Kaiserreiches zu einem alles generalisierenden Konflikt zu. Ging es dabei zunächst und hauptsächlich um das Problem der Beendigung des Weltkrieges, schwang die weitere politisch-gesellschaftliche Einwicklung Deutschlands jedoch bereits in ihr mit.

Der obrigkeitsstaatliche Charakter des Deutschen Kaiserreiches hatte den grundlegenden Widerspruch jeder bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, den zwischen Kapital und Arbeit, zusätzlich aufgeladen und damit ver-

⁵² *Volkszeitung*, 09.01.1918.

⁵³ *Volkszeitung*, 09.01.1918.

⁵⁴ *Volkszeitung*, 09.01.1918.

⁵⁵ *Jenaische Zeitung*, 10.01.1918.

schärft. Deutlich wurde das an der »negativen Integration« der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die nicht zuletzt aufgrund ihres eigenen politischen und gewerkschaftlichen Wirkens Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich eine relative soziale Besser- und rechtliche Gleichstellung erreicht hatte. Die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung waren ihr vom Staat und der bürgerlichen Gesellschaft jedoch ebenso verweigert worden, wie ihre ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung durch die Unternehmerschaft unvermindert anhielt.⁵⁶

Obwohl sich das Deutsche Kaiserreich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum führenden Industrieland Europas entwickelt hatte, wurde es von der Klasse der ostelbischen Großgrundbesitzer bzw. dem preußische Junkertum dominiert, das nahezu alle staatlichen Machtpositionen beherrschte. Dies traf ganz besonders auf das Heer zu, das infolge der kaiserlichen Kommandogewalt eine Stellung außerhalb der Verfassung einnahm. Dieser Zustand war eine unmittelbare Folge der politischen Niederlage der bürgerlichen Revolution von 1848/49 einerseits und Bismarcks »Revolution von Oben« andererseits.⁵⁷ Im politischen System des Deutschen Kaiserreiches war der Bundesrat, das Gremium der deutschen Bundesfürsten unter der Führung Preußens, die beherrschende Instanz. Nur geringen Einfluss hatte der Deutsche Reichstag, der im europäischen Vergleich nach einem verhältnismäßig demokratischen Wahlrecht (von dem jedoch die Frauen ausgeschlossen waren) gewählt wurde.

Zudem war das Landtags- und Kommunalwahlrecht in den Bundesstaaten unterschiedlich, aber in vielen Fällen zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung gestaltet. In den thüringischen Kleinstaaten reichte das Spektrum von einem sehr günstigen Wahlrecht für die arbeitende Bevölkerung in Schwarzburg-Rudolstadt bis hin zu einem der reaktionärsten wie in Schwarzburg-Sonderhausen. Während der Rudolstädter Landtag als einziger im Kaiserreich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine absolute sozialdemokratische Mehrheit hatte,⁵⁸ erhielt die Sozialdemokratie im Landtag Schwarzburg-Sondershausen erst 1912 ein Mandat. Verhältnismäßig demokratisch war das Landtagswahlrecht in Sachsen-Meiningen

⁵⁶ Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. Berlin Wien 1974. S. 36.

⁵⁷ Die Gründung des Deutschen Kaiserreiches durch seine »Eisen und Blut«-Politik in den Kriegen von 1864, 1866 sowie 1870/71.

⁵⁸ Tatsächlich konnte die SPD ihre Mehrheit wegen der offenen Staatsstreichdrohungen von Seiten der Regierung kaum zur Geltung bringen. Hess, Ullrich: Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl. Weimar 1991.S. 487.

und Sachsen-Gotha gestaltet, während es in den beiden reußischen Staaten zu Ungunsten der Sozialdemokratie verschlechtert worden war. Das Vierklassenwahlrecht in Sachsen-Altenburg war ebenfalls sehr reaktionär, für die Arbeiterbewegung jedoch günstiger als das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht. Letzteres stand symptomatisch für die undemokratischen Verhältnisse im Kaiserreich und konnte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges trotz parlamentarischer und (vor allem) außerparlamentarischer Aktionen nicht reformiert werden.

Politisch beherrscht wurde das Deutsche Kaiserreich von einer Koalition aus preußischem Junkertum und schwerindustrieller Großbourgeoisie. Während sie sich nach innen hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wendete, machte sie nach außen mit ihrer »Weltpolitik« den europäischen und globalen Machtanspruch des deutschen Imperialismus kenntlich. Bei der Eroberung und Inbesitznahme Südamerikas, Asien und Afrikas unter den kolonialen Großmächten zu spät gekommen, ging es dem deutschen Imperialismus um eine Neuaufteilung der Welt. Nationalistische und militaristische Massenverbände wie der Flottenverein dienten dabei der Popularisierung und Mobilisierung der Bevölkerung für die deutschen Weltmachtpläne, wobei der 1890 gegründete antisozialistische, radikalnationalistische, profaschistische und antisemitische Alldeutsche Verband eine elitäre Speerspitze mit weitreichenden Verbindungen zur Wirtschaft, zum Militär und zum preußischen Großgrundbesitz bildete.⁵⁹

Das Deutsche Kaiserreich war jedoch kaum in der Lage, seinen weltpolitischen Anspruch zu realisieren. Weltweit traf der deutsche Imperialismus auf seine britischen und französischen Konkurrenten, die er mehrfach ohne Erfolg herausfordern wollte. Europa »schlafwandelte« nicht in den Ersten Weltkrieg: Das Versagen der europäischen Diplomatie in der Julikrise 1914 hatte tiefgehende Ursachen, denen imperialistische Konflikte und Widersprüche zugrunde lagen.⁶⁰ Das auf einen langen Krieg unvorbereitete kaiserliche Deutschland hatte Anfang August 1914 zu einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt angesetzt, auch wenn mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie dem zaristischen Russland als vorgeblichem Angreifer die Kriegsschuld zugeschoben wurde.

⁵⁹ Bollinger, Stefan: *Weltbrand, »Urkatastrophe« und linke Scheidewege. Fragen an den »Großen Krieg«*. Berlin 2014. S. 37–39.

⁶⁰ Weipert, Axel: *Zur aktuellen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg*, in: Hüttner, Bernd (Hrsg.): *Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg*. Berlin 2015. S. 10–19.

»Machtfrieden« bzw. »Siegfrieden« meinte deshalb im Januar 1918 die Verwirklichung weitreichender deutscher Eroberungspläne, die seit dem August 1914 von der sogenannten »Kriegszielbewegung« konkret ausformuliert worden waren. Diese Bewegung hatte die Regierung im Verdacht, einen »faulen Frieden« anzustreben. Nachdem bereits Ende 1914 offenkundig war, dass Deutschland den Krieg militärisch nicht gewinnen konnte, verweigerte Reichskanzler Bethmann Hollweg die Offenlegung seiner Kriegsziele und verbot zunächst eine öffentliche Kriegszieldiskussion.⁶¹ Ein Ausdruck des Misstrauens der Kriegszielbewegung war die Anfang September 1917 gegründete radikalnationalistische, antidemokratische, antisozialistische, rechtsextreme und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei. Sie bildete den Höhepunkt der agrarisch-schwerindustriell-konservativen Sammlungspolitik, die sich nun erstmals ausdrücklich auch gegen den Reichstag und die Regierung richtete.⁶²

Unmittelbarer Anlass für die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei war die Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917.⁶³ In ihrem Gründungsaufwurf vom 2. September 1917 sprach die Vaterlandspartei dem Reichstag das Recht auf »Vertretung des deutschen Volkswillens« ab. Seine Mehrheit betreibe, wenn auch ungewollt, die »Förderung unserer Feinde«. Eine kraftvolle Reichsregierung, »die nicht in schwächlichen Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichen Glauben an den Sieg« handle, benötige einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, den die Vaterlandspartei organisieren wolle.⁶⁴

Mit der Friedensresolution hatten die Parteien der Reichstagsmehrheit – die Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD), das Zentrums- die und Fortschrittliche Volkspartei – ihre Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden »ohne Annexionen und Kontributionen«, d. h. ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen auf Grundlage der freien Entwicklung und Selbstbestimmung der Völker bekundet.⁶⁵ Diese Prinzipien waren vom Petrograder Sowjet im März 1917 formuliert worden. Die MSPD hatte sich die

⁶¹ Ullrich, Volker: *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches*. Frankfurt a. M. 2004 (5. Auflage) 1999. S. 424.

⁶² Hagenlücke: *Deutsche Vaterlandspartei*. S. 402.

⁶³ Ullrich: *Die nervöse Großmacht*. S. 525.

⁶⁴ Weißbecker, Manfred: *Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) 1917–1918*, in: Fricke, Dieter (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)* In vier Bänden. Bd. 2. Leipzig 1984. S. 393. (S. 391–403).

⁶⁵ Mai, Gunther: *Das Ende des Kaiserreiches. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg*. München 1987. S. 126. Wortlaut der Resolution. S. 209/210 Dok. 10.

»Petrograder Friedensformel« im April 1917 zu Eigen gemacht.⁶⁶ Der im Zusammenhang mit der Friedensresolution gebildete »Interfraktionelle Ausschuss« unterstrich den Anspruch der Parteien der Reichstagsmehrheit auf mehr politischen Einfluss. Ihr parlamentarischer Vorstoß endete jedoch mit einer Niederlage und dem Sieg der Obersten Heeresleitung, die den ihr völlig untergebenen Georg Michaelis, einen preußischen Verwaltungsbeamten, anstelle des bisherigen Reichskanzlers Bethmann Hollweg ins Amt brachte.⁶⁷

Bethmann Hollweg war angesichts der Russischen Februarrevolution 1917, die den Zaren gestürzt hatte, zu der Einsicht gelangt, dass mit zunehmender Kriegsdauer die Wahrscheinlichkeit eines Umsturzes der bisherigen alten Ordnung immer größer wurde.⁶⁸ Mit der von ihm initiierten Kaiserlichen Osterbotschaft vom 8. April 1917⁶⁹ und der von den bürgerlichen Parteien und der MSPD beschlossenen Einsetzung eines Verfassungsausschusses des Reichstages waren im März/April 1917 erste bescheidene Schritte hin zu inneren Reformen unternommen worden,⁷⁰ über die seit dem Frühjahr 1915 diskutiert wurde. Deshalb verband die schwerindustriell-alldeutsch-konservative Kriegsallianz, die das Bismarcksche Verfassungs- und Gesellschaftskonstrukt mit seinem obrigkeitsstaatlichen Charakter beibehalten wollte, ihren grenzenlosen Annexionismus mit dem Kampf gegen eine innenpolitische Neuorientierung.⁷¹ Demgegenüber hatte sich der führende Zentrumspolitiker und Initiator der Friedensresolution, Matthias Erzberger, mit seinem Plädoyer für einen Verständigungsfrieden zugleich für demokratische Reformen ausgesprochen, um die außenpolitische Glaubwürdigkeit der deutschen Regierung und ihrer Friedensangebote herzustellen.⁷²

⁶⁶ »Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschlusse des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie der Sozialisten aller Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.« (Beschluss der Parteiausschusssitzung am 19. April 1917) Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974. S. 288.

⁶⁷ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 528.

⁶⁸ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 122 f.

⁶⁹ Sie bedeutete »die seit Kriegsbeginn spektakulärste Geste obrigkeitsstaatlichen Entgegenkommens gegenüber Forderungen nach innenpolitischen Reformen.« Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 287.

⁷⁰ Ebenda, S. 299.

⁷¹ Ullrich, Die nervöse Großmacht. S. 448–450.

⁷² Schiffers, Richard; Koch, Manfred (Hrsg.): Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstages 1915–1918. Dritter Band. 118.–190. Sitzung 1917. Düsseldorf 1981 S. 1528f.

Für die MSPD-Führung bedeutete die Entwicklung im Juli 1917 eine Hoffnung auf die Fortsetzung des Burgfriedens vom 4. August 1914. Dessen Voraussetzungen waren sowohl von der Regierung und den bürgerlichen Parteien als auch den verschiedenen wirtschaftlichen Interessenverbänden insbesondere in der Kriegszielfrage nicht durchgehalten bzw. nie akzeptiert worden.⁷³ Die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 und die zwei Tage zuvor erfolgte Einstellung der Tarifauseinandersetzungen durch die Gewerkschaftsführungen hatten einen einschneidenden Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung markiert.⁷⁴ Die »Politik des 4. August« bedeutete das Einschwenken der Sozialdemokratie in die kriegspolitische Einheitsfront des Deutschen Kaiserreiches und stand im Gegensatz zur Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale, mit der sich auch die SPD 1907 verpflichtet hatte, alles zur Verhinderung eines Kriegsausbruches aufzubieten oder aber im Falle eines nicht zu verhindernden Krieges die in seiner Folge entstehende wirtschaftliche und politische Krise zu nutzen, um »die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«⁷⁵

Die Führung der SPD gab jedoch am 4. August 1914 ihren Anspruch auf, »grundsätzlich in Opposition gegenüber Regierung, Staat und bürgerlicher Gesellschaft«⁷⁶ zu stehen. Stattdessen hoffte sie auf Zugeständnisse seitens der Herrschenden als Anerkennung für die Burgfriedenspolitik, wobei die führenden Vertreter des reformistisch-revisionistischen Parteiflügels die im Deutschen Kaiserreich als vaterlandslos und reichsfeindlich bekämpfte Sozialdemokratie dauerhaft »positiv« integrieren wollte.⁷⁷ Massiv ging die Parteiführung gegen die innerparteilichen Gegner des Burgfriedens und insbesondere gegen Karl Liebknecht vor, der am 2. Dezember als erster und zu diesem Zeitpunkt einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt hatte. Die hieraus resultierenden innerparteilichen Spannungen und Konflikte führten in der Konsequenz zur Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg. Um ihre Haltung überhaupt in der Öffentlichkeit artikulieren zu können, blieb den Gegnern der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik keine andere Wahl als die Konstituierung

⁷³ Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 319.

⁷⁴ Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15. Essen 1993. S. 9.

⁷⁵ IML (Hrsg.) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2. Berlin. 1966. S. 370. (Dok. 28. S. 368–370.)

⁷⁶ Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 9.

⁷⁷ Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 136.

einer eigenständigen Partei – der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).⁷⁸ Sie umfasste das gesamte politisch-inhaltliche Spektrum der Vorkriegssozialdemokratie. Ihr gehörten Revisionisten wie Eduard Bernstein an, die über den Weg demokratischer und sozialer Reformen einen allmählichen friedlichen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft erreichen wollten. Die große Mehrheit der zur USPD übergetretenen Mitglieder auch in Thüringen⁷⁹ sah sich in der revolutionären Tradition der Vorkriegs-SPD. Ihr Selbstverständnis hatte Karl Kautsky, der führende theoretische Kopf der auch als marxistisches Zentrum bezeichneten Richtung, prägnant formuliert: Die Sozialdemokratie sei eine revolutionäre, aber keine Revolutionen machende Partei. Unter einer Revolution verstand das marxistische Zentrum den gesetzmäßigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Bis zu diesem Zeitpunkt sah sie ihre Aufgabe darin, die Arbeiterbewegung politisch und organisatorisch zu stärken, nicht aber bewusst auf einen revolutionären Umsturz hinzuarbeiten. Hierauf zielte indes die radikale Linke um Rosa Luxemburg, der sich nach Beginn des Weltkrieges Karl Liebknecht angeschlossen hatte. Im Januar 1916 konstituierte sich die radikale Linke als Spartakusgruppe und trat unter Aufrechterhaltung ihrer politischen und publizistischen Unabhängigkeit der USPD bei.

Obwohl (oder gerade weil) die Führungen von MSPD und Gewerkschaften wegen ihrer Einbindung in die kriegspolitischen Anstrengungen des Kaiserreiches in ihrer politischen Bedeutung stiegen, gerieten sie in immer größere Konflikte mit ihrer eigenen Basis, weil das soziale Elend der Arbeiter- und Soldatenfamilien gleichermaßen zunahm.⁸⁰ Das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916, mit dem insbesondere die Gewerkschaftsführungen ihre faktische politische Anerkennung durch die Regierung und Unternehmer erreicht hatten, war für die Arbeiterinnen und Arbeiter ein Zwangsgesetz mit einigen Tropfen soziale Öls, wie der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Carl Legien selbst konstatierte. Die Gewerkschaftsführungen hätten sich »mit ihrer Zustimmung zum Gesetz faktisch zu einer vorbehaltlosen Unterstützung der Kriegsanstrengung zur Aufrechterhaltung der Ruhe in den Betrieben [...] verpflichtet«⁸¹ und damit ihren ursprünglichen Zweck, nämlich den der sozialen Interessenvertretung der Arbeiterschaft, aufgegeben.

⁷⁸ Brandt, Peter; Lehnert, Detlef: »Mehr Demokratie wagen.« Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010. Berlin 2013. S. 108.

⁷⁹ Hesselbarth, Mario: Zur Geschichte der USPD in Thüringen. Jena 2017. S. 22–26.

⁸⁰ Brandt; Lehnert: Geschichte der Sozialdemokratie. S. 109.

⁸¹ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 101.

Die politischen Streiks gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung in Berlin und Leipzig im April 1917 mit fast einer halben Million Beteiligten und auch die Streikwelle im Sommer/Herbst 1917⁸² hatten nicht nur »Brot, Frieden und Freiheit« gefordert. Die Streikenden wandten sich zugleich gegen die Passivität ihrer traditionellen Interessenvertreter von MSPD und Gewerkschaften.⁸³ Im Anschluss an die spontane Kundgebung gegen mangelhafte Lebensmittelversorgung am Mittag des 23. Juli 1917 auf dem Jenaer Marktplatz zogen die protestierenden Zeiss-Arbeiterinnen und Zeiss-Arbeiter zum Büro des Deutschen Metallarbeiterverbandes »um diesen zu veranlassen, Schritte für eine bessere Verteilung der Lebensmittel zu unternehmen«.⁸⁴ Zwei Tage später traten die Belegschaften des Zeiss-Werkes und der Schott-Glasfabrik wegen der unveränderten Versorgungssituation in einen mehrstündigen Generalstreik. In der folgenden Gemeinderatssitzung unterstellte das Mitglied der Zeiss-Geschäftsleitung Friedrich Schomerus, der Streik sei eine »Veranstaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten« gewesen, »denen es dabei weniger um eine Besserung der Lebensmittelverteilung« sondern »um eine politische Demonstration« gegangen sei.⁸⁵ Die sich seit dem Kohlrübenwinter 1916/17 ständig verschlechternde Lebensmittelversorgung war der »wichtigste Auslöser militanter Arbeiteraktionen«⁸⁶, in denen zugleich die Sehnsucht nach Frieden offenkundig wurde.⁸⁷

Diese beiden eng miteinander verflochtenen Anliegen stellten den Ausgangspunkt der sich herausbildenden Massenbewegung der revolutionären Arbeiterschaft dar. Die USPD war gleichermaßen Repräsentantin und Teil dieser Bewegung. Auf der Konferenz der sozialdemokratischen Opposition am 7. Januar 1917 in Berlin wurde ein von Kautsky formuliertes »Friedenmanifest« einstimmig angenommen, das sich für einen »Frieden der Verständigung ohne Vergewaltigung«, einen Frieden ohne Sieger und Besiegte aussprach.⁸⁸ Dennoch stimmte die USPD am 19. Juli 1917 der Friedensresolution des Reichstags nicht zu. Angesichts der weltverändernden

⁸² Schönhoven, Klaus: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften. in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkungen, Wahrnehmungen, Analysen. München 1997. S. 686. (S. 672–690).

⁸³ Brandt; Lehnert: Geschichte der Sozialdemokratie. S. 109.

⁸⁴ *Volkszeitung*, 24.07.1917.

⁸⁵ *Volkszeitung*, 27.07.1917.

⁸⁶ Feldmann, Gerhard D.; Kolb, Eberhard; Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920). in: Politische Vierteljahresschrift 11/1972. S. 88. (S. 84–105).

⁸⁷ Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen 1973. S. 60f.

⁸⁸ Krause, Hartfried: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt/M. 1975. S. 282.

Umwälzungen forderte ihr Vorsitzender Hugo Haase in einer großen Rede⁸⁹ auch für Deutschland die Demokratisierung des Reiches und der Einzelstaaten, die zu einer sozialen Republik führen müsse. Der programmatische Teil der Friedensresolution lasse diesbezügliche Klarheit und Bestimmtheit vermissen, »und zum Schlusse ende sie mit einer schmetternden Kriegsfanfare«. ⁹⁰

Die Aufstandsbewegung für den Frieden

Die Auseinandersetzung zwischen MSPD und Vaterlandspartei am 8. Januar 1918 in Jena war kein Einzelfall. Auch in Mannheim, München und Leipzig wurden Kundgebungen der Vaterlandspartei durch sozialdemokratische Arbeiter behindert oder auseinandergetrieben. Insbesondere eine Versammlung in Berlin, in der sich Kriegsversehrte gegen die Agitation der Vaterlandspartei wandten und daraufhin von deren Anhängern körperlich angegriffen und misshandelt worden waren, sorgte reichsweit für Empörung.⁹¹ Die Annexionspropaganda der Vaterlandspartei gehörte zu den auslösenden Momenten der nachfolgenden Ereignisse.

Mit Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hatte die Hoffnung auf Frieden in der deutschen Bevölkerung massiv zugenommen. Während das für große Teile Thüringens zuständige stellvertretende Generalkommando des XI. Armeekorps in Kassel zur allgemeinen Stimmung in Gotha im November 1917 noch berichtete, die Grundtendenz sei ernst und gedrückt, hieß es einen Monat später: »In der Hauptsache ist indessen die gehobene und hoffnungsfreudige Stimmung der Bevölkerung auf die Ereignisse im Osten zurückzuführen [...] Im Volke ist ganz allgemein die Anschauung verbreitet, dass die Friedensverhandlungen mit Russland und Rumänien in nicht zu ferner Zeit zu einem wirklichen Frieden führen werden und dass als dann der Friedensschluss im Osten auch notwendig in irgendeiner

⁸⁹ Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 311.

⁹⁰ Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1921. S. 163. »Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.« Zitiert nach Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 210.

⁹¹ Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei. S. 328–330. Auch die *Volkszeitung* berichtete am 10. Januar 1918 über die Berliner Vorgänge.

Weise zum Frieden im Westen und Süden führen muss. Das ist die allgemeine Volksauffassung, die in ihrem innersten Kern auf der tiefen Friedenssehnsucht des Volkes beruht.«⁹²

Zugleich finden sich in verschiedenen Polizeiberichten um die Jahreswende 1917/18 Hinweise auf eine wachsende Unruhe in der Bevölkerung. »So heißt es, dass die ›Stimmung ins Gegenteil umgeschlagen‹ ist, dass viele den Frieden wollen, ›mancher sogar um jeden Preis‹.«⁹³ Die aufgetragenen Friedenshoffnungen waren Ende Dezember 1917 bereits wieder enttäuscht worden, weil die unnachgiebige Haltung der kaiserlichen Regierung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk den Friedensschluss auf ungewisse Zeit verzögerte.⁹⁴

In dieser Situation gaben die USPD-Reichstagsabgeordneten mit dem Aufruf an die »Männer und Frauen des werktätigen Volkes«⁹⁵ den in der Arbeiterschaft zunehmenden Überzeugungen Ausdruck, dass es ohne entschlossene Aktionen nicht möglich sei, »eine politische Kursänderung zu erreichen und den Krieg zu beenden«.⁹⁶ Dieser indirekte Aufruf zum Massenstreik war das Ergebnis einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb der USPD. Die »Revolutionären Obleute« drängten mit Unterstützung der Spartakusgruppe zur Aktion, während die Mehrheit der Parteileitung der Propagierung des Aufrufs zunächst skeptisch gegenüberstand und einen noch direkteren und aktionsorientierteren Text verhinderte.⁹⁷⁹⁸ Aber auch in seiner abgemilderten Fassung wurde der Aufruf von der Polizei als Vorbereitung zu einem allgemeinen Streik gewertet.⁹⁹

⁹² Buchsbaum, Ewald: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. S. 83.

⁹³ Pöhlend, Walter: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914–1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. S. 123.

⁹⁴ Luban, Ottokar: Die Massenstreiks für Frieden und Demokratie im Ersten Weltkrieg, in: Boebel, Chaja; Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918. Hamburg 2008. S. 21. (S. 11–26).

⁹⁵ »Nur ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker« könne Rettung bringen. An die Arbeiterschaft gerichtet erklärte die USPD-Reichstagsabgeordneten, die Stunde sei gekommen für einen für einen solchen Frieden die Stimme zu erheben, »Ihr habt das Wort!« IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II. Bd. 2. Berlin 1958. S. 59–61. Dok. 22.

⁹⁶ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 138.

⁹⁷ Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Berlin 2008. S. 50.

⁹⁸ Luban, Ottokar: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig 2008. S. 152. (S. 127–171).

⁹⁹ Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 371.

Die »Revolutionären Obleute« waren ein Vertrauensleutegremium der Belegschaften der Berliner Großbetriebe, das aufgrund seiner Opposition zum Burgfrieden illegal agierte. Trotz ihrer geringen Zahl hatten die Obleute durch ihre enge Vernetzung in den Betrieben Einfluss auf tausende Arbeiterinnen und Arbeiter. Ihr Initiator und Sprecher war der Dreher Richard Müller, der unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkrieges die ablehnende Haltung seiner Kollegen gegenüber der offiziellen Gewerkschaftspolitik in einer Sitzung der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes deutlich gemacht hatte. Ausgangspunkt der gezielten organisatorischen Zusammenfassung dieser innergewerkschaftlichen Opposition war die wachsende Unzufriedenheit mit der sich immer weiter verschlechternden Versorgungslage. »Nicht nur unter den Berliner Drehern, sondern auch anderswo kam es immer wieder zu Streiks, der Burgfrieden wurde in Frage gestellt, das Bedürfnis nach Protest und Artikulation stieg.«¹⁰⁰ Während des Ersten Weltkrieges initiierten die »Revolutionären Obleute« drei große Streiks: den am 28. Juni 1916 aus Anlass des Prozessbeginns gegen Karl Liebknecht¹⁰¹ mit 55.000 Teilnehmern, den Berliner Aprilstreik 1917 und als vorläufigen Höhepunkt den Januarstreik 1918 als »größten Massenstreik während der Kriegszeit«¹⁰², dem sich etwa eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter im gesamten Deutschen Kaiserreich anschloss. Am 28. Januar traten 400.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter (hauptsächlich aus Rüstungsbetrieben) in den Ausstand. Ihre Vertreter kamen am Nachmittag zu einer Delegiertenversammlung zusammen, die sich als »Arbeiterrat Groß-Berlin« bezeichnete und einen Aktionsausschuss als Streikleitung wählte. Ihm gehörten eine Arbeiterin, zehn Arbeiter und je drei Vertreter von MSPD und USPD an.¹⁰³ Dem von dieser Versammlung beschlossenen Sieben-Punkte-Programm schlossen sich die Streikenden an vielen Orten an. Es forderte einen Frieden ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Wiederherstellung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie das Ende der Militarisierung der Betriebe, die Freilassung der politischen Gefangenen sowie eine umfassende Demokratisierung, vor allem die Abschaffung

¹⁰⁰ Hoffrogge: Richard Müller. S. 31.

¹⁰¹ Am 1. Mai 1916 versuchte Liebknecht auf einer nicht genehmigten Demonstration der Spartakusgruppe auf dem Potsdamer Platz in Berlin eine Rede zu halten. Doch mehr als »Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung« konnte er nicht ausrufen. Umgehend war er von der Polizei verhaftet worden. Zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er aufgrund seiner Kriegsgegnerschaft im Sommer 1916 nach Auffassung Karl Kautskys »der populärste Mann in den Schützengräben.« IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien. Reihe 2 Bd. 1. S. 430f.

¹⁰² Feldmann, Kolb, Rürup: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft. S. 93.

¹⁰³ Luban: Massenstreiks für Frieden und Demokratie. S. 21f.

des Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen.¹⁰⁴ Mit ihm wurde der Wunsch der Streikenden nach Beendigung des Krieges mit ihr Wille zur »Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform« kenntlich. Es besaß insofern »einen revolutionären Charakter«.¹⁰⁵

Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft hatte der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann am 21. Januar 1918 im Hauptausschuss des Deutschen Reichstages die Behörden vor einem Streik gewarnt. Es lag der MSPD jedoch fern, »auch nur zu erwägen, von sich aus einen Streik zu entfesseln«. Dementsprechend lehnte der MSPD-Vorstand am Beginn des Berliner Ausstandes am 28. Januar eine Beteiligung ab: Da »der Streik ohne Zutun der Partei oder der Gewerkschaften entstanden sei«, sei es nicht zumutbar, für die Aktion »nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen«. Erst nachdem die MSPD vom Berliner Arbeiterrat aufgefordert wurde, Vertreter in die Streikleitung zu entsenden, erklärte sie sich dazu bereit, mit dem Ziel, »die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluss zu bringen«. Deshalb stellte der MSPD-Parteiausschuss die Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt und verlangte erst am Schluss seiner Forderungen von der Regierung, sie möge ihre Bereitschaft zum einem allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontribution erklären.¹⁰⁶

Der als dreitägiger Demonstrationsstreik geplante Berliner Januarstreik dauerte fast eine Woche. Das Militär ging massiv gegen die Streikenden vor. Während Versammlungen verboten und viele Betriebe unter militärische Verwaltung gestellt wurden, errichteten Arbeiter an einigen Stellen der Hauptstadt Barrikaden, so dass die Auseinandersetzungen »bürgerkriegsähnliche Formen« annahmen. Die vom Aktionsausschuss angestrebten Verhandlungen mit der Regierung kamen aufgrund deren Weigerung, mit den Arbeiterräten zu sprechen, nicht zustande. Sie war lediglich bereit, MSPD- und USPD-Vertreter in deren Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete zu empfangen. In einer Besprechung am 2. Februar 1918 erklärten dann die Regierungsvertreter Ebert, Scheidemann, Haase und Ledebour, eine Delegiertenversammlung der Streikenden würde zugelassen, wenn diese das Ende des Streikes beschlösse. Die repressiven Maßnahmen der Behörden gegenüber den Streikenden übertrafen alles, was es bei früheren Arbeitsniederlegungen

¹⁰⁴ IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien*. Reihe 2 Bd. 1. S. 75.

¹⁰⁵ Luban: *Massenstreiks für Frieden und Demokratie*. S. 22.

¹⁰⁶ Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf*. S. 373–376.

gegeben hatte. Massenhaft wurden Arbeiter vor die Kriegsgerichte gebracht und zu Gefängnisstrafen verurteilt oder zum Kriegsdienst eingezogen.¹⁰⁷

Dem Januarstreik war eine massive Flugblattagitration der Spartakusgruppe vorausgegangen,¹⁰⁸ die auch Thüringen erfasste. Außer in den Streikorten Erfurt, Gotha und Jena tauchten auch in Saalfeld, Sömmerda, Weimar, Coburg, Meiningen, Sonneberg, Weida, Gera, Eisenach, Merseburg, Nordhausen, Pößneck, Mühlhausen und Suhl¹⁰⁹ Flugblätter auf, die zum Streik aufriefen. Dass es trotzdem nur in Erfurt, Gotha und Jena zu Ausständen kam, hat mit großer Wahrscheinlichkeit seine Ursache im Vorhandensein großer Rüstungsbetriebe und aktionsbereiter Streikorganisatoren. Offen bleibt, inwieweit es tatsächlich direkte Verbindungen zwischen den Streikenden in Thüringen und den »Revolutionären Obleuten« der Berliner Großbetriebe gab, wie zum Beispiel von Hugo Gräf, einem der Streikorganisatoren in der Erfurter Gewehrfabrik, berichtet wurde.¹¹⁰ Da der Erfurter Streik wie der in der Hauptstadt am Morgen des 28. Januar 1918 begann, könnte dies zutreffend sein. Obwohl die Erfurter Gewehrfabrik einer rigiden Kriegsgesetzgebung unterlag, die Streik als Landesverrat behandelte und dafür eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren androhte,¹¹¹ legten Beschäftigte in zwei Abteilungen die Arbeit nieder. Es gelang Gräf und seinen Mitstreitern jedoch nicht, den Ausstand auf den gesamten Betrieb auszuweiten.¹¹²

In Gotha waren im Verlauf des Vormittags des 31. Januar 1918 die Berliner Streikereignisse bekannt geworden. Daraufhin begann in der Eisengießerei und Maschinenfabrik der Firma *Biegleb, Hansen & Co.* der Streik. An ihm beteiligte sich nahezu die gesamte etwa 500 Angehörige umfassende Belegschaft, so dass der Betrieb völlig stilllag.¹¹³ Am Nachmittag verließen die Arbeiter der Waggonfabrik in kleineren Gruppen oder einzeln das Werk, nachdem auch hier intensiv über den Berliner Streik diskutiert worden war. Der auf Grundlage des Hilfsdienstgesetzes gewählte Arbeiterausschuss

¹⁰⁷ Luban: Massenstreiks für Frieden und Demokratie. S. 22f.

¹⁰⁸ Luban: Spartakusgruppe. S. 151.

¹⁰⁹ Riegg, Oliver: Volksernährung, Unruhen und politische Reformen. Die Lebensmittelversorgung in den thüringischen Staaten während des Ersten Weltkrieges und der frühen Weimarer Republik. Jena, 2017. S. 116, FN 498.

¹¹⁰ Gräf, Hugo: Die Geburtsstunde der Kommunistischen Partei in Erfurt, in: IML (Hrsg.): Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19. Berlin 1958. S. 424. (S. 417–443).

¹¹¹ Raßloff, Steffen: Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserzeit und NS-Diktatur. Köln Weimar Wien 2003. S. 129.

¹¹² Gutsche, Willibald: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution. Erfurt 1963. S. 107f.

¹¹³ Buchsbaum: Gothaer Arbeiterbewegung. S. 87.

erklärte sich in einer Beratung mit dem Direktor der Waggonfabrik für den Generalstreik, da nur so die Regierung zum Frieden gezwungen werden könne. Im Laufe des Tages traten weitere Belegschaften Gothaer Betriebe in den Streik. Am Abend fand in der Waggonfabrik eine große Versammlung mit bis zu 400 Teilnehmern statt, in der der USPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock sprach. Im Anschluss an seine Ausführungen wurde der Streik offiziell beschlossen. Eine zweite, parallel stattfindende Versammlung mit etwa 600 Teilnehmern nahm auf Vorschlag des USPD-Funktionärs Wilhelm Grabow die sieben Punkte der Berliner Streikenden an, wobei auf Vorschlag eines Arbeiters auch für Sachsen-Gotha das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert wurde. Für die Koordinierung der Streikaktionen in Gotha wurde ein Arbeiterrat unter dem Vorsitz Wilhelm Bocks gebildet. Insgesamt traten in Gotha zum 4. Februar 1918 in acht Betrieben 4.391 Arbeiter in den Ausstand. Wie in Berlin gingen Polizei und Militär massiv gegen die Streikenden vor.¹¹⁴

Am Morgen des 1. Februar legte der Großteil der Zeiss-Belegschaft in Jena die Arbeit nieder. Damit hatte die »Aufstandsbewegung für den Frieden« auch die Saalestadt erreicht.¹¹⁵ Sehr wahrscheinlich wussten die zur USPD gehörenden gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Zeiss schon seit der zweiten Januarhälfte von den Streikvorbereitungen in Berlin, kannten aber offenbar den konkreten Termin des Streikbeginns nicht. Erst am Abend des 28. Januar 1918, nachdem ihm die Ereignisse in Berlin bekannt geworden waren, rief der Zeiss-Mechanikers Georg Heine etwa 20 Vertrauensleute in seiner Wohnung zusammen. Hier begannen die konkreten Streikvorbereitungen: Absprachen wurden getroffen und die Herstellung und Verbreitung von Handzetteln in die Wege geleitet.¹¹⁶

Nachdem sich am 1. Februar gegen acht Uhr die Streikenden vor dem Werkstor am Teichgraben versammelt hatten, zogen sie zum Gewerkschaftshaus und von dort zum Markt. Hier hielten der Zeiss-Arbeiter Josef Klose für die USPD und der Jenaer MSPD-Vorsitzende Wilhelm Faber kurze Ansprachen. Danach zog die Demonstration wieder vor das Werkstor, um – wie es in einem Bericht eines Informanten an das stellvertretende Generalkommando in Kassel hieß – die Arbeitswilligen am Betreten des Werkes zu hindern.

¹¹⁴ Seeber, Gustav: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg 1914 bis 1918. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich Schiller Universität Jena. Jg. 7 (1957/58). Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. S. 325.

¹¹⁵ *Volkszeitung*, 01.02.1918.

¹¹⁶ Schulz: *Der Weg in die Revolutionstage*. S. 111.

Hier kam es zu einem ersten Zusammenstoß mit Polizei und zur Verstärkung herangezogenem Militär, und die streikenden Zeiss-Arbeiter wurden auseinandergetrieben. Gemeinsam mit weiteren Sympathisanten versammelten sich die Streikenden gegen 13.45 Uhr am Bibliotheksplatz zur zweiten großen Kundgebung an diesem Tag.¹¹⁷ Der Jenaer USPD-Vorsitzende Richard Zimmermann hielt hier eine Rede, in der er über die reichsweite Streiksituation informierte. Gemeinsam mit Johannes Engels, dem Vorsitzenden des Arbeiter-Ausschusses des Zeiss-Werkes, richtete Zimmermann namens der 7.000 Demonstranten ein Schreiben an den Reichskanzler. Darin wurde der Regierung mitgeteilt, dass sich die Jenaer Rüstungsarbeiter der »proletarische[n] Friedensbewegung« angeschlossen und die sieben Forderung der Streikenden in Berlin zu Eigen gemacht hatten.¹¹⁸

Gleichzeitig wurden die Versammelten über die Bildung eines von den beiden Arbeiterparteien gleichberechtigt gebildeten Arbeiterrates als Streikleitung informiert. Rückblickend wertete die mehrheitssozialdemokratische *Volkszeitung* diesen Vorgang als politische Wiederannäherung von MSPD und USPD in der Saalestadt, die unter dem stürmischen Beifall der auf dem Bibliotheksplatz versammelten Arbeiterschaft erfolgt sei und ihre Ursache in der »unsicheren politischen Haltung der Reichs- und [Weimarer] Staatsregierung und der bürgerlichen Parteien in der Friedens- und Wahlrechtsfrage« gehabt habe.¹¹⁹

Im Anschluss an ihre Kundgebung versuchten die Demonstranten zum Volkshaus zu gelangen, wurden jedoch von Polizei und Militär daran gehindert. Deshalb begannen sie einen Spaziergang »an dem Glaswerk vorbei«, es gelang ihnen jedoch nicht, ihre Kollegen bei Schott zum Anschluss an die Streikbewegung zu bewegen. Am Morgen des 2. Februars 1918 kamen die streikenden Zeiss-Arbeiter zu einer weiteren Kundgebung zusammen und beauftragten Paul Leutert, den MSPD-Reichstagsabgeordneten ihres Wahlkreises, beide sozialdemokratische Reichstagsfraktionen über die Vorgänge in Jena zu informieren.¹²⁰

¹¹⁷ Ebenda. S. 113.

¹¹⁸ Stern, Leo (Hrsg.): *Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. 4/III. Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Berlin 1959. S. 1040f. Dokument. 389. Jenaer Arbeiter an den Reichskanzler. Jena, 1. Februar 1918.

¹¹⁹ *Volkszeitung*, 06.02.1918.

¹²⁰ *Volkszeitung*, 02.02.1918.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gegenmaßnahmen sowohl des Militärs als auch der Gemeindebehörden bereits eingesetzt. Schon am 1. Februar hatte der Jenaer Oberbürgermeister alle öffentlichen und politischen Versammlungen verboten und Streikbrechern den umfassenden Schutz der Behörden zugesichert. Das stellvertretende Generalkommando stellte allen Wehrpflichtigen ein Ultimatum: Entweder sie nähmen spätestens zur Frühschicht am 4. Februar die Arbeit wieder auf, oder sie würden zum Heeresdienst eingezogen. Unter diesen Bedingungen gab der Arbeiterrat am 3. Februar den Abbruch des Streiks in Jena bekannt. Die Geschäftsleitung des Zeiss-Werkes reagierte auf ihre Weise und ließ jenen Betriebsangehörigen, die sich nicht am Streik beteiligt hatten, eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln zukommen. Allerdings erhöhte sie auch für die gesamte Belegschaft die Teuerungszulage um zehn Prozent und begann allmählich, die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren.¹²¹

Der Januar-/Februarstreik 1918 ist als Generalprobe der Novemberrevolution in die Geschichte eingegangen. Die massenhafte Beteiligung von Arbeiterinnen und Arbeitern hatte ein Beschwichtigen durch Vertrösten und kleinere Konzessionen seitens der Behörden unmöglich gemacht, so dass diese mit massiven Repressionen antworteten. Arbeiterräte bewährten sich als Streikleitungen. Daneben machten die beiden Arbeiterparteien während dieser Probe auf die kommenden Ereignisse wichtige Erfahrungen: Für die USPD bedeutete die »Aufstandsbewegung für den Frieden« einen wichtigen Prestigegewinn und – trotz des Misserfolgs – die Bestätigung ihrer Position, dass der Frieden nur durch den Willen der Massen herbeigeführt werden kann. Die MSPD hingegen hatte sich während des Januar-/Februarstreiks auf dem vorläufigen Tiefpunkt ihres politischen Ansehens und Einfluss auf die Arbeiterschaft befunden. Ihre Führung zog aus der für sie misslungenen Generalprobe den Schluss, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen insbesondere in den Berliner Großbetrieben sich nicht noch einmal selbst auszuschalten.¹²² Vor allem aber zeigte sich Ende Januar/Anfang Februar 1918 die Mobilisierungskraft der Forderung nach Herbeiführung des Friedens.

¹²¹ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 116f.

¹²² Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 371.

ZUM ENTSTEHEN DER REVOLUTIONÄREN SITUATION IM HERBST 1918

Sommer/Herbst 1918 – Das Zusteuern auf die Revolution

Mit dem Abstand von fünf Jahren erinnerte sich August Baudert an die »Vorzeichen des Zusammenbruchs« des Deutschen Kaiserreiches im November 1918. Im Frühsommer sei die Kriegsbegeisterung längst verfliegen gewesen. Vor allem habe sich die militärische Disziplin allmählich aufzulösen begonnen.¹²³ Bereits Anfang 1918 kamen von einer aus 200 Mann bestehenden Einheit der Weimar Garnison, die an die Front abkommandiert worden war, nur etwa 50 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften an. Die übrigen hatten den Transport verlassen und kehrten erst nach langen Umwegen in die Garnison zurück.¹²⁴ Im Frühjahr/Sommer 1918 beobachtete Baudert Soldaten, die wenige Tage zuvor an die Front abmarschiert waren, »in froher Runde« in Weimarer Bierlokalen. Sie seien »angeblich auf der Fahrt von ihrem Trupp »abhanden« gekommen und hatten es vorzogen, lieber wieder heimzukehren. Auf den Hinweis, dass ihnen doch Strafe drohe, bekam man ständig zu hören: das schadet nichts, das geht vom Krieg ab.« Den Gerüchten nach sei aus einer am Schloss in Richtung Bahnhof vorbei marschierenden Truppe ein Schuss auf das Herrscherhaus abgegeben worden. Wiederholt hätten Soldaten, die zur Front aufbrechen mussten, ihre Waffen abgefeuert, wobei die Offiziere froh gewesen sein sollen, »dass sie nicht das Ziel bildeten«.¹²⁵

Siegesmeldungen von der Westfront hatten im Frühjahr 1918 vor allem im Bürgertum noch einmal Hoffnungen auf ein siegreiches Ende des Krieges aufkommen lassen. Nachdem die deutschen Frühjahrsoffensiven jedoch gescheitert waren, geschah an der Westfront etwas ganz Ungewöhnliches: Deutsche Soldaten verweigerten in einer so großen Zahl den Gehorsam,

¹²³ Baudert, August: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbelegter Zeit. Weimar 1923. S. 1.

¹²⁴ Wallraf: Geschichte Weimars. S. 516.

¹²⁵ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 1.

dass von einem »verdeckten Militärstreik«¹²⁶ gesprochen wird. Ab Frühsommer 1918 nahmen die Meldungen über Disziplinarverstöße und Befehlsverweigerungen zu. Viele Soldaten versuchten durch Krankmeldungen oder auch Selbstverstümmelungen dem Dienst an der Front zu entgehen. Andere tauchten in der Etappe unter oder desertierten.¹²⁷ Obwohl die Oberste Heeresleitung die schwierige Situation der deutschen Armee Ende Juli 1918 noch immer vor der Öffentlichkeit verschwieg, musste »dem objektiven Betrachter der Sachlage« bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen sein, »dass die militärische Lage Deutschlands gar nicht so »glänzend« stand, wie es von maßgebenden Stellen in der Öffentlichkeit hingestellt wurde«. ¹²⁸ Deshalb war die Stimmung bei den Soldaten und dem überwiegenden Teil der Bevölkerung insbesondere in den Großstädten im Sommer 1918 auch illusionslos. »Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung, Verfall der Disziplin, Enttäuschung, Apathie und Protestbereitschaft kennzeichneten die Stimmung an der Front ebenso wie in der Heimat.«¹²⁹

Zudem erreichte die Lebensmittelknappheit im Sommer 1918 ein nie gekanntes Ausmaß. »Die Menge der verteilbaren Lebensmittel war derart gering, dass die kümmerlichen Rationen vielfach überhaupt nicht in voller Höhe ausgeliefert werden konnten.«¹³⁰ In Weimar gab es nur noch ein Pfund Kartoffeln pro Kopf. Infolge dessen sei auf den Feldern massenhaft gestohlen worden. Im August 1918 hielt Baudert in seinem Kriegstagebuch fest: »Die Not ist auf das höchste gestiegen. [...] Wir hungern, und nun kommen auch noch die fleischlosen Wochen, und das bei 3 Pfund Brot in 7 Tagen ohne Fettaufstrich. Traurige Zeiten! – In Apolda kam es zu Unruhen wegen der Lebensmittelnot.«¹³¹ Das stellvertretende Generalkommando des XI. Armeekorps meldete, »dass in Thüringen die Arbeiter immer mehr der radikalen Richtung zuneigen, dass in Apolda, Jena und Eisenach Unruhen unter der Bevölkerung nur durch den Einsatz von Militär unterdrückt werden konnten.« Bereits im Juli hatte es auf den drohenden Ausbruch von Unruhen hingewiesen.¹³²

¹²⁶ Etwa 750.000 bis 1 Mio. Soldaten hatten sich kurz vor Ende des Krieges durch »Drückebergerei« dem Fronteinsatz entzogen. Dieser »verdeckte Militärstreik war zu einer Massenbewegung geworden, die sich unter den Bedingungen des Prinzips von Befehl und Gehorsam im Kriege nur außerordentlich vorsichtig und verdeckt bemerkbar machen konnte.« Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918? in: Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München 1992. S. 160 (S. 147-167).

¹²⁷ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 552.

¹²⁸ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 1.

¹²⁹ Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014. S. 162.

¹³⁰ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 322.

¹³¹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 2.

¹³² Pöhlend: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 136f.

Der Stimmungsumschwung wirkte sich auch auf die bisher loyal zur Burgfriedenspolitik ihrer Führung stehende MSPD in Thüringen aus. In einer Mitgliederversammlung in Jena kritisierte August Baudert sowohl die Annexionisten als auch die Regierung und machte beide für das Andauern des Krieges verantwortlich. Deshalb habe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion allen Anlass, »der jetzigen Regierung ihr Vertrauen zu entziehen und jede Gemeinsamkeit mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen.«¹³³ Als der erste Diskussionsredner erwiderte, die U-Boote würden den Sieg schon bringen, erntete er den Zwischenruf: »Wie lang soll denn das noch dauern!«¹³⁴ Im Ergebnis der Versammlung forderten die Jenaer MSPD-Mitglieder eine Neuausrichtung der Politik ihrer Partei. Sie müsse im Interesse eines baldigen Friedens mit allen Mitteln für den Wiederaufbau der Internationale sowie die Schaffung eines allgemeinen Völkerbundes eintreten und die Reichsregierung zu einem diesbezüglichen Bekenntnis zwingen. Die Vorgänge im Osten seit dem Friedensschluss von Brest-Litowsk¹³⁵ hätten jedoch das Vertrauen in die Friedensabsichten der Regierung tief erschüttert. Zudem sei es ihr nicht gelungen, die Ernährungssituation zu verbessern und Wucher sowie Schleichhandel wirksam zu bekämpfen. Infolge dessen herrsche auf diesem Gebiet Anarchie, »wodurch es einem Teil der Bevölkerung unmöglich wird, sich genügend Nahrung zu beschaffen während der andere Teil die größten Entbehrungen leidet«. Deshalb müsse die mehrheitssozialdemokratische Reichstagsfraktion ihr Verhältnis zur Regierung überdenken und zu dieser in »schärfster Opposition« treten, wenn sie ihre Politik nicht verändere.¹³⁶

Ebenso forderte die MSPD Sachsen-Altenburg Ende Juli 1918 auf ihrem Landesparteitag in Ronneburg eine Änderung der Politik ihrer Partei. »Im Hinblick auf die zweideutige Haltung der Reichsregierung, die offenbar unter dem annexionistischen Einfluss der Militärpartei« handle, wurde vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion erwartet, dass sie mit allen Mitteln auf die Reichsleitung einwirken, »die drohende Herrschaft der

¹³³ *Volkszeitung*, 24.08.1918.

¹³⁴ Stadtarchiv Jena. BII IXh Nr. 46. Bl. 187/188. Versammlung der S. P. am 22.08.1918 im Gewerkschaftshaus, Jena 25.08.1918.

¹³⁵ Am 3. März 1918 war in Brest-Litowsk ein Vertrag unterzeichnet worden, der für Sowjetrußland einen Unterwerfungsfrieden bedeutete, an dem gemessen sich das spätere »Diktat von Versailles« geradezu milde ausnahm. Sowjetrußland verlor große Gebiete einschließlich Bodenschätzen und Industrieanlagen. Die deutsche Armee setzte dennoch ihren Vormarsch fort und besetzte große Gebiete in der Ukraine und in Süd-Rußland. Dabei verloren das Militär und die hinter ihm stehenden wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen »im Rausch der Macht und aus Gier nach Raum« jedes Maß, auch für die eigenen Möglichkeiten. Denn der Vormarsch band beträchtliche Kräfte, die an der Westfront fehlten. Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 543–546.

¹³⁶ *Volkszeitung*, 24.08.1918.

Militärpartei zu vereiteln und die Reichsregierung anspornt, die in der Reichstagsentschließung vom 19. Juni 1917 enthaltenen Forderungen zu erfüllen. Wenn die Verweigerung der Mittel zum Krieg dazu beiträgt, die Haltung der Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen, so hat die Fraktion die weitere Geldbewilligung abzulehnen.«¹³⁷ Diese Petition für den Frieden, die die *Altenburger Volkszeitung* trotz Verbot durch das zuständige Stellvertretende Generalkommando des IV. Armeekorps in Magdeburg veröffentlichte, wurde in den folgenden Tagen durch 13.000 Unterschriften unterstützt. »Die Friedenssehnsucht war im Volke nicht mehr niederzuschlagen. Sie lebte und setzte sich durch.«¹³⁸

Die noch nicht eingestandene, sich aber abzeichnende militärische Niederlage sowie die erneuten Kürzungen der Lebensmittelrationen offenbarten die Sinn- und Hoffnungslosigkeit, den Krieg fortzusetzen. Diese Auffassung war nicht nur unter der Arbeiterschaft weit verbreitet. Sie erfasste zunehmend auch große Teile des Bildungsbürgertums und des Mittelstandes. Insgesamt verlor die Bevölkerung das Vertrauen in die Erklärungen der offiziellen politischen und militärischen Stellen, weil sich diese zu oft als unrichtig erwiesen hatten.¹³⁹ Kurt Riezler, der ehemalige Sekretär des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, notierte dazu Ende August 1918: »Nahezu alles verändert. Ungeheure Wirkung des Umschwungs an der Front. Die bisher größten Schreier zittern am meisten. Doppelte Angst der Bourgeoisie vor Revolution und Niederlage. Von der ersten redet alles, von der zweiten wagt niemand zu sprechen – und auch die nüchternsten wissen nicht, was dies bedeutet. Alles furchtbar traurig.«¹⁴⁰ In vielen Unmutsäußerungen aus der Bevölkerung wurde »das Spielen mit der Revolution« zunehmend selbstverständlich. »So kann's nicht weitergehen! – Wir werden bald was erleben.«¹⁴¹

In dieser Situation sahen sich die Parteien der Reichstagsmehrheit zum Handeln gedrängt. Am 12. September 1918 trat der Interfraktionelle Ausschuss zusammen. Im Ergebnis einer umfassenden Diskussion stimmten MSPD, Zentrumspartei und Fortschrittliche Volkspartei in der Beurteilung der politischen Lage überein. Wenn ein revolutionärer Ausbruch verhindert werden sollte, dann mussten umgehend die Voraussetzungen für einen

¹³⁷ Wolfrum: Sozialdemokratie in Sachsen-Altenburg. S. 179.

¹³⁸ Müller: Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. S. 91.

¹³⁹ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 404.

¹⁴⁰ Zitiert nach Herbert: Geschichte Deutschlands. S. 162f.

¹⁴¹ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 556.

schnell herbeizuführenden Frieden geschaffen werden. Um das Vertrauen der Kriegsgegner in die Reichsleitung herzustellen, wurde der Regierungseintritt der MSPD als entscheidender Faktor angesehen. Die Führung der Mehrheitssozialdemokratie war jedoch nicht bereit, in die bestehende Regierung Hertling einzutreten. Andererseits hielt sie in der konkreten Situation des Übergangs vom Krieg zum Frieden eine Revolution für gefährlich. Sie bedeutete aus ihrer Sicht vor dem Hintergrund der Entwicklung in Russland wirtschaftliches Chaos und Bürgerkrieg. Ohnehin glaubte die MSPD-Leitung unter den parlamentarischen Bedingungen Deutschlands an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus.¹⁴² Dementsprechend hatte Friedrich Ebert in der entscheidenden Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuss am 23. September 1918 deutlich gemacht, dass eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung zur Verhinderung der Revolution erforderlich sei. Lasse die MSPD die Dinge laufen, »dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution«. Da dies jedoch nicht im Interesse des Proletariats liege, müsse sich die Mehrheitssozialdemokratie »in die Bresche werfen«, ihre Forderungen durchzusetzen versuchen und nach Möglichkeit »mit der Rettung des Landes verbinden«.¹⁴³

Die Mehrheitssozialdemokraten stellten sechs Bedingungen für ihren Eintritt in eine neu zu bildende Regierung. Gefordert wurden die Anerkennung der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 sowie die Bereitschaft zum Beitritt in einen Völkerbund zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen und allgemeine Abrüstung, die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros sowie eine Verständigung mit Belgien über Entschädigungen. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest dürften keine Hindernisse für den allgemeinen Frieden sein. In den besetzten Gebieten sollte umgehend eine Zivilverwaltung eingerichtet, und diese sollten nach einem Friedensschluss sofort geräumt werden. Für das 1871 vom sieben gebildeten Deutschen Kaiserreich annektierte Elsass-Lothringen forderte die MSPD Autonomie. In allen Bundesstaaten sollte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werden. Weiterhin verlangte die MSPD die Parlamentarisierung und Vereinheitlichung der Reichsleitung sowie die Abschaffung der Nebenregierun-

¹⁴² Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 39f.

¹⁴³ Miller, Susanne: *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920*. Düsseldorf 1978. S. 30.

gen. Schließlich sollten die bürgerlichen Freiheiten wiederhergestellt und die Zensur auf eine rein militärische beschränkt werden.¹⁴⁴

Reichskanzler Hertling lehnte diese Bedingungen am 27. September strikt ab und erklärte im preußischen Staatsministerium, keine weiteren Konzessionen nach links machen zu wollen. Er verlor damit jedoch seinen letzten Rückhalt bei der Reichstagsmehrheit, die nun mit unterschiedlichem Nachdruck und Intensität sowohl die Parlamentarisierung als auch den Rücktritt des Kanzlers forderte.¹⁴⁵ Vor diesem Hintergrund notierte August Baudert Ende September 1918: »Die zweite fleischlose Woche beginnt. – Die politische Lage spitzt sich mehr und mehr zu. – Die ›große‹ Offensive deutscherseits ist im Sande verlaufen. – Der Hauptausschuss des Reichstags ist einberufen. – Ich fahre nach Berlin – Stimmung dort: Wir brechen zusammen und gehen einem Ende mit Schrecken entgegen! Bulgarien hat um einen Waffenstillstand nachgesucht um mit der Entente in Friedensverhandlungen einzutreten. – Der Reichskanzler Graf Hertling soll zurücktreten. – Aus dem Hauptquartier kommt die vertrauliche Nachricht, dass die Armee nicht mehr standhalte, ein Waffenstillstand müsse gefordert werden.«¹⁴⁶

Die Entscheidung fiel jedoch nicht in Berlin, sondern am 29. September 1918 am Sitz der Obersten Heeresleitung im belgischen Spa. An diesem Tag mussten Feldmarschall von Hindenburg und Generalstabschef Ludendorff ihrer politischen Führung die militärische Niederlage eingestehen. Angesichts der außenpolitischen Isolierung des Kaiserreiches infolge des Zusammenbruchs seiner Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei forderten sie einen sofortigen Waffenstillstand, um »die Armee vor völligem Zusammenbruch zu bewahren«. Hierzu sollten die Parteien der Reichstagsmehrheit, vor allem die Sozialdemokratie, in die Regierung eintreten, um sie »mit dem Odium der Niederlage zu belasten und sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen«.¹⁴⁷ Auf diese Situation vorbereitet schlug der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Hintze vor, den amerikanischen Präsidenten Wilson um die Vermittlung eines Waffenstillstands und des Friedens auf Grundlage seiner vierzehn Punkte vom Januar 1918

¹⁴⁴ IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien. Reihe II. Bd. 2. S. 196f.*

¹⁴⁵ Klein: *Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 415f.*

¹⁴⁶ Baudert: *Sachsen-Weimars Ende. S. 2.*

¹⁴⁷ Ullrich: *Die nervöse Großmacht. S. 559.*

zu bitten.¹⁴⁸ Innenpolitisch plädierte er für eine »Revolution von Oben«, das hieß Parlamentarisierung der Reichsregierung. Mit ihr würde die Last der Verantwortung für den Ausgang des Krieges auf mehrere Schultern verteilt und einer »Revolution von unten« vorgebeugt.

Mit einem »allerhöchsten Erlass« gab der Kaiser am 30. September 1918 die Entlassung seines Reichskanzler Hertling bekannt und verkündete, dass nun »Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weite-rem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung«. ¹⁴⁹ August Baudert notierte: »Deutschland bittet um Waffenstillstand. Es steht schlimm um Deutschland. – Präsident Wilson verlangt Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland und Österreich erklären sich dazu bereit. – Deutschland bricht zusammen. – So weit haben es die Vaterlandsparteiler nun gebracht! Wir hungern.«¹⁵⁰

Die Regierung Max von Baden

»Wenn der Boden der alten Klassenherrschaft zu beben beginnt, dann erscheint in zwölfter Stunde ein ›Reformministerium‹ auf der Bildfläche«, kommentierte der Spartakusbrief Nr. 12 die Einsetzung der Regierung Max von Baden am 3. Oktober 1918 und zog eine historische Parallele: Unmittelbar vor Beginn der französischen Revolutionen 1789, 1830 und 1848 seien solche kurzlebigen Regierungen aufgetaucht, »um in letzter Stunde durch äußerliche Erneuerungen des alten Klassenstaates ›auf friedlichem Wege‹ das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten. Das historische Schicksal dieser Ministerien ist auch stets dasselbe, sie sind durch ihre innere Halbheit und ihren inneren Widerspruch mit dem Fluch der Ohnmacht beladen. Das Volk empfindet sie instinktiv als einen Schachzug der alten Mächte, um sich am Ruder zu erhalten. Die alten Mächte misstrauen ihnen als unzuverlässigen Dienern ihrer Interessen. Die treibenden Kräfte der Geschichte, die das Reformministerium erzwungen haben, eilen alsbald über dasselbe

¹⁴⁸ Am 8. Januar 1918, dem Tag der Wiederaufnahme der Verhandlungen von Brest-Litowsk, hatte der amerikanische Präsident Wilson eine stark beachtete und häufig zitierte Rede vor dem Kongress gehalten, in der er sein Vierzehn-Punkte-Programm verkündete. Es beinhaltete seine Vorstellungen über die zukünftigen internationalen Beziehungen und die Prinzipien des Friedensschlusses. Bewusst als Gegenstück zu Lenins Dekret über den Frieden konzipiert, sollte es dessen weltrevolutionären Ambitionen durch ein liberales Gegenprogramm die Wirkung nehmen indem es die nationalen Interessen unterdrückte Völker aufnahm und mit handfesten amerikanischen Freihandelsinteressen verband. Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 115–118.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 428f.

¹⁵⁰ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 3.

hinweg. Es rettet nichts und verhindert nichts. Es beschleunigt und entfesselt nur die Revolution, der es vorbeugen sollte.« Das Neue am gegenwärtigen historischen Spiel sei, so der Spartakusbrief, dass sich die sozialdemokratisch nennende Partei dazu hergäbe, »bei sichtbar nahender Katastrophe der bestehenden Klassenherrschaft den Retter in der Not zu spielen, durch Scheinreformen und Scheinerneuerung« der herannahenden Revolution den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Massen im Zaum zu halten.¹⁵¹

Die Aufgabe der Regierung Max von Baden bestand nach den Vorstellungen jener im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung, die sie ins Amt brachten, darin, die Monarchie und Kaiser Wilhelm II. zu retten. Hierzu mussten entweder ein für Deutschland günstiger Frieden oder die Mobilisierung der letzten Kräfte für eine »nationale Verteidigung« erreicht werden. Beides hatte zur Voraussetzung, die »Revolution von unten« zu verhindern. Die Tatsache jedoch, dass der entscheidende Anstoß zu ihrer Bildung von den erbitterten Gegnern demokratischer Reformen ausgegangen war, verlieh der Regierung Max von Baden von Beginn ihrer Amtszeit an einen zwiespältigen Charakter. Das Ziel der Einbeziehung der Reichstagsmehrheit einschließlich der MSPD war nicht die Parlamentarisierung, sondern bestenfalls ein scheinparlamentarischer Konstitutionalismus.¹⁵² Deutlich wurde dieser Zwiespalt sowohl durch die Auswahl als auch die Person des Reichskanzlers. Indem die Parteien der Reichstagsmehrheit keinen eigenen Kanzlerkandidaten vorgeschlagen hatten, zeigten sie, dass es nicht in ihrer Absicht lag, »das Recht der Krone auf die Berufung des Regierungschefs anzutasten und die Parlamentarisierung zu einer grundlegenden Reform des kaiserlichen Regimes nach englischen Vorbild voranzutreiben«. ¹⁵³ Der neue Reichskanzler Max von Baden war weder ein »uneingeschränkter Befürworter des westlichen Parlamentarismus«, noch hatte er die Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 akzeptiert.¹⁵⁴ Als diese Tatsachen durch die Veröffentlichung eines Privatbriefes des Prinzen von Anfang Januar 1918 in der Berner *Freien Zeitung* nach dessen Amtsantritt bekannt wurden, geriet die neue Regierung aufgrund der erschütterten Glaubwürdigkeit des Kanzlers sofort in eine Krise.¹⁵⁵

¹⁵¹ IML (Hrsg.): Spartakusbriefe. Berlin 1958. Spartakusbrief Nr. 12 vom Oktober 1918. S. 463f.

¹⁵² Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 160.

¹⁵³ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 436.

¹⁵⁴ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 160.

¹⁵⁵ Miller: Bürde. S. 50f.

Dementsprechend misstrauisch reagierte der amerikanische Präsident Wilson auf das Waffenstillstands- und Friedensgesuch, das die deutsche Regierung auf Druck der Obersten Heeresleitung am 5. Oktober 1918 offiziell an ihn gerichtet hatte. Parallel zur ersten Antwortnote Wilsons, in der die große Bedeutung innenpolitischer Veränderungen in Deutschland bereits angesprochen worden war,¹⁵⁶ wurde dem Auswärtigen Amt inoffiziell von amerikanischer Seite übermittelt, die Berufung des neuen Kanzlers sei für sie noch keine Garantie. Die Verfassung bliebe unverändert, die Reichstagsabgeordneten dieselben, die Befugnisse des Reichstages seien nicht erweitert und somit der Verfassungszustand immer noch der gleiche. Der Kaiser könne wie bisher jederzeit persönlich eingreifen, und auch die Militärpartei habe die Möglichkeit, erneut den entscheidenden Einfluss auf die Reichsleitung zu bekommen.¹⁵⁷ Damit erwies sich die Hoffnung der bisherigen Machthaber des Kaiserreiches, mit Hilfe »neuer Elemente« eine für die Kriegsgegner vertrauenswürdige und verhandlungsfähige Regierung zu präsentieren, als völlig unrealistisch. »Es ist zumindest nicht auszuschließen, dass Wilson diese Absichten und Konstellationen gekannt und mit seinen Noten gezielt durchkreuzt hat.«¹⁵⁸

Der amerikanische Präsident hatte neben seinem Eintreten für einen Völkerbund keinen Zweifel daran gelassen, dass er die »verblendeten Herrscher Preußens« als eine willkürliche Macht betrachtete, die »für sich allein, im geheimen und nach eigenem Entschluss« den Frieden der Welt jederzeit stören könnten. Mit seiner Erklärung »dass wir das Wort derer, welche uns diesen Krieg aufgezwungen haben, nicht annehmen können«, stand das halbabsolutistische Regime zur Disposition.¹⁵⁹ Wurden in der zweiten Antwortnote des amerikanischen Präsidenten vom 14. Oktober 1918 Wilhelm II. und die Hohenzollernmonarchie noch verklausuliert in Frage gestellt,¹⁶⁰ musste die dritte Note vom 23. Oktober »als eine Forderung nach Abdankung des Kaisers« verstanden werden.¹⁶¹ Für die übergroße Mehrheit der

¹⁵⁶ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 562.

¹⁵⁷ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 477f.

¹⁵⁸ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 162f.

¹⁵⁹ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 433.

¹⁶⁰ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 563.

¹⁶¹ Die 3. Wilson-Note »reflektierte die Reaktion der öffentlichen Meinung in den alliierten Ländern und z.T. auch die der zivilen und militärischen Autoritäten auf die deutsche Note vom 20. Oktober.« Sie war vor allem in den angelsächsischen Ländern als »unaufrichtig und unklar beurteilt worden, da sie die Demokratisierung als fortgeschrittener erscheinen lasse, als sie wirklich war«. Insbesondere die Londoner *Times* hatte den wunden Punkt aufgedeckt. »Die deutschen Verfassungsreformen bezwecken, das Odium eines ungünstigen Friedens auf den bisher machtlosen Reichstag zu schieben.« Sauer, Wolfgang: Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: Kolb, Eberhard (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Republik. Köln 1972. S. 77f. (S. 77–99).

deutschen Bevölkerung hatte das alte Regime jedoch soviel Ansehen verloren, dass es nicht mehr verdiente, verteidigt zu werden. Brachte schon die militärische Bankrotterklärung die Krone Wilhelms II. ins Wanken, so war sie mit der dritten Wilson-Note endgültig unhaltbar geworden, nachdem »sich die Gefahr zeigte, dass der Kaiser obendrein auch noch ein Hindernis für den Frieden werden könnte«. ¹⁶² Trotz der Unterdrückungsversuche der Zensurbehörden wurde seine Abdankung zunehmend öffentlich gefordert.

Bereits am 10. Oktober 1918 hatte die *Fränkische Tagespost* in einem Leitartikel, der zwei Tage später auch in der *Volkszeitung* erschien, den Rücktritt Wilhelm II. verlangt. »Dass die Sozialdemokratie kein Interesse an der Erhaltung der Hohenzollernmonarchie hat, das ist stets mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht worden.« Diejenigen, die ihren Erhalt wollten, müssten für eine Alternative zu Wilhelm II. sorgen. »Der Kaiser hat stets die größten patriotischen Opfer von seinen Untertanen verlangt. Nun, wo die Untertanen zu Staatsbürgern werden, soll er selbst seine Opferbereitschaft zeigen, soll er selbst zurücktreten und so ein glänzendes Beispiel geben für das Verständnis der Zeit, wie auch dem Deutschen Reiche und Volke bessere Bedingungen des Frieden dadurch ermöglichen.« ¹⁶³ Am 16. Oktober 1918 schrieb der MSPD-Reichstagsabgeordnete Arthur Hofmann in einem Leitartikel im *Saalfelder Volksblatt*: »Wir stehen vor einem Wendepunkt der Geschichte und wenn wir zurückschauen und danach vorwärts so wissen wir, dass Wilhelm der Zweite der letzte ›Soldatenkaiser‹, der letzte Repräsentant des Obrigkeitsstaates gewesen ist und dass Leute von seinem Schlage nicht mehr hinein passen in die Zeit des beginnenden Volksstaates.« ¹⁶⁴

Unter diesem innen- wie außenpolitischen Druck stehend, entschloss sich die Regierung Max von Baden, über das bisher geplante Maß an Reformen hinauszugehen und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag und die Unterstellung der Militärgewalt unter die zivile Regierung vorzunehmen. Zugleich aber fehlte bei der Umsetzung dieser Reformschritte die letzte Konsequenz. Für das Amt des Reichskanzlers erfolgte keine vollständige Parlamentarisierung, er sollte auch künftig nicht aus den Reihen der Abgeordneten gewählt werden. Die Unterstellung

¹⁶² Ebenda, S. 81.

¹⁶³ *Volkszeitung*, 12.10.1918.

¹⁶⁴ *Saalfelder Volksblatt*, 16.10.1918.

des Militärs unter die Regierung wurde infolge des Einspruches des preußischen Kriegsministers gegen die diesbezüglichen Vorschläge des Interfraktionellen Ausschusses vom 18. Oktober 1918 entscheidend abgeschwächt.¹⁶⁵

An diesem Punkt zeigte sich, in welchem Maß die Regierung Max von Baden bei ihren Reformmaßnahmen auf den aktiven und passiven Widerstand der Konservativen innerhalb und außerhalb der Bürokratie stieß. Die Amnestie und Freilassung Karl Liebknechts wurde bis zum 23. Oktober 1918 hinausgezögert und die Wahlrechtsreform in Preußen verschleppt.¹⁶⁶ Am 24. Oktober stimmte das preußische Herrenhaus zwar der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in erster Lesung zu, Gesetzeskraft hatte dies jedoch noch nicht: Nach Maßgabe der preußischen Verfassung hätte diese Wahlrechtsreform erst im Dezember endgültig beschlossen werden können. Zudem gelang es der Regierung nicht, »eine allgemeine Bestimmung über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufzunehmen.«¹⁶⁷

»Wenn die Dinge sich nicht schnell umgestalten«, konstatierte Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Geschäftsbereich der Regierung Max von Baden in einer Sitzung Mitte Oktober 1918, »geht alles über unseren Kopf. Die Zustände drinnen und draußen sind unglaublich. Die Leute gehen nicht mehr an die Front. Im Inneren entwickeln sich die Verhältnisse mit unglaublicher Schnelligkeit.« Die fortgesetzte Unterdrückung friedenswilliger Bevölkerungskreise bezeichnete er als unerträglichen Fehler. Die »Regierung wird dafür verantwortlich gemacht und kann sich nicht halten. Die Presse nimmt schon Stellung gegen uns.«¹⁶⁸ Nach außen warnte die MSPD-Führung in ihrem Aufruf »An Deutschlands Männer und Frauen« vor den Treibereien jener, die mit bolschewistischen Revolutionsphrasen die Arbeiter jetzt zu sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzuputschen versuchten. Ihr Agieren würde den Frieden und die Demokratisierung Deutschlands erschweren und den all-deutschen Kriegstreiber in die Hände arbeiten. Der Weg zum Sozialismus führe nicht über bolschewistisches Chaos und Bürgerkrieg, sondern nur durch eine friedliche Umwälzung des Staats- und Wirtschaftswesens.¹⁶⁹

¹⁶⁵ Sauer: Scheitern der parlamentarischen Monarchie. S. 78f.

¹⁶⁶ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 474–476.

¹⁶⁷ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 165f.

¹⁶⁸ Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Die Regierung des Prinzen Max v. Baden. Düsseldorf 1962. Sitzung des Kriegskabinetts unter Teilnahme der preußischen Staatsminister. S. 321. Dok. 85.

¹⁶⁹ IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien Reihe II. Bd. 2. S. 253.

Trotz aller Schwierigkeiten schien die »Oktoberreform« eine »neue Ära ziviler, parlamentarischer Monarchie in Deutschland einzuleiten«, zumal Reichskanzler Max von Baden am 26. Oktober 1918, dem Tag ihrer Annahme im Deutschen Reichstag, die Entlassung Ludendorffs durch den Kaiser erreicht hatte.¹⁷⁰ Damit war die Nebenregierung der Obersten Heeresleitung formell beseitigt.¹⁷¹ Ohne das Kabinett zu informieren hatte Max von Baden den Kaiser vor die Wahl gestellt, entweder ihn zu entlassen oder einem Wechsel in der Obersten Heeresleitung zuzustimmen. Dabei ließ der Kanzler durchblicken, die eigentlichen Alternativen wären entweder der Rücktritt des Generalstabschefs oder die Abdankung des Kaisers, die Max von Baden auch mit den Oktoberreformen immer noch hoffte, verhindern zu können.¹⁷²

Zwar hatte Wilhelm II. die Verfassungsänderungen am 28. Oktober per Erlass in Kraft gesetzt, mittragen wollte er sie jedoch nicht. Stattdessen wurde in seinem Umfeld die Errichtung einer Militärdiktatur erwogen.¹⁷³ Nachdem infolge des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns¹⁷⁴ eine unmittelbare Bedrohung für Bayern entstand, wurden die Forderungen nach Abdankung des Kaisers unüberhörbar. In dieser Situation machte der Reichskanzler am 28. Oktober dann doch den Versuch, Wilhelm II. über Emissäre zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Der Kaiser war nicht mehr zu halten, und es bestand die Gefahr bzw. die Chance – je nach politischer Überzeugung –, dass mit ihm auch die Monarchie stürzt. Daraufhin floh Wilhelm II. aus Berlin ins Hauptquartier der Obersten Heeresleitung. Diese Flucht »bedeutete die Wiederherstellung des am 26. Oktober erschütterten Bündnisses zwischen Krone und Militärgewalt und die Rückkehr zur Tradition des reaktionären Staatsstreichs«. Intern erklärte der Kaiser am 2. November, er werde nicht abdanken. Vielmehr würde ein Plan ausgearbeitet, um nach Abschluss des Waffenstillstandes genügend Truppen zur Verfügung zu haben, um die Ordnung wiederherzustellen.¹⁷⁵

¹⁷⁰ Sauer: Scheitern der parlamentarischen Monarchie. S.80.

¹⁷¹ Ullrich: Die nervöse Großmacht. S. 566.

¹⁷² Machtan, Lothar: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen. Berlin 2008. S. 197.

¹⁷³ Ebenda, S. 198f.

¹⁷⁴ Am 14. September 1918 hatte die österreichisch-ungarische Regierung an alle am Weltkrieg beteiligten Mächte eine diplomatische Note gesandt, in der sie informelle Friedensgespräche vorschlug und das Deutsche Kaiserreich vor vollendete Tatsache stellte. Tatsächlich gab damit die Habsburger Doppelmonarchie zu, dass sie außerstande war, angesichts ihrer militärischen Niederlagen und den innenpolitischen Spannungen im Vielvölkerreich den Krieg fortzusetzen. Während die Wiener Regierung am 4. Oktober den amerikanischen Präsidenten um die Vermittlung eines Waffenstillstands nachsuchte, begannen sich Tschechoslowaken, Polen, Slowenen, Kroaten und Serben mit der Bildung von Nationalräten aus dem Habsburger Kaiserreich herauszulösen. Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 487f.

¹⁷⁵ Sauer: Scheitern der parlamentarischen Monarchie. S. 84f.

In Berlin liefen nach der Abreise des Kaisers »wilde Gerüchte über einen ›militärischen Rückschlag gegen die volkstümliche Regierungsform‹ um.« Erinnerungen an die »Flucht nach Varenne«¹⁷⁶ wurden wach, der Ausbruch eines Bürgerkrieges befürchtet. Dementsprechend erhielten die Forderungen nach Abdankung des Kaisers nun auch eine innenpolitische Dimension. Nicht nur dass die MSPD noch vor Bekanntwerden seiner Abreise eine Debatte im Kabinett über dessen Abdankung gefordert hatte – auch führende industrielle Kreise und ein Teil der alten Bürokratie, beides bisher verlässliche Stützen des Kaisers, rückten nun von ihm ab.¹⁷⁷

Die Rückwirkung der innenpolitischen Reformen der Regierung Max von Baden auf die Thüringer Kleinstaatenwelt

»Ach Thüringen, das ist die Baumschule Europas!« soll einst ein gewitzter Franzose mit Blick auf die europäischen Herrscherhäuser formuliert haben. Sie seien »vom grünen Herzen Deutschlands mit Besetzung versehen worden. Mögen diese Auswanderer einer scheinbar politisch aktiven Handelsbilanz im europäischen Theater öfter erste Rollen bekleidet haben, was zu Hause auf der Klitsche blieb, war nicht immer Premierenbesetzung«. Ihre Affären, Geschichtchen und Geschichten seien jedoch jahrhundertlang die Geschichte Thüringens gewesen. Wunderliche und romantische Dinge hätten sich in den Schlössern der thüringischen Zaunkönige abgespielt. Sie abzusetzen, sei von Napoleon 1803 und Bismarck 1866 vergessen worden. »Wären nicht D-Züge durch die einzelnen thüringischen Länder gefahren, so hätten sie Museumswert haben können: Naturschutzpark mittelalterlicher Fürstlichkeit in einer Zeit«, in der große staatliche Gebilde die politische Kleinstaaterie längst abgelöst hatten. Zwar waren infolge der Reichsgesetzgebung nach 1871 gemeinschaftliche Institutionen und angesichts

¹⁷⁶ In der Nacht zum 21. Juni 1791 war der französische König Ludwig XVI. aus Paris geflohen, um mit konterrevolutionären militärischen Kräften zurückzukehren und die konstituierende Versammlung aufzulösen. Damit wollte er seine zuvor von der Revolution beseitigte absolute Macht wiederrichten. Der Fluchtversuch scheiterte, der König wurde am 10. August 1792 gestürzt und als Louis Capet am 21. Januar 1793 hingerichtet. (Markov, Walter; Soboul, Albert: 1789. Die Große Revolution der Franzosen. Köln 1989. 3. Auflage. S. 176 f., S. 227–231, S. 253).

¹⁷⁷ Sauer: Scheitern der parlamentarischen Monarchie. S. 87.

der Erfordernisse des Weltkrieges das Thüringer Ernährungsamt¹⁷⁸ entstanden, »aber die Hoheiten hüteten ihre Rechte und Grenzen, ihre Ämter und Kirchtürme wie Augäpfel, nein, noch häufiger wie – Jagdgründe«. ¹⁷⁹ Aus diesen Gründen hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Arthur Hofmann bereits 1906 vom Thüringer »Kleinstaatensjammer« geschrieben. Anhand der Finanzsituation der einzelnen Herzog- und Fürstentümer hatte er die Unhaltbarkeit der kleinstaatlichen Verhältnisse nachgewiesen und die politische Einheit Thüringens gefordert. ¹⁸⁰ Eine Konferenz thüringischer SPD-Landtagsabgeordneter schloss sich Hofmanns Forderungen 1907 an. »In der politischen Zerrissenheit Thüringens und in der dadurch bedingten Vielregiererei« sah sie einen nicht unwesentlichen Grund dafür, »dass die Verwaltungskosten unverhältnismäßig hoch sind. Es ist darum seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Einzellandtage darauf hinzuwirken, dass auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung eine Zentralisation und damit in politischer Hinsicht für das gesamte Thüringen einheitliche Grundgesetze zur Einführung gelangen«. ¹⁸¹ Aufgrund des undemokratischen Landtagswahlrechts in den Thüringer Kleinstaaten und der daraus resultierenden Minderheitenposition der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten scheiterten die diesbezüglichen Vorstöße jedoch in den einzelnen Landesparlamenten. ¹⁸² Das einheitliche Thüringen konnte erst geschaffen werden, nachdem mit Beginn der Novemberrevolution 1918 die Fürsten »gegangen« worden waren. »Es ging nicht nur ohne sie, es ging nur ohne sie.« ¹⁸³

Als August Baudert in der Reichstagssitzung am 5. Oktober 1918 die Ankündigung des neu ernannten Kanzlers Max von Baden über die bevorstehenden innenpolitischen Veränderungen vernahm, fragte er sich: »Wird der (ebenfalls anwesende großherzogliche) Staatsminister Dr. Rothe aus den neuesten Vorgängen die folgerichtigen Schlüsse ziehen?« ¹⁸⁴ Die Skepsis

¹⁷⁸ Das Thüringer Ernährungsamt mit Sitz in Weimar hatte sich in einem längeren Prozess während des Zeitraums 1915 bis 1917 aus der Notwendigkeit der gemeinsamen Verwaltung der knappen Lebensmittel herausgebildet. Es fungierte als Schnittstelle zwischen den Reichs- und den kommunalen Stellen und war für die Lebensmittelversorgung in den acht thüringischen Kleinstaaten verantwortlich. Doch auch die Mitarbeiter dieses Amtes mussten sich mit der undurchsichtigen Behördenverflechtung auseinandersetzen. Riegg, Oliver: Volksernährung, Unruhen und politische Reformen. Die Lebensmittelversorgung in den thüringischen Staaten während des Ersten Weltkrieges und der frühen Weimarer Republik. Jena, 2017. S. 123–133.

¹⁷⁹ Wecker, Fritz: Unsere Landesväter. Wie sie gingen. Wo sie blieben. Berlin 1928. S. 219f.

¹⁸⁰ Hess: Geschichte Thüringens. S. 427.

¹⁸¹ Zitiert nach DuMont, Karl: Der Zusammenschluss Thüringens. Eine staatswissenschaftliche Untersuchung. Gotha 1917. S. 27f.

¹⁸² Ebenda, S. 28.

¹⁸³ Wecker: Unsere Landesväter. S. 220.

¹⁸⁴ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 4.

war berechtigt. Das Großherzogliche Staatsministerium Sachsen-Weimars erklärte nach den Ankündigungen des Reichskanzlers, »dass die Gestaltung des Landtagswahlrechts entsprechend dem föderativen Charakter des deutschen Reiches ausschließlich Sache der Bundesstaaten ist und zur Zuständigkeit des Reiches nicht gehört«. ¹⁸⁵ Diese Stellungnahme zeigt beispielhaft, dass die thüringischen Regierungen die Zeichen der Zeit zunächst nicht verstanden. Sie wähten sich in ihren Positionen so sicher, schrieb der sozialdemokratische Redakteur Hermann Müller rückblickend, dass sie glaubten, aus den vor sich gehenden Veränderungen keine Schlussfolgerungen ziehen zu müssen. Für Sachsen-Altenburg konstatierte er: »Die Regierung und mit ihr die konservativ-bündlerischen [Landtags-] Mehrheit tanzte auf dem Vulkan und taumelte dem Abgrunde entgegen.« ¹⁸⁶

Dass die Frage einer demokratischen Reform des Landtagswahlrechts in den thüringischen Kleinstaaten dennoch auf die politische Tagesordnung kam, resultierte aus der Zuspitzung der innenpolitischen Krise. Am 12. Oktober berichtete der Thüringer Bevollmächtigte beim Bundesrat, Arnold Paulsen, nach Weimar, dass sich die Ereignisse überstürzten und die weitere Entwicklung kaum abgesehen werden könne. Die Lage sei sehr ernst: Einerseits gebe es »Staatsstreichgelüste auf der extremen Rechten«, andererseits würde die USPD erhebliche Fortschritte machen, was Paulsen für noch gefährlicher hielt. Selbst »in sehr ernsthaften bürgerlichen Kreisen rechnet man beinahe sicher mit revolutionärer Bewegung«. ¹⁸⁷

Zudem erhöhte die Sozialdemokratie den innenpolitischen Druck auf die kleinstaatlichen Regierungen und die Herrscherhäuser. Es sei »ein unhaltbarer Zustand«, erklärte der MSPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Käppler für Altenburg am 12. Oktober 1918, »dass das Reich umgestaltet wird, während die Bundesstaaten am Alten festhalten und womöglich eine entgegengesetzte Politik treiben«. ¹⁸⁸ Infolge des Kaiserlichen Erlasses vom 30. September, der formal die Voraussetzung für die Bildung der Regierung Max von Baden geschaffen hatte, konstatierte die *Volkszeitung* einen »Niederbruch des bürokratischen und halb-absolutistischen Obrigkeitsstaates«, der auch an Sachsen-Weimar nicht vorbeigehen dürfe. Das Blatt erinnerte in diesem Zusammenhang an den Vorstoß der sozialdemokratischen Land-

¹⁸⁵ Zitiert nach Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 44.

¹⁸⁶ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 110.

¹⁸⁷ Machtan: *Die Abdankung*. S. 190.

¹⁸⁸ Zitiert nach Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 45.

tagsfraktion vom Dezember 1917 für ein demokratisches Landtagswahlrecht und die Aufhebung der Steuerfreiheit des Herzogs. »Es wird die vordringlichste Aufgabe unserer Vertreter im Landtag sein, nach seinem Zusammentritt, der noch im Oktober erfolgen soll, diese Initiativen wieder aufzunehmen und den widerstrebenden bürgerlichen Parteien zum Bewusstsein zu bringen, dass man nicht zur gleichen Zeit im Reichstag volkstümlich fortschrittlich, im Landtag rückständig sein könne.«¹⁸⁹

Am 28. Oktober 1918 forderte die USPD in Reuß ä. L. von der Staatsregierung die Einberufung des Landtages, um die umfassende Demokratisierung des politischen Lebens im Staat und in den Gemeinden einzuleiten, die für die Lösung der drängenden Aufgaben bei der Bewältigung der Kriegsfolgen erforderlich sei. Besonderes Gewicht legten die Unabhängigen dabei auf das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für Frauen und Männer über 20 Jahre sowie auf die Herstellung der politischen Gleichberechtigung aller Einwohner in den Gemeinden.¹⁹⁰

Nach einer entsprechenden Forderung der MSPD Sachsen-Altenburgs trat die vom Landtag im Dezember 1917 eingesetzte Wahlrechtskommission am 29. Oktober 1918 zusammen. Die von Staatsminister von Wussow vorgeschlagenen Wahlrechtsänderungen lehnte die MSPD rundweg ab. Der Regierungsvorschlag sah neben 23 nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu wählenden Landtagsabgeordneten auch eine berufsständische Vertretung vor.¹⁹¹ Mit diesen Vorschlägen »hätten wir uns noch nicht einmal einverstanden erklären können, als die Demokratisierung in Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten war wie heute«.¹⁹² Die sozialdemokratischen Abgeordneten verließen die Wahlrechtskommission, erklärten, nicht länger mit dem Staatsminister zusammenarbeiten zu wollen, und forderten ihn auf, den Herzog über die Situation zu informieren.¹⁹³

In Sachsen-Weimar verhandelte der Landtag am 31. Oktober die von den Fraktionen der MSPD und der Fortschrittlichen Volkspartei eingebrachten Anträge zur Einsetzung eines Landtagsausschusses, der entsprechende Verfassungsänderungen vorbereiten sollte. Die Regierung wollte lediglich Fragen des Landtagswahlrechts in einem solchen Ausschuss erörtern

¹⁸⁹ *Volkszeitung*, 10.10.1918.

¹⁹⁰ *Reußische Volkszeitung*, 02.11.1918.

¹⁹¹ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 111.

¹⁹² Zitiert nach Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 45.

¹⁹³ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 111.

lassen. August Baudert nutzte die Einbringung des Antrages seiner Fraktion am 31. Oktober für einen Appell an die Herrschenden, sich nicht länger der geschichtlichen Entwicklung in den Weg zu stellen. Es wäre kein Unglück, »wenn die Fürsten heute samt und sonders zurücktreten würden«. ¹⁹⁴ Obwohl Baudert mit dieser Aussage über die Grenzen des Großherzogtums hinaus politische Aufmerksamkeit erregte ¹⁹⁵, war sein Vorstoß nicht revolutionär, sondern reformerisch gemeint. Denn er fügte seiner indirekten Rücktrittsforderung hinzu, ein solcher Umsturz des Staates könne nicht mit Gewalt erzwungen werden, solange die große Mehrheit des Volkes sozialistischen und demokratischen Ideen fernstünde. »Ich zweifle aber nicht daran, dass wir auf dem Wege der organischen Entwicklung nach und nach dahin kommen werden, und es ist deshalb begreiflich, dass diejenigen, die dieser Ansicht sind, auch diesen Weg mit vorbereiten helfen, und dazu gehört [...] dass man die Überreste des Absolutismus, die heute noch in der Herrschergewalt, sei es bei den Königen, sei es bei den Fürsten, liegen, beseitigt.« ¹⁹⁶

Am 1. November plädierte der MSPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Eckhard für ein demokratisches Landtagswahlrecht in Sachsen-Meiningen. Das Fortbestehen der Dynastien in den Einzelstaaten in einem Deutschland, das sich nach Abdankung des Kaisers auf eine republikanische Grundlage stellen würde, war für ihn undenkbar. ¹⁹⁷ Zwei Tage später forderte Arthur Hofmann als Voraussetzung der notwendigen wirtschaftlichen Reformen und im Sinne eines weiteren Vorantreibens der eingeleiteten politischen Veränderungen die Einheitsrepublik Thüringen. Die Volksvertreter seien gefordert, sofort aktiv zu werden und nicht darauf zu warten, »bis die Ratgeber der Kronen so vernünftig und die Fürsten durch diese einsichtig gemacht worden sind«. Auf der Tagesordnung stehe ein freies Thüringen. Diese Forderung müsse in allen thüringischen Staaten erhoben werden. »Die dynastischen Interessen dürfen nicht länger vor den Volksinteressen stehen.« ¹⁹⁸

In Sachsen-Gotha verlangte die USPD-Landtagsfraktion am 7. November, nun schon unter dem Eindruck der »Erschütterung des gesamten deutschen

¹⁹⁴ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Landtagsverhandlungen Sachsen-Weimar-Eisenach. Verhandlungen des Landtages im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach außerordentlicher Landtag 1915 bis 1918. Protokolle. S. 1388.

¹⁹⁵ Machtan: Die Abdankung. S. 324.

¹⁹⁶ Landtagsprotokoll Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1388.

¹⁹⁷ Saalfelder Volksblatt, 03.11.1918.

¹⁹⁸ Ebenda.

Staatswesens« durch die revolutionäre Entwicklung in Norddeutschland, die Einberufung des Landtages.¹⁹⁹ Zugleich forderte die USPD Gotha »die Abdankung des Herzogs, und die Zusammenschließung Großthüringens unter republikanischer Staatsform«, die Zurückführung »des durch den Domänenvertrag dem Herzog ausgelieferten ehemaligen Staatsbesitzes« in Staatseigentum, das freie und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer, eine Reform des Gemeinde- und Gemeindeabgabengesetzes sowie der Steuergesetzgebung »im Sinne einer demokratisch-sozialistischen Neuorientierung von Wirtschaft und Staatsverwaltung«.²⁰⁰

Nachdem sich in Sachsen-Weimar der Großherzog und seine Regierung Mitte Oktober 1918 veranlasst gesehen hatten, den Landtag einzuberufen und ihm eine Wahlrechtsvorlage vorzulegen²⁰¹, kam auch vom fortschrittlichen Bürgertum Kritik. Die Regierung lasse »nichts von dem politischen Drang der letzten Tage erkennen« und erwarte offenbar, dass »der Landtag ihr die Richtung weise«. Hierzu formulierte das *Jenaer Volksblatt* fünf Vorschläge als Mindestforderungen, die die Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei in den Landtag einbringen müssten. An erster Stelle stand die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Neben den 23 direkt gewählten Abgeordneten der Wahlkreise sollten anstelle der aufgrund ihres Besitzes privilegierten sowie der berufsständischen Mandatsträger 15 weitere Volksvertreter demokratisch nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden. Die Laufzeit des Landesetats sollte von drei Jahren auf ein Jahr reduziert und die Dauer der bisherigen sechsjährigen Legislaturperiode ebenfalls abgekürzt werden. Zugleich forderte das Blatt ein Mitspracherecht des Landtages bei der Ernennung der Minister und der leitenden Beamten. Auch die Steuerfreiheit des Großherzogs müsse aufgehoben werden.²⁰²

Anfang November 1918 erklärten 16 bürgerliche Abgeordnete des Landtages Reuß j. L., sie würden, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, anerkennen, dass nun auch in ihrem Fürstentum eine politische Neuordnung einzutreten müsse: »Daher wird die fürstliche Regierung ersucht, sofort das Landtagswahlrecht, Gemeindewahlrecht und Bezirkswahlrecht abzuändern.« Ihr Gesetzentwurf müsse das allgemeine, gleiche, geheime

¹⁹⁹ Verhandlungen des Gemeinschaftlichen Landtags der Herzogthümer Coburg und Gotha 1853-1918. Verhandlungen des Gemeinschaftlichen Landtags der Herzogthümer Coburg und Gotha auf die Zeit von 1913 bis 1918. Fünfundzwanzigste Sitzung. S. 420.

²⁰⁰ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

²⁰¹ Post, Werner: Herrscher in der Zeitenwende. S. 494.

²⁰² *Jenaer Volksblatt*, 20.10.1918.

und direkte Wahlrecht sowie für den Landtag Verhältniswahlen und Berufswahlen vorsehen. Die Sitze für Gutsbesitzer sollten entfallen, dafür aber ein Wahlzwang eingeführt werden. Der Landtag müsse zukünftig Wert darauf legen, »durch seine Mitglieder in irgendeiner Weise an den Regierungsgeschäften teilzunehmen«. Die Gesetzgebung und Verwaltung in den thüringischen Bundesstaaten sollte durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinheitlicht »und großzügige Grenzverbesserungen in die Wege geleitet werden«. Außerdem plädierten die Abgeordneten für eine Vereinigung der beiden reußischen Fürstentümer. Abschließend forderten sie »die sofortige Einberufung des Landtages«. ²⁰³

Am 3. November erhoben die bürgerlichen Abgeordneten des Gothaer Landtages »in letzter Minute« Mindestforderungen für eine Verfassungsreform. Sie plädierten nun für direkte Wahlen, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, Reform des Gemeinderechts, Einschränkung der Privilegien des Herzogs und soziale Maßnahmen im Hinblick auf Landverteilung an Bedürftige sowie Durchlässigkeit und Aufstiegschancen im Schulwesen für alle Tüchtigen unabhängig von sozialen Verhältnissen. ²⁰⁴

Die bürgerlichen Reformvorschläge zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts liefen jedoch darauf hinaus, es durch die gleichzeitig vorgesehenen berufsständischen Vertretungen in seiner demokratischen Wirkung zu relativieren. »Gegen derartige Verschandlung des gleichen Wahlrechts wird die Arbeiterschaft ankämpfen und nicht eher ruhen, als bis das allgemeine Wahlrecht in der von uns schon bisher vertretenen Form gewährt wird« ²⁰⁵, erklärte die USPD in Reuß ä. L., die am 8. November aufgrund der Untätigkeit der Regierung des Staatsministers Meding deren Rücktritt forderte. ²⁰⁶

Während noch Anfang November der Herzog in Sachsen-Gotha weiterhin abwartete und sein Standesgenosse in Sachsen-Meiningen Zugeständnisse in der Verwendung der Domänengewinne machte, entwickelten die übrigen Herrscherhäuser eine rege Geschäftigkeit. ²⁰⁷ In Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt wurden die Landtage für den

²⁰³ *Geraisches Tageblatt*, 06.11.1918.

²⁰⁴ Matthiesen, Helge: *Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930*. Jena 1994. S. 49.

²⁰⁵ *Reußische Volkszeitung*, 07.11.1918.

²⁰⁶ *Reußische Volkszeitung*, 08.11.1918.

²⁰⁷ *Jenaer Volksblatt*, 06.11.1918.

4. bzw. 15. November einberufen. Nachdem der Herzog in Sachsen-Altenburg Anfang November zunächst nur die bürgerlichen und konservativen Abgeordneten empfangen hatten,²⁰⁸ traf er am Vormittag des 7. November mit einer Delegation der Altenburger Sozialdemokratie zusammen. In der eineinhalbstündigen Unterredung zeigte er sich der rückblickenden Darstellung Müllers zufolge über die Vorgänge in seinem Herrschaftsbereich nur unzureichend, über die allgemeine politische Entwicklung im Kaiserreich jedoch sehr gut informiert. »Für die Wünsche des Volkes habe er insofern Verständnis gehabt als er erklärte: »Meine Herren! Wenn wir vier über die Sache zu beschließen hätten, dann wären wir in einer halben Stunde einig.« Daraus schloss Müller, dass der Herzog weder durch seine Minister noch durch die bürgerlichen Abgeordneten über die wirkliche Situation informiert worden sei. Er sicherte die Prüfung der Wahlrechtsfragen noch einmal zu. »Außerdem lag in seinen Worten eine Art Missmuthsgefühl, weil er von seiner eigenen Umgebung geflissentlich im Dunkeln gehalten worden war.« Bereits am Tag zuvor hatte die Mitgliederversammlung der Altenburger MSPD das bisherige Agieren ihrer Abgeordneten in der Wahlrechtsfrage unterstützt. In einer Resolution war der Rücktritt des Staatsministers gefordert und angesichts der revolutionären Ereignisse in Norddeutschland erklärt worden, dass während der Verhandlung nichts unternommen werden sollte, was deren Verlauf stören oder erschweren könnte.²⁰⁹

Im Ergebnis der darauffolgenden Auseinandersetzung des Herzogs mit seinen Ministern wurde von Wussow entlassen. Eine weitere Folge der Unterredung mit der MSPD-Delegation war die Berufung des Sozialdemokraten Karl Thiere zum Regierungsrat für Ernährungsangelegenheiten. Er hatte dem Herzog in der Unterredung am Vormittag des 7. November »die missliche Ernährungsverhältnisse im Lande vorgetragen«. Am 8. November wurde amtlich mitgeteilt, dass der Herzog und seine Gattin »auf die ihnen zustehende Steuerfreiheit« zu verzichten bereit seien, um ihrerseits die zu erwartenden schweren Lasten mitzutragen. Dies kam jedoch »zu spät. Im Reiche war der Vulkan ausgebrochen, die Sturmflut brauste, das Volk stand auf«. Die revolutionäre Woge an der Landesgrenze aufhalten zu wollen wäre widersinnig und zwecklos gewesen.²¹⁰

²⁰⁸ Müller: Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. S. 111.

²⁰⁹ Ebenda, S. 113.

²¹⁰ Ebenda.

Auch in Gera empfing der Fürst die bürgerlichen Landtagsabgeordneten. Während dieser Unterredung habe er die Bereitschaft gezeigt, sowohl den gemachten Vorschlägen zu entsprechen, als auch die Sozialdemokraten zu empfangen. Zudem war »der Elferausschuss des Landtages« einberufen worden.²¹¹ In dessen Sitzung am 9. November wurde die Haltung der Staatsregierung zur politischen Situation im Fürstentum Reuß j. L. besprochen. Zunächst war die Entlassung von Staatsminister von Hinüber mitgeteilt worden, »weil er mit seiner Überzeugung die beabsichtigte Änderung des Wahlgesetzes nicht glaubte vertreten zu können«, da er die Wahlrechtsverschlechterungen im Jahr 1913 eingebracht hatte.²¹² »Allseitig wurde die Notwendigkeit anerkannt, den Zeitströmungen gerecht zu werden.« Auch die Regierung war bereit, »den geäußerten Wünschen entgegenzukommen«. Der Landtag sollte in nächster Zeit einberufen werden und über eine Regierungsvorlage zur Änderung des Organisationsgesetzes beraten, damit ein aus Mitgliedern des Landtages zu bildender Staatsrat an den Entschließungen des Gesamtministeriums beteiligt werden könne. Nach Bildung dieses Staatsrats sollte der Landtag vertagt und in Zusammenarbeit mit dem Gesamtministerium die Vorlage über Änderungen des Wahlrechts beraten und beschlossen werden. Die Mitarbeit der unabhängigen Sozialdemokratie in diesem Staatsrat »wurde gewünscht und als nötig angesehen«. Deren Vertreter machte in der Sitzung des Elferausschusses jedoch keine Zusage, über einen Eintritt in den Staatsrat müsse seine Partei entscheiden. »Wenn die Sozialdemokratie die Beteiligung ablehnt, wird zunächst der Elferausschuss wieder einberufen werden.«²¹³

Am 8. November hatte der Landtag Schwarzburg-Sondershausen über eine Regierungsvorlage zur Wahlrechtsreform beraten. In der Debatte griff der uspd-Landtagsabgeordnete Wilhelm Bärwinkel die Regierung heftig an. Zunächst konstatierte er angesichts der allgemeinen politischen Lage das Scheitern der bisherigen Politik des Deutschen Kaiserreiches, die in die aktuelle Notsituation geführt hätte. Mit Befremden habe er bei Eröffnung des Landtages am 4. November vernommen, dass Staatsminister von der Recke »Bedenken gegen die Demokratisierung der Verwaltung und der Vertretung des Volkes geäußert hatte«.²¹⁴ Zudem habe Bärwinkel weitere

²¹¹ *Geraisches Tageblatt*, 06.11.1918.

²¹² 1913 war vom Landtag in Reuß j. L. ein »Wahlrechtsraub« beschlossen worden, um dem Überhandnehmen der Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben. Die SPD hatte 1911 ein Drittel der Mandate erringen können. Hess: *Geschichte Thüringens*. S. 497–499.

²¹³ *Geraisches Tageblatt*, 10.11.1918.

²¹⁴ *Verhandlungen des Landtags für Schwarzburg-Sondershausen. Ordentlicher Landtag. Sitzungsberichte*. S. 830.

Reformankündigungen erwartet, die jedoch unterblieben waren. Nichts wurde zur Beseitigung der Gesindeordnung gesagt, nichts zur Herstellung einer vollen Versammlungsfreiheit. Vehement sprach sich Bärwinkel gegen die vorgesehene Einführung einer zweiten Landtagskammer aus und forderte die Einführung eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen. Auch die Thüringen-Frage müsse gelöst werden: »Bei den nach dem Krieg ins Ungeheure gestiegenen Ausgaben werde sich die Thüringer Bevölkerung nicht mehr neun Staatsregierungen leisten können, sie müsse diese Kosten sowohl für die Regierungen als auch für die Monarchien sparen. Wenn die Monarchien nicht freiwillig zurücktreten, werde sich zeigen, wie die große Masse des Volkes darüber denke.«²¹⁵

Die Arbeiter und der Frieden

Auf der Bevölkerung liege eine ungeheure Spannung und Erwartung. »Wird das Friedensangebot der deutschen Regierung Erfolg haben?« In jeder Familie sei diese Frage Gegenstand von Gesprächen und Diskussionen, woraus sich ermessen ließe, »wie sehnüchtig der Frieden herbei gewünscht wird«. Bei allen Zusammentreffen tauschten sich die Menschen über die neuesten Informationen aus Presse oder Feldpostbriefen aus. Begierig würden die neuesten Zeitungsausschnitte in den Schaukästen über die politische Situation aufgenommen. Vor allem bei den Alldutschen riefen sie Kopfschütteln hervor, »weil deren Hoffnungen und Träume zusammenbrächen. Man fühlt es, das Weben einer neuen Zeit fiebert durch die Menschheit und wir fragen, wohin steuern die Verhältnisse?«²¹⁶

Dieser Bericht des Greizer USPD-Blattes kennzeichnete die Stimmungslage der Bevölkerung Mitte Oktober 1918. Einerseits gab es den Wunsch der übergroßen Mehrheit nach Frieden, andererseits die Resignation jener, »die in den vier ersten Kriegsjahren nie an dem Sieg der deutschen Waffen gezweifelt« hatten und nun durch die Umwälzungen im Regierungssystem und dem Friedensangebot an Wilson »stark beunruhigt« seien, wie der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Theodor Fuchs konstatierte. Deshalb forderte er angesichts des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung einen Aufruf der Regierung zum »äußersten Widerstand«, um die Opferbereitschaft

²¹⁵ Ebenda, S. 831.

²¹⁶ *Reußische Volkszeitung*, 15.10.1918.

wieder zu steigern.²¹⁷ Das Waffenstillstands- und Friedensgesuch der Regierung Max von Baden, das im völligen Widerspruch zu den bisherigen offiziellen Verlautbarungen der Obersten Heeresleitung stand und die Richtigkeit der allorts kursierenden Gerüchte über die Auflösung der Front bestätigte, hatte die nur mühsam aufrechterhaltene Widerstandskraft auch jener Bevölkerungskreise zusammenbrechen lassen, die bis dahin noch an einen Siegfrieden glaubten.²¹⁸

Gleichzeitig begann sich eine »Friedensbewegung« herauszubilden, die keine Programmschriften oder politische Verlautbarungen veröffentlichte, weder über organisatorische Strukturen verfügte, noch führende Personen an ihrer Spitze hatte. Bemerkbar machte sich diese Bewegung zunächst in den Gesprächen der Menschen in den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften, an den Arbeitsplätzen in den Fabriken und Büros.²¹⁹ Ihre Symbolfigur war Karl Liebknecht.²²⁰ Wie mobilisierend er in jener Situation wirkte, zeigte sich nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus. Als Liebknecht am 23. Oktober 1918 am Berliner Anhalter Bahnhof eintraf, begrüßten ihn mehr als 20.000 Menschen, obwohl die Behörden bemüht gewesen waren, den Termin seiner Ankunft nicht bekannt werden zu lassen. »Sind sie zufrieden mit dem Empfang?«, fragte eine Arbeiterin den soeben Freigelassenen einem Brief. »Wir waren erstaunt über solche Menschenmengen. Es war doch erst 3.00 Uhr [nachmittags; m. n.] in den Betrieben bekannt geworden und trotzdem diese Mengen.«²²¹

Politisch repräsentiert wurde die Friedensbewegung jedoch zunehmend durch die USPD. Mit ihren reichsweit durchgeführten Volksversammlungen und Massenkundgebungen Ende Oktober/Anfang November 1918²²² gab sie dem massenhaften Willen der Bevölkerung nach Frieden Ausdruck. In Gotha rief sie zu ihrer Volksversammlung am 31. Oktober im »Volkshaus zum Mohren« nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch jene Bürger auf, die erkannt hätten, »dass die Auffassung, die wir unabhängigen Sozialdemokraten immer vertreten haben, die einzige ist, die uns dem Ende des

²¹⁷ Stadtarchiv Jena. BII XVIIIg Nr. 135. Bl. 77f.

²¹⁸ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 434.

²¹⁹ Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt a. M. Berlin Wien. 1978. S. 20.

²²⁰ Miller: Bürde. S. 43.

²²¹ Wohlgemuth, Heinz: Das Echo auf die Entlassung Karl Liebknechts aus dem Zuchthaus Luckau 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Bd. XVII. (Jg. 1969) S. 332. (S. 331-341).

²²² Engelmann, Dieter; Naumann, Horst: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922. Berlin 1993. S. 61-63.

blutigen Völkerringens näher gebracht hat.«²²³ Die MSPD in Jena empfahl ihren Parteimitgliedern und Anhängern den Besuch der USPD-Volksversammlung »Die Arbeiter und den Frieden«, um in dieser so wichtigen Frage neben dem unabhängigen auch den mehrheitssozialdemokratischen Standpunkt öffentlich kenntlich zu machen.²²⁴ Tatsächlich nahmen an dieser stark besuchten Kundgebung auch Bürgerliche teil.²²⁵

Am 5. Oktober hatte die USPD mit ihrem Aufruf »An das werktätige Volk Deutschlands« nicht nur die MSPD heftig wegen ihres Eintritts in die Regierung Max von Baden kritisiert, sondern zugleich ein Programm für einen sofortigen Frieden umrissen. Es verband die Friedensfrage mit dem Problem der Demokratisierung der innenpolitischen Verhältnisse und dem Ziel der USPD, der sozialistischen Republik: »Sie allein ermöglicht es, die Welt von den Verwüstungen des Krieges zu erlösen.«²²⁶ Insofern gab die USPD der Friedensbewegung zugleich eine radikale politische Stoßrichtung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der am 20. Oktober 1918 durchgeführten öffentlichen USPD-Volksversammlung in Gera forderten in einer Resolution »den sofortigen Abschluss des Friedens nach den Grundsätzen des internationalen Sozialismus«. Weiterhin plädierten sie für »freiheitliche Maßnahmen im Inneren, völlige Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung aller seiner Opfer«. Der USPD-Reichstagsfraktion wurde das Vertrauen ausgesprochen, dass sie auch weiterhin »für den Frieden der Völkerverständigung, Völkerverbrüderung und des internationalen Sozialismus« wirke. In seinem einleitenden Referat hatte der USPD-Reichstagsabgeordnete Emanuel Wurm den Weltkrieg als eine »Folge des kapitalistischen Systems« charakterisiert, der zum Zusammenbruch des Militarismus, aber auch zu ungeheuren menschlichen und materiellen Verlusten geführt habe. Die europäischen Völker hätten Millionen Tode, Verwundete und Kriegsversehrte zu beklagen. Angesichts der finanziellen Lasten würde auch der kommende Frieden neues Elend und neue Kämpfe bedeuten. Deshalb könne es die Arbeiterschaft nicht bei der Forderung des amerikanischen Präsidenten Wilsons nach einer Beseitigung der Monarchie belassen – notwendig sei ein »vollständiger Systemwechsel«, der jedoch von der Regierung Max von Baden nicht erwartet werden könne. »Der Zusammen-

²²³ *Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha*, 30.10.1918.

²²⁴ *Volkszeitung*, 25.10.1918.

²²⁵ *Volkszeitung*, 26.10.1918.

²²⁶ IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien*. Reihe 2 Bd. 1. S. 207–210.

bruch der Monarchien sei nicht mehr aufzuhalten«, wie Österreich-Ungarn zeige. Auch würden die von der neuen Regierung aus der Not heraus gemachten Zugeständnisse nicht ausreichen. Deshalb forderte Wurm, in allen Bundesstaaten müsse das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt, der Belagerungszustand aufgehoben und Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht sowie alle politischen Gefangenen sofort freigelassen werden.²²⁷ In die gleiche Richtung argumentierte der Nürnberger USPD-Reichstagsabgeordnete Josef Simon am 25. und 26. Oktober 1918 auf zwei Volksversammlungen in Erfurt. Die hier beschlossene Resolution forderte die USPD-Reichstagsfraktion auf, auch weiterhin »für den Frieden und für die gründliche innere Umgestaltung zu arbeiten«.²²⁸ In der USPD-Volksversammlung in Jena am 25. Oktober 1918 nannte der Reichstagsabgeordnete Joseph Herzfeld die Regierung Max von Baden eine vorübergehende Erscheinung. Sie werde wie in Russland durch die Herrschaft des Proletariats abgelöst werden. Noch nie sei die Gelegenheit zur Verwirklichung des sozialistischen Gedankens günstiger gewesen als jetzt: Das Heer sei vollständig demoralisiert und die Arbeiterschaft in einer Stimmung, die sie bei ernstem Wollen in den unbeschränkten Besitz der Macht bringen werde. Wie die Redner in vielen anderen USPD-Versammlungen jener Wochen schlug Herzfeld Karl Liebknecht als Präsident einer zukünftigen deutschen Republik vor.²²⁹

Am 31. Oktober 1918 erklärte der Gothaer USPD-Funktionär Cuno Blechschmidt in der »überaus zahlreich« besuchten Volksversammlung, die »alldeutschen Eroberungspläne« seien ausgeträumt. Nicht »nationale Verteidigung«, sondern die Bildung einer provisorischen Übergangsregierung, die den Weg zu einem Frieden ohne Annexionen und zu einer sozialistischen Republik eröffne, sei die Forderung des Tages. »Die letzten Vorgänge in Wien und Budapest kündeten erneut den Bankrott der bürgerlich-kapitalistische Staatsform und des Monarchismus [an]. Der eignen Kraft vertrauend müsse auch die deutsche Arbeiterschaft ihre Forderungen erheben und ihr Endziel: die Befreiung der Menschheit zu erreichen suchen.«²³⁰

Am ersten Novemberwochenende folgte in Südthüringen die Einwohnerschaft massenhaft der Einladung der USPD zu insgesamt fünf großen Volksversammlungen »Für Frieden und Demokratie«.²³¹ Unter dem Ein-

²²⁷ *Reußische Volkszeitung*, 29.10.1918.

²²⁸ *Tribüne*, 29.10.1918.

²²⁹ Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*, S. 63.

²³⁰ *Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha*, 02.11.1918.

²³¹ *Tribüne*, 04.11.1918.

druck der nun überall anlaufenden revolutionären Entwicklung nahm die Revolution am 8. und 9. November in Eisenach, Arnstadt und Greiz faktisch aus diesen Versammlungen heraus ihren lokalen Anfang.

In allen Kundgebungen machten die USPD-Redner den Zusammenhang zwischen dem unbedingten Willen zum Frieden und dem Ende der Monarchie als Garanten eines wirklichen Verständigungsfriedens deutlich. Herzfeld hatte in Jena den amerikanischen Präsidenten Wilson als unfreiwilligen, aber willkommenen Bundesgenossen bei der Verwirklichung des Umsturzes nach russischem Vorbild bezeichnet.²³² Dessen Forderungen nach Beseitigung des preußisch-deutschen Militarismus entsprachen aus Sicht Emanuel Wurms den Auffassungen der deutschen Arbeiterschaft, die sich jedoch über die Motive Wilsons und seiner Regierung keine Illusionen machen dürfe. Amerika habe sich die Welt mit seinem unbeschränkten Kapital dienstbar gemacht und dabei den deutschen Militarismus als störend empfunden. Die amerikanische Regierung sei so arbeiterfeindlich wie jede andere.²³³ Auch Cuno Blechschmidt erklärte in Gotha, Deutschland drohe nun ein »Gewaltfrieden der Entente«. Deshalb müsse das Proletariat dem »bürgerlich-kapitalistischen Völkerbund« Wilsons die proletarische Internationale entgegenstellen.²³⁴

Mit ihren Plädoyers für einen Frieden um jeden Preis sowie der Aufforderung, sich den zunehmenden Aufrufen zur »nationalen Verteidigung« zu verweigern, sprachen die USPD-Redner den Generalkonflikt zwischen den »hungernden, frierenden und sterbenden Massen« einerseits und der Obersten Heeresleitung sowie der Regierung Max von Baden andererseits an. Die Politik der Reichsleitung ließ aus Sicht großer Bevölkerungsteile keine Bereitschaft zur Herbeiführung eines wie auch immer gearteten Friedens erkennen. Im Gegenteil: Der Notenwechsel mit Wilson zog sich endlos hin. Obwohl die Niederlage absehbar war, sprach die Regierung von der möglichen Wiederaufnahme der Kampfhandlungen, sollte ein »ehrenvoller« Friede anders nicht erreichbar sein.²³⁵ Der stellvertretende Kommandierende General des XI. Armeekorps rief Ende Oktober zur Bildung einer geschlossenen Heimatfront auf.²³⁶ Anfang November wandten sich in Gera bürgerliche und nationalistische Vereine mit einem gemeinsamen

²³² Stadtarchiv Jena: Akten B II Abt. IXh Nr. 46 Bl. 224.

²³³ *Reußische Volkszeitung*, 08.11.1918.

²³⁴ *Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha*, 02.11.1918.

²³⁵ Mai: Ende des Kaiserreiches. S. 169.

²³⁶ *Jenaer Volksblatt*, 30.10.1918.

Aufruf »In ernster Stunde« an ihre Mitbürger. Während das Land von außen durch einen gewaltigen Feind bedroht sei, würden sich im inneren »Wankelmut, Verdrossenheit, Zwietracht« regen. »Unser tapferes Heer« verteidige die Heimat bis zum Äußersten, sie müsse nun den »Feind im Lande« bekämpfen. »Wollt ihr den Frieden haben, so müsst Ihr stark sein und fest.« Deshalb wandten sich die Aufrufer gegen einen »Frieden um jeden Preis«. ²³⁷

Nicht nur die Einberufungsbefehle für die Jugendlichen des Jahrgangs 1900 und für die bis dahin vom Kriegsdienst freigestellten Rüstungsarbeiter spitzten die Situation weiter zu. ²³⁸ Im Alltag dominierten weiterhin die Strukturen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, der Belagerungszustand blieb in Kraft, die stellvertretenden kommandierenden Generale in den einzelnen Korpsbezirken entschieden selbstherrlich »über Zensurmaßnahmen und Versammlungsverbote. Statt eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene zu erlassen, gab es neue Verhaftungen von Kriegsgegnern. Das alte Militärsystem dauerte, trotz Parlamentarisierung, anscheinend ungebrochen fort«. ²³⁹

»Krieg oder Frieden«, so lautete deshalb aus Sicht der uspd die Alternative. »Nationale Verteidigung« bedeute einen Krieg ohne Aussicht auf Erfolg, der nur noch um seiner selbst willen fortgesetzt würde. Die Alldrutschen Kreise und hohen Militärs plädierten für die »Nationale Verteidigung«, »weil jeder Tag, den der Krieg noch dauert, ein Tag der Erhaltung ihrer Herrschaft ist. Der Friede – das ist für sie der Zusammenbruch des alten Systems, der Zusammenbruch ihrer Macht. Der Krieg aber bedeutet für sie das höchste. Macht, Ehre, Ansehen, Reichtum«. Die bisher in Deutschland herrschende Militärdiktatur würde mit einer Fortsetzung des Krieges weiter bestehen. »Wer ernsthaft den Frieden will, muss denen, die bisher die Militärdiktatur ausgeübt haben, für immer die Möglichkeit nehmen, jemals wieder ihre diktatorischen Gelüste ausleben zu können.« ²⁴⁰

Insofern bildete auch in Thüringen die Beendigung des Krieges das zentrale Motiv der aufständischen Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeiter am Beginn der Novemberrevolution 1918. Die Revolutionsbewegung in der

²³⁷ *Gerisches Tageblatt*, 05.11.1918.

²³⁸ Klein: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*. S. 494

²³⁹ Ullrich: *Die nervöse Großmacht*. S. 566.

²⁴⁰ *Reußische Volkszeitung*, 31.10.1918.

ersten Novemberwoche 1918 war zunächst »eine radikale Friedensbewegung«. ²⁴¹ Der soeben gebildete ASR Gotha erklärte in einem am Morgen des 9. November 1918 verbreiteten Flugblatt, die Reaktion versuche immer noch, »für die herrschenden und besitzenden Klassen zu retten, was noch zu retten ist«. Die militärischen Gewalthaber und kapitalistischen Kriegsverlängerer und Kriegswucherer würden weiterhin versuchen, durch einen Staatsstreich »ihr freventliches Spiel mit den Menschenleben und der Zukunft und dem Glück des Volkes« fortzusetzen. Gelänge dies, »dann kann das Volk alle seine Hoffnungen auf Frieden begraben«. Deshalb habe das »klassenbewusste Proletariat im Waffenrock« in Kiel dieses verbrecherische Spiel durchkreuzt. Das Volk lasse sich nicht länger seinen Verstand durch den künstlichen Nebel patriotischer Phrasen trüben. Es habe erkannt, dass für die Herrschenden Patriotismus die Ausbeutung der Volksmasse zur Sicherung der Profite des Kapitals im In- und Ausland bedeute. ²⁴²

In Gera forderte die Massenversammlung am Morgen des 10. November die Ablehnung der von den »Alldeutschen« propagierten nationalen Verteidigung und die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen. ²⁴³ Zur gleichen Zeit gab es in Bürgel eine öffentliche Volksversammlung, deren Stattfinden nur durch mündliche Weitergabe bekannt geworden war, und die dennoch aufgrund des großen Wunsches nach Frieden »einen über alles Erwartenden starken Besuch« verzeichnete. ²⁴⁴ Ebenfalls am Vormittag des 10. November setzte sich August Baudert in einer MSPD-Versammlung im Weimarer Volkshaus noch einmal mit den Kriegstreibern und Annexionisten auseinander, die er als »unfreiwillige Mithelfer an den Ereignissen dieser Tage« bezeichnete. Er erklärte, jetzt müsse wahrgemacht werden, was die Sozialdemokratie immer gefordert haben: Frieden und Freiheit. ²⁴⁵ Es gelte, endlich den Frieden sowie die Herrschaft des Volkes herbeizuführen, proklamierte einen Tag später der ASR Nordhausens: »Der Sozialismus ist der Friede! Der Sozialismus ist Freiheit und Gerechtigkeit! Der Sozialismus ist die Sicherung des Brotes für alle!« ²⁴⁶

²⁴¹ Niess: *Die Revolution von 1918/19*. S. 31.

²⁴² Lösche: *Materialien zur Geschichte der Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen*. S. 9; Dokument 6: Flugblatt des Gothaer Arbeiter- und Soldatenrates. *An das werktätige Volk in Stadt und Land*.

²⁴³ *ReuBische Volkszeitung*, 14.11.1918.

²⁴⁴ *Volkszeitung*, 12.11.1918.

²⁴⁵ *Volkszeitung*, 11.11.1918.

²⁴⁶ Bensing, Manfred: *Morgenröte des Sozialismus. Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19*. Nordhausen 1958. S. 74/75. Dok. 3.

Wer hat eigentlich gemeutert?

Am 6. November 1918 informierte Arnold Paulsen in einem vertraulichen Schreiben die fürstliche Regierung in Gera darüber, dass in Kiel »die gesamte Marinemannschaft gemeutert« habe. »Auf allen Kriegsschiffen sind rote Fahnen aufgezogen. Zahlreiche Offiziere sind erschossen, die übrigen teils gefangen, teils in ihren Wohnungen interniert. [...] Die Gewalt ruht in den Händen eines Arbeiter- und Soldatenrates. Kiel ist von Wachen der aufständischen Matrosen ganz von der Außenwelt abgesperrt. Der Grund der Meuterei scheint gewesen zu sein, dass schon seit längerer Zeit das Gerücht verbreitet war, eher der Frieden geschlossen werde, würde die Flotte ausfahren und in einem Kampf mit der englischen Flotte einen ehrenvollen Untergang suchen.« Als die Schiffe nun zu einer der üblichen Manöverfahrten auslaufen sollten, hätten die Matrosen »die Meuterei angefangen«.

Paulsen bezog diese Informationen von seinem Sohn, der als Marineoffizier in Kiel gedient hatte, und dem die Flucht nach Berlin gelungen war.²⁴⁷ An dieser Stelle ist nicht zu entscheiden, ob Arnold Paulsen durch ihn zutreffend informiert wurde. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass weder die Regierung in Berlin noch der Thüringer Bundesratsbevollmächtigte über die tatsächlichen Absichten der Seekriegsleitung, die diese nachträglich zu verschleiern versuchte, informiert waren.

Am 24. Oktober 1918 hatte der Stabschef der Seekriegsleitung, Admiral Reinhard Scheer, der deutschen Hochseeflotte den vor der Regierung geheim gehaltenen Befehl erteilt, zu einer Entscheidungsschlacht gegen Großbritannien auszulaufen. In einem letzten Kampf gegen die britische Flotte meinte die Seekriegsleitung, um den Preis des eigenen Untergangs die Ehre der Marine retten zu müssen.²⁴⁸ Dem setzten die Matrosen auf den Kriegsschiffen Widerstand entgegen. Die darauffolgenden dramatischen Ereignisse in Wilhelmshaven und Kiel zwischen dem 29. Oktober und 5. November, die den Beginn der Novemberrevolution 1918 in Deutschland markieren, fehlen in keiner ihrer Darstellungen. Es ist bemerkenswert, wie hartnäckig sich dabei bis in die Gegenwart die Charakterisierung dieser Vorgänge als »Matrosenmeuterei« hält.²⁴⁹

²⁴⁷ Stadtarchiv Gera, III F02/756.

²⁴⁸ Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg. S. 501–506.

²⁴⁹ So auch bei Niess: Die Revolution von 1918/19. S. 105.

Nachdem ein Vertreter der Matrosen des Schlachtschiffes »Thüringen« dem Ersten Offizier gegenüber geäußert hatte, der Flottenvorstoß sei kaum im Sinne der Regierung, antwortete der Angesprochene: »Ja, das ist ihre Regierung.«²⁵⁰ Diese Antwort machte die Sichtweise kenntlich, mit der das Offizierskorps in Heer und Marine auf die politischen Veränderungen seit der Bildung der Regierung Max von Baden am 3. Oktober reagiert hatte. »Der Versuch der Mehrheitsparteien, die militärische Gewalt nun der Bourgeoisie und ihrem Parlament zu unterwerfen, um sich seiner Machtmittel zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus zu versichern, würde von den Trägern des bisherigen Militarismus jedoch nicht kampflos hingenommen.« Ein Machtkampf zwischen der neuen Regierung und der militärischen Fronde sei unvermeidlich, wenn die Regierung nicht von vornherein kapituliert.²⁵¹ Mit der von ihm erzwungenen Entlassung Ludendorffs am 26. Oktober 1918 hatte Reichkanzler Max von Baden die militärische Fronde in ihre Schranken verwiesen. Zwei Tage zuvor war ohne Rücksprache mit der Reichsleitung ein Aufruf der Obersten Heeresleitung an die Armee ergangen, in dem die Forderungen der amerikanischen Note vom 23. Oktober als »unannehmbar« zurückgewiesen wurden. Für die Soldaten könne es darauf nur die Antwort geben, »den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen«. Mit diesem Aufruf hatte die Oberste Heeresleitung der Regierung des Prinzen Max von Baden den offenen Kampf angesagt²⁵² – und ihn zunächst verloren.

Indem die Admirale mit dem beabsichtigten Flottenvorstoß ihre Ehre retten wollten, torpedierten sie die Friedensverhandlungen. Die Antwort des Offiziers auf der »Thüringen« machte deutlich: Es waren die Admirale und Offiziere, »die die Regierung nicht mehr als die ihre anerkannten«, und die Mannschaften »die sich für ›ihre‹ Regierung schlagen zu müssen glaubten. Wie sie es sahen, übten sie legitime Staatsnotwehr und verteidigten das höhere Recht.«²⁵³ Sie hatten in diesem Moment aufgehört, preußisch-deutsche Untertanen zu sein.

²⁵⁰ Ebenda, S. 108.

²⁵¹ *Reußische Volkszeitung*, 31.10.1918.

²⁵² Ullrich: *Die nervöse Großmacht*. S. 565.

²⁵³ Haffner, Sebastian: *Der Verrat. 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist*. Berlin 1993. S. 45.



DIE NOVEMBERREVOLUTION IN THÜRINGEN

Die Soldatenaufstände in Weimar, Altenburg und Gotha am 7. und 8. November 1918

Die revolutionären Vorgänge in Norddeutschland²⁵⁴ wurden ab dem 5. November 1918 durch den militärischen Funkverkehr in den Thüringer Kasernen und auf den Militärflugplätzen bekannt.²⁵⁵ Auch dort hatte die Kritik an den bestehenden Verhältnissen beim Militär vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage immer mehr zugenommen. In Gotha war bereits Mitte Oktober 1918 vom leitenden Polizeibeamten Gisohn registriert worden, dass sich in den Einheiten eine revolutionäre Stimmung verbreitere. Die Mannschaften wären nicht mehr bereit, »Soldaten im Sinne militärischer Überlieferung zu sein«.²⁵⁶

In der Weimarer Garnison war es zunächst der Mut eines Einzelnen, der den passiven Widerstand der Soldaten gegen ihre Behandlung durch die Vorgesetzten und insbesondere gegen ihren geplanten Fronteinsatz in aktives Handeln umschlagen ließ. Der Garnisonsälteste Oberst von Dalwigk hat rückblickend die Soldaten der 6. Ersatzkompanie als Auslöser der nachfolgenden Ereignisse bezeichnet. Bei ihnen handelte es sich um Jenaer Zeiss-Arbeiter, vorwiegend USPD-, MSPD- sowie Gewerkschaftsfunktionäre, die am 24. Oktober ihre Gestellungsbefehle erhalten hatten.²⁵⁷ Die von ihnen ausgehende Unruhe habe sich nach Dalwigk auf die jüngeren Rekruten in den anderen Einheiten übertragen, während die älteren Soldaten zwar noch ruhig geblieben seien, aber auch nicht mehr dienstkonform agiert hätten. Weder wären sie dem wachsenden Unmut in der 6. Ersatzkompanie entgegengetreten, noch machten sie den Offizieren Meldung über die Vorgänge in ihren Einheiten. Dalwigk verfügte in den einzelnen

²⁵⁴ allgemein zum Revolutionsverlauf u.a. Niess: Die Revolution von 1918/19. S.105–128. Kluge, Ullrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975. S. 24–105. Drabkin, Jakob: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin 1968. S. 109–160.

²⁵⁵ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 60.

²⁵⁶ Ebenda, S. 44.

²⁵⁷ Brundig, Karl: Jenas revolutionärer Stoßtrupp formierte sich in Weimar. Die Rolle der 6. Ersatzkompanie des 94. Infanterieregiments während der Novemberrevolution in Weimar und Jena. Weimar 1966 (unveröffentlicht). Universitätsarchiv Jena: Bestand V. Abteilung XV. Vorl.Nr.27. S.19. Brundig stützte sich bei seiner Darstellung der Ereignisse in der Weimarer Kaserne und der Tätigkeit des Weimarer Soldatenrates Anfang November 1918 auf die Berichte Paul Gerings, einem Angehörigen der 6. Ersatzkompanie. S.1. FN1.

Kompanien nur noch über fünf oder sechs aus seiner Sicht verlässliche Soldaten. Vorsichtshalber machte ein Bataillonskommandeur die in der Kaserne lagernden Maschinengewehre unbrauchbar.²⁵⁸

Die Spannung zwischen den Soldaten und ihren Vorgesetzten nahm beinahe stündlich zu, wobei die Soldaten durch die ersten Informationen aus Kiel in ihrem Agieren bestärkt wurden. In dieser Atmosphäre erhielt am Nachmittag des 7. November eine der Kompanien ihren Einsatzbefehl. Trotz passiver Gegenwehr der betroffenen Soldaten war die befohlene Einheit um 18 Uhr auf dem Kasernenhof abmarschbereit. In diesem Moment trat ein junger Rekrut hervor und warf sein Gewehr und die Ausrüstung auf den Boden. Daraufhin trat eine Totenstille ein, denn offenbar wusste niemand, wie er sich verhalten sollte. Zuerst gewannen die Offiziere ihre Fassung zurück. Der Soldat wurde abgeführt und in Arrest gesteckt. Die Einheit selbst marschierte ohne weitere Zwischenfälle in Richtung Bahnhof ab. Hier scheint es jedoch eine ganze Anzahl von Soldaten vorgezogen zu haben, den Zug in Richtung Front nicht zu besteigen, denn weitere Rekruten mussten ausrücken um die am Bahnhof zurückgelassenen Gewehre wieder einzusammeln. Der Vorfall auf dem Kasernenhof und die reihenweise Desertion wurden in der darauffolgenden Nacht vom 7. zum 8. November intensiv unter den Soldaten der Weimarer Garnison diskutiert, zumal weiteren Einheiten der Fronteinsatz drohte. Passiver Widerstand schien nun keine Option mehr zu sein. Die Soldaten beschlossen, aktiv zu werden, und wollten zunächst eine Demonstration durchführen. Im Verlauf des Vormittags des 8. November wurden in der Kaserne kleine Zettel mit einem entsprechenden Aufruf für den Abend verteilt. Um die Mittagszeit erklärten die Stubenältesten ihre Bereitschaft, für eine geschlossene Beteiligung der Mannschaften zu sorgen.²⁵⁹

Ebenfalls in der Nacht vom 7. zum 8. November begann der Aufstand der Soldaten auf dem Militärflugplatz Leina bei Altenburg. Die hier stationierten Militärangehörigen sowie die zivilen Arbeitskräfte waren durch den häufigen Wechsel des Flugpersonals und aus dem militärischen Funkverkehr umfassend über die politischen Vorgänge im gesamten Kaiserreich informiert. Die Soldaten kamen vorwiegend aus Hamburg und Süddeutschland. Viele von ihnen orientierten sich politisch an der USPD, deren inoffizielles Zentralorgan *Leipziger Volkszeitung* hier gelesen wurde. Während

²⁵⁸ Post, Werner: Herrscher in der Zeitenwende. S. 504f.

²⁵⁹ Brundig: Die Rolle der 6. Ersatzkompanie. S. 22-25.

auf dem Militärflugplatz noch das strenge militärische Regime einschließlich der Offiziersprivilegien herrschte, wussten diese Soldaten, dass in ihren Heimatregionen die Revolution bereits im Gang war. Das gab letztlich den Ausschlag für ihr eigenes Handeln. In der Nacht vom 7. zum 8. November verständigten sie sich über das weitere Vorgehen, wählten am Morgen des 8. November in den einzelnen Kompanien ihre Soldatenräte, kamen danach zu einer Massenversammlung zusammen und bestätigten den Soldatenrat.²⁶⁰

In der Gothaer Flieger-Ersatzabteilung 3 (Fea 3) brach am Vormittag des 8. November 1918 während eines allgemeinen Kleiderappells die militärische Disziplin endgültig zusammen. Die angetretenen Soldaten verweigerten einem eigens aus Erfurt angereisten älteren General den Gehorsam. Als aus ihren Reihen die Rufe »Alter Weihnachtsmann, geh nach Hause!« laut wurden, musste der Appell abgebrochen werden. Nachdem sich die angetretene Menge spontan aufgelöst und die diensthabenden Offiziere und einige Unteroffiziere das Weite gesucht hatten, kam es zu einer Soldatenversammlung, in der ein Soldatenrat gewählt wurde.²⁶¹

Die Ausweitung der Soldatenaufstände zur Revolution. Der 8. November 1918 in Thüringen

Für die Anfangsphase der Novemberrevolution war auch in Thüringen kennzeichnend, dass sich die lokalen aufständischen Soldaten sehr schnell mit der organisierten Arbeiterbewegung vor Ort zu gemeinsamen Aktionen verbündeten. Dabei hing der Verlauf der nachfolgenden Ereignisse maßgebend von der politischen Orientierung der lokalen Parteiorganisationen ab. Während in Gotha die USPD ihre anfängliche Zurückhaltung aufgab und die Führung der Revolution vor Ort übernahm, ging die lokale Entwicklung in Weimar und Altenburg zunächst über die MSPD-Leitungen, die die Revolutionsbewegung einzudämmen versuchten, hinweg. In Eisenach und Erfurt waren es die Aktionen der Arbeiterschaft, die mit ihren Demonstration und Versammlungen die Soldaten zum Aufstand motivierten. In Gera übernahm ebenfalls die USPD sofort die Initiative. Ihre Leitung hatte im

²⁶⁰ Neunübel, Albert; Hauthal, Günther: Die Novemberrevolution in unserer Heimat, in: Kulturspiegel der Kreise Altenburg und Schmölln. November 1958. S. 242. (S. 241–245).

²⁶¹ Buchsbaum: Gothaer Arbeiterbewegung. S. 102. Die Darstellung Buchsbaums basiert auf dem Bericht eines in der Fea 3 stationierten Soldaten.

Verlauf des 8. November Verbindung mit den Behörden »wegen ihrer Wünsche und Ziele« aufgenommen.²⁶² Ob die Belegschaften der Geraer Betriebe im Verlauf des 8. November 1918 auf Initiative von Vertrauensleuten der Gewerkschaften und der beiden Arbeiterparteien tatsächlich bereits Arbeiterräte wählten,²⁶³ muss hier offen bleiben.

In den verschiedenen Darstellungen über den Ablauf der Ereignisse am Beginn der Novemberrevolution wird mitunter über Abgesandte der Berliner USPD-Zentrale berichtet, die vor Ort die Revolution auslösen sollten.²⁶⁴ Für Weimar werden zwei Personen genannt, die je nach Sichtweise entweder als spartakistische Rädelsführer²⁶⁵ oder konsequent handelnde Revolutionäre erscheinen.²⁶⁶ Während die Identität der »Slonins« genannten Person nie geklärt werden konnte, handelt es sich bei der zweiten um Hermann Lindemann, einen späteren Mitbegründer der KPD, dessen Mitwirken an den Weimarer Ereignissen belegt ist. Tatsächlich hatte die USPD-Führung nach einer Sitzung mit den »Revolutionären Obleuten« und den Spartakusführern Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck am 2. November 1918, die den Beginn eines Massenstreiks auf den 11. November festlegte, Kuriere mit der entsprechenden Mitteilung in die Parteibezirke entsandt.²⁶⁷ Das macht das Abwarten der Gothaer USPD bis zum 8. November plausibel. Hier habe die Arbeiterschaft »seit Tagen mit fieberhafter Spannung« die weltbewegenden politischen Ereignisse in Kiel, Hamburg und anderen Städten verfolgt »und auf eine Aktion aus der Reichshauptstadt« gewartet, die »ihr als Signal für ihr eigenes Handeln dienen konnte«.²⁶⁸ In Jena war die USPD-Ortsgruppe ebenfalls auf den 11. November 1918 orientiert. Sie hatte entsprechende Absprachen mit der MSPD getroffen, die für den 10. November in ganz Sachsen-Weimar zu Massenkundgebungen aufrief, die in der Saalestadt von den Unabhängigen unterstützt wurde.²⁶⁹ Insofern haben Berliner Abgesandte für das abwartende Agieren der Thüringer USPD offenbar eine Rolle gespielt, die Weimarer Ereignisse hingegen erklären sie nicht.

²⁶² *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

²⁶³ Lehnhus, Heide: Zur Rolle des Jenaer und Geraer Arbeiter- und Soldatenrates in der Novemberrevolution 1918. in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*. Jg. 17 (1968). S. 443. (S. 437–448).

²⁶⁴ Wallraf: *Geschichte Weimars*. S. 518.

²⁶⁵ Post, Werner: *Herrscher in der Zeitenwende*. S. 504.

²⁶⁶ Brundig: *Die Rolle der 6. Ersatzkompanie* S. 28.

²⁶⁷ Dittmann, Wilhelm: *Erinnerungen Bd. 2*. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Frankfurt a. M./New York 1995. S. 548.

²⁶⁸ *Gothaer Volksblatt*, 09.11.1918. Von einer Kurierin ihrer Parteizentrale seien die Gothaer Unabhängigen dahingehend instruiert worden, den für den 11. November geplanten Beginn der Aktion in Berlin abzuwarten. Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 61.

²⁶⁹ *Volkszeitung*, 09. und 11.11.1918.

August Baudert war in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 aus Berlin nach Weimar zurückgekehrt. In der Reichshauptstadt hatte er in den Straßen, auf den Fluren des Reichstages und in dessen Sitzungssälen die Wirkungen sowohl der dritten Wilson-Note als auch der ersten Nachrichten über die Ereignisse in Kiel unmittelbar erlebt. »Es herrschte ein Wirrwarr, der nicht zu beschreiben ist.« Es gab Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers für den Fall, dass der Kaiser nicht abdankt. Einzelne Einheiten in den Berliner Kasernen hätten »ganz offen Stellung zur politischen Lage« bezogen. Auf die Anweisung des »Oberkommandierenden in den Marken vom 7. November«²⁷⁰, die die Bildung von ASR nach russischem Muster verbot²⁷¹, sei mit ironischem Lachen reagiert worden. Obwohl Baudert als Reichstagsabgeordneter auf Anweisung seiner Fraktionsführung eigentlich in Berlin bleiben sollte, reiste er ab. In einer derart kritischen politischen Lage erschien ihm seine Anwesenheit in der Heimat wichtiger als das Abwarten in den Gängen des Reichstages.²⁷²

In Weimar angekommen, verständigte er sich am Morgen des 8. November 1918 zunächst mit dem Jenaer Parteisekretär Hermann Leber über die politische Situation. Während dieses Gespräches erschienen zwei Unteroffiziere und schilderten den beiden MSPD-Funktionären die Lage in der Kaserne, die sie nach Bauderts rückblickender Darstellung als äußerst brisant charakterisierten. »Die Soldaten seien nicht mehr zu halten, es gäbe Mord und Totschlag, wenn nicht rasch gehandelt werde.« Es muss offen bleiben, ob im Ergebnis dieses Gespräches tatsächlich die Demonstration der Soldaten für den Abend des 8. November verabredet wurde²⁷³, oder ob die beiden Unteroffiziere Baudert über die bereits geplante Aktion unterrichteten. Auch der Besuch einer zweiten Gruppe von Soldaten in der Weimarer MSPD-Leitung wird unterschiedlich dargestellt. Zu dieser Abordnung hätten neben Paul Gering die Jenaer USPD-Mitglieder Max Härzer und Lüder Winters gehört, die als Wortführer des Soldatenaufstandes bereits wie ein provisorischer Soldatenrat agiert und nun Verbindung zur lokalen organisierten Arbeiterbewegung gesucht hätten. »Um der Bewegung die Spitze zu nehmen«, habe Baudert unter der Bedingung seine Teilnahme an der Demonstration zugesagt, dass diese unbewaffnet sein müsse. »Außerdem sollten bewaffnete Begleitmannschaften spontane Aktionen demonstrierender Soldaten verhindern.«²⁷⁴

²⁷⁰ Bezeichnung für den militärischen Befehlshaber in und um Berlin.

²⁷¹ Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 41. FN 54.

²⁷² Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 10.

²⁷³ Ebenda, S. 11.

²⁷⁴ Brundig: Die Rolle der 6. Ersatzkompanie S. 26.

Baudert selbst hat dieses Treffen rückblickend so beschrieben, dass die ihn aufsuchenden Soldaten für den 11. November »ein kleines Putschchen« beabsichtigt hätten. Dem habe er sich verweigert, wobei es ihm gelungen sei, sie von der Teilnahme an der Abenddemonstration zu überzeugen. Dabei will er ihnen zugleich sehr deutlich gemacht haben, dass Ausschreitungen und Plünderungen schwer bestraft würden. Für den weiteren Ereignisablauf entscheidend war jedoch die Tatsache, dass der führende lokale MSPD-Funktionär Baudert von den Soldaten als Wortführer akzeptiert wurde, und er selbst als Mitinitiator der geplanten Demonstration auf die Repräsentanten der noch herrschenden Staatsgewalt beruhigend einwirken konnte. Dem verantwortlichen Polizeibeamten machte er am Vormittag des 8. November klar, dass vom Verhalten der Polizei und der Offiziere abhinge, ob es zu Gewalttätigkeiten komme. Baudert empfahl hinsichtlich ihrer Präsenz auf den Straßen während der Demonstration Zurückhaltung. Den Garnisonsältesten von Dalwigk bat er, sich am Abend in der Hauptwache vor dem Schloss aufzuhalten, um die Forderungen der Soldaten entgegenzunehmen, als deren Fürsprecher er auftreten würde.²⁷⁵

Am Nachmittag traten die Delegierten der Soldaten im Weimarer Volkshaus zusammen, um sich über ihre Anliegen zu verständigen und einen Soldatenrat zu wählen. In ihren Forderungen ging es um die Anerkennung des Soldatenrates, die Einstellung der Truppentransporte an die Front, die Freilassung der Gefangenen mit Ausnahme der Kriminellen sowie die Beseitigung weiterer Missstände im militärischen Bereich, z. B. das Grüßen der Offiziere außerhalb des Dienstes.²⁷⁶ Ab 18.30 Uhr versammelten sich etwa 600 bis 800 Soldaten vor dem Hauptpostgebäude. »Ein Feldgrauer hielt von der Rampe des Postgebäudes eine Ansprache, in welcher er zur größten Ordnung aufforderte und jede Ausschreitung streng verbot.« Gegen 19 Uhr begann die Soldatendemonstration, in der »mehrere rote Fahnen getragen wurden«.²⁷⁷ Es demonstrierten jedoch nicht nur die Soldaten, auch zahlreiche Arbeiter und besonders viele Frauen beteiligten sich an dem Zug zum Schloss, der so zu einer Massendemonstration wurde.²⁷⁸ Da niemand wusste, wie das Unternehmen ausgehen würde, lag über dem Zug zunächst »ein unbeschreiblicher Ernst«. Er setzte sich »fast lautlos in Bewegung«, bald jedoch erklangen »die bekannten Arbeiterlieder«. Nach

²⁷⁵ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 11f.

²⁷⁶ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

²⁷⁷ *Jenaer Volksblatt*, 10.11.1918.

²⁷⁸ Wallraf: *Geschichte Weimars*. S. 519.

Ankunft der Demonstranten auf dem Schlossplatz wurde mit dem Garnisonsältesten von Dalwigk das Prozedere zur Übergabe der Forderungen der Soldaten ausgehandelt und diese dann verlesen. Im Anschluss daran hielt Baudert eine Ansprache, in der er die Abdankung des Fürsten forderte, wobei es Pfiffe gegen den Landesherren gab. Abschließend ließ er die deutsche Republik hochleben.²⁷⁹ Als Reaktion auf die Verzögerungstaktik von Dalwigks, der zunächst über die Forderungen der Soldaten nur verhandeln wollte, drohten diese sich zu bewaffnen. Daraufhin akzeptierte der Oberst den vom Soldatenrat vorgelegten Forderungskatalog, und eine Abordnung der Soldaten begab sich zum Garnisonsgefängnis, um ihre Kameraden zu befreien.²⁸⁰

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1918 ging dann der Soldatenaufstand in Weimar über MSPD-Leitung hinweg und weitete sich zur lokalen Revolutionsbewegung aus. Baudert bestätigte das rückblickend indirekt: »Die Soldaten, die während der langen Kriegsjahre hinreichend Gelegenheit hatten, Erfahrungen darüber zu sammeln, was zunächst notwendig ist, um eine frisch eingenommene Position sicher zu stellen, handelten dementsprechend.«²⁸¹ Auf Veranlassung des Soldatenrates wurden die wichtigsten öffentlichen Gebäude von Soldaten besetzt und militärisch gesichert. Heftige Betriebsamkeit löste im weiteren Verlauf der Nacht die – letztlich unzutreffende – Nachricht aus, wonach das Naumburger Jägerregiment in Marsch gesetzt worden sei, um den Aufstand in Weimar niederzuschlagen.²⁸²

In Gotha hatten sich im Verlauf des 8. November die Ereignisse in der Fea 3 sehr schnell in der Stadt und den Betrieben herumgesprochen. Eine in den späten Nachmittagsstunden tagende Konferenz der Betriebsvertrauensleute der Gothaer Arbeiterschaft, auf der Vertreter der aufständischen Soldaten über die Ereignisse informierten, verständigte sich über die neue Situation. Zunächst wurde beschlossen, mit der Garnison Verbindung aufzunehmen, um sie für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen. Ein von den Soldaten der Fea 3 bereits zuvor unternommener diesbezüglicher Versuch war zunächst gescheitert. Am späten Abend des 8. November schloss sich dann jedoch die Gothaer Garnison der Revolutionsbewegung an. Als ihre Vertreter in der Vertrauensleutekonferenz der Arbeiterschaft erschienen, »wurde

²⁷⁹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 13.

²⁸⁰ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

²⁸¹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 15.

²⁸² Brundig: Die Rolle der 6. Ersatzkompanie. S. 30.

zur Gründung eines gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrates geschritten«. Zum Vorsitzenden wurde Otto Geithner bestimmt.²⁸³ Die ersten Maßnahmen bestanden in der militärischen Sicherung des Bahnhofs und des Hauptpostamtes sowie weiterer wichtiger Gebäude.²⁸⁴

In Erfurt spielte am Beginn der Revolution das Militär zunächst eine ganz andere Rolle als in Altenburg, Weimar und Gotha. Am Morgen des 8. November besetzten Soldaten die Gewehrfabrik, was zu Protesten der Arbeiterschaft bei der Betriebsleitung und schließlich zum Rückzug des Militärs führte. Nach Arbeitsschluss gegen 17 Uhr ging der Großteil der über 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter zum Domplatz, wo in Gruppen heftig über die revolutionären Ereignisse in München²⁸⁵ und die Vorkommnisse in der Gewehrfabrik diskutiert wurde. Beschäftigte aus weiteren Betrieben zogen zum Domplatz und verstärkten die hier versammelte Menge. Aus ihr heraus begaben sich einige Arbeiter zur Redaktion der *Tribüne* und forderten von deren Schriftleiter Heinrich Mehrhof, gleichzeitig Vorsitzender des USPD-Bezirksverbandes Großthüringen, zu den auf dem Domplatz versammelten Massen zu sprechen. Mehrhof erklärte in seiner Ansprache, es sei die Pflicht der Arbeiterschaft »in dieser Zeit staatlicher und gesellschaftlicher Umwälzungen, den Ehrenschild rein zu halten, sich nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen. Umso entschiedener müsse aber der entschlossene Wille zum Ausdruck kommen, dass die Arbeiterschaft eine Hemmung der freiheitlichen Entwicklung nicht dulden werde«.²⁸⁶

Im Anschluss an seine Ausführungen zogen die auf dem Domplatz Versammelten zum »Tivoli«. Ihnen schlossen sich hunderte Erfurter Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Soldaten an. »Überall auf den Straßen fanden Verbrüderungsszenen zwischen Arbeitern und Soldaten statt.« Als der Demonstrationzug am »Tivoli« ankam, traf er auf die hier bereits versammelten Beschäftigten der *Hagans*-Maschinenfabrik. Sie hatten im Verlauf dieses 8. November die Arbeit niedergelegt und wie die Arbeiterschaft der Gewehrfabrik gegen 17 Uhr ihren Betrieb verlassen. Ziel ihrer Demonstration war jedoch nicht der Domplatz, vielmehr begab sich der größte Teil der *Hagans*-Belegschaft zum »Tivoli«. Hier hielten sie eine Versammlung

²⁸³ Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 102 f.

²⁸⁴ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

²⁸⁵ In der bayrischen Landeshauptstadt war am 7. November 1918 im Anschluss an eine von MSPD und USPD gemeinsam durchgeführte Massenkundgebung für den Frieden König Ludwig III. als erster Fürst in Deutschland gestürzt und die Republik ausgerufen worden. Kolb: *Arbeiterräte*. S. 69.

²⁸⁶ *Tribüne*, 09.11.1918.

ab, in deren Ergebnis Vertrauensleute beauftragt wurden, die Forderungen der Arbeiter zu formulieren und einen Arbeiterrat zu konstituieren. Die Gewerfabrikarbeiter berieten unterdessen im Garten des »Tivoli«. Nachdem erneut Heinrich Mehrhof und der Vorsitzende des Erfurter Gewerkschaftskartells Karl Knöner zu ihnen gesprochen hatten, stimmten sie dem Beschluss der *Hagans*-Arbeiter zu. In der Nacht vom 8. zum 9. November bildete sich daraufhin der Erfurter Arbeiterrat. Gleichzeitig gingen die in der Stadt stationierten militärischen Einheiten nach und nach zur Arbeiterschaft über, so dass sich am Morgen des 9. November die gesamte Erfurter Garnison auf Seiten der Revolution befand.²⁸⁷

In Eisenach hatte die USPD am Abend des 8. November zur Volksversammlung »Die Arbeiter und der Frieden« in den großen Saal des »Tivoli« eingeladen. Referent war der USPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock. Der Besucherandrang war so groß, dass alle Räume dicht besetzt waren und Hunderte Menschen überhaupt keinen Einlass fanden. Während der im Anschluss an Bocks Referat stattfindenden Diskussion wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, einen Arbeiterrat zu bilden. Diesem Ansinnen folgten die Versammelten ohne Gegenstimme. »Es wurden 15 Genossen gewählt.« Die zahlreich erschienen Soldaten bestimmten ihrerseits einen Soldatenrat. Beide Räte konstituierten sich im Anschluss an die USPD-Versammlung als ASR Eisenach, der sich den Forderungen der Räte in Kiel, Bremen, Lübeck und Hannover anschloss. Gemeinsam mit Wilhelm Bock wurden die weiteren Maßnahmen beraten.²⁸⁸

Die Entscheidung: Der 9. November 1918

Am Morgen des 9. November 1918 schien der unmittelbare Ausgang der Revolution noch offen. Die Entscheidung musste letztlich in der Reichshauptstadt fallen,²⁸⁹ wenngleich die in ganz Deutschland anlaufende Übernahme der lokalen/regionalen Macht durch die ASR die Revolution in Berlin

²⁸⁷ Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 130–134.

²⁸⁸ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918. Ob die Bildung des Eisenacher Arbeiterrates, wie von Karl Hermann überliefert, tatsächlich schon am Abend des 6. November 1918 erfolgte, muss hier offen bleiben. Brunner, Reinhold: Zur Neokonstituierung der Arbeiterbewegung in Eisenach nach dem Ersten Weltkrieg, in: Moczarski, Norbert; Witter, Katharina (Hrsg.): Thüringische und Rheinische Forschungen. Bonn/Koblenz/Weimar/Meiningen. Festschrift für Johannes Mötsch zum 65. Geburtstag. Leipzig/Hildburghausen 2014. S. 400. (S. 395–417). Vor dem Beginn der Revolution hatten sich vereinzelt Arbeiterräte konstituiert, so in Stuttgart und Friedrichshafen. Auch die Berliner »Revolutionären Obleute« agierten Anfang November 1918 faktisch als Arbeiterrat. Kolb: Arbeiterräte. S. 61–66.

²⁸⁹ Miller: Bürde. S. 79.

unterstützte. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich Gotha, Weimar und Erfurt in der Hand der revolutionären Arbeiterschaft und der Soldaten. Eisenach folgte am frühen Morgen infolge der Besetzung der Kaserne und des Bahnhofs durch den ASR. Die Belegschaften der Eisenacher Betriebe wurden von ihm vor Schichtbeginn um sechs Uhr morgens zum Streik aufgerufen und die Bevölkerung über seine Machtübernahme in einem ersten Aufruf informiert.²⁹⁰

Der ASR Gotha versuchte durch Ausweitung des Aufstandes auf das umliegende Gebiet den Erfolg der Revolution zu sichern. Am Morgen des 9. November startete ein Flugzeug von der Fea 3, das über Mühlhausen, Langensalza und weiteren Orten Westthüringens Flugblätter abwarf. Sie sollten die dortigen Garnisonen darüber informieren, dass sich in Gotha das Militär und die Arbeiterschaft »einmütig dem Kampfe um die Freiheit des deutschen Volkes angeschlossen« hatten und die militärische und zivile Gewalt in ihren Händen sei. Als Ziel der lokalen Bewegung nannte das Flugblatt die Beteiligung an der überall siegreichen »Revolution zur Beendigung der monarchistisch-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung«, der Errichtung der freien deutschen Volksrepublik und deren Anschluss an die proletarische Internationale. Die Soldaten der umliegenden Garnisonen wurden aufgerufen, sich der Revolutionsbewegung anzuschließen und sich nicht als gegenrevolutionäre Werkzeuge missbrauchen zu lassen. Das Flugblatt endete mit dem Ausruf: »Es lebe die Volksfreiheit! Es lebe die sozialistische Republik!«²⁹¹

Die 2.000 auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf stationierten Soldaten versammelten sich am Morgen des 9. November zu einer Kundgebung. Nachdem bereits einige Soldaten gesprochen hatten, erhielt der hinzugeholte USPD-Funktionär Adolf Schauder das Wort. Er rief zur Bildung eines ASR auf, der die lokale Macht übernehmen solle. Weiterhin forderte er die schnelle Beendigung des Krieges. »Die Regierenden werden den Krieg nicht zu Ende führen, den sie zum Unglück der Völker eingeleitet haben. Diese Aufgabe müssen die Völker selbst erfüllen und je unblutiger dies geschieht, desto besser.«²⁹² Während einige der anwesenden Offiziere dem Ereignis tatenlos zuschauen mussten, erklärte sich der Kommandant des Truppenübungsplatzes bereit, mit dem Soldatenrat zu verhandeln.

²⁹⁰ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

²⁹¹ Lösche: *Materialien zur Geschichte der Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen*. S. 8f. Dok. 5.

²⁹² *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

Am Vormittag des 9. November ruhte in allen Betrieben Gothas die Arbeit. Begleitet von Musikkapellen strömten Arbeiter und Soldaten unter roten Fahnen trotz strömenden Regens massenhaft zusammen. Pünktlich um elf Uhr »bestieg die improvisierte Bühne der alte Führer des hießigen klassenbewussten Proletariats, Reichs- und Landtagsabgeordneter Wilhelm Bock«. Oft von stürmischem Beifall unterbrochen, rechnete er mit den Urhebern des Krieges, einem »Verbrechen, das am deutschen Volk wie an der ganzen Kulturwelt verübt worden war«, ab. »Heute sei das erwerbstätige Volk mit den Soldaten einig darin, dass nie mehr ein solches Unheil wiederkehren darf. Dem Militarismus vor allem müsse der Todesstoß versetzt werden.« Bock sah nun die Stunde der Befreiung angebrochen. Die Abdankung der Hohenzollern allein würde jedoch nicht mehr genügen, »mit allem Gottesgnadentum, das in mehr als zwanzigfacher Aufmachung auf Deutschland laste, müsse aufgeräumt werden«. Unter tausendfachem Beifall brachte Bock zum Abschluss seiner Rede ein »Hoch« auf »das Endziel der Bewegung, die sozialistische Republik« aus. Nachdem zwei Soldatenvertreter ebenfalls umjubelte Ansprachen gehalten und Bock abschließend noch einmal das Wort ergriffen hatte, zogen die Massen zum Sitz der Regierung. Hier forderte eine Abordnung des ASR Staatsminister von Bassewitz auf, die Geschäfte des Landes vorläufig unter seiner Kontrolle weiterzuführen, den Landtag umgehend einzuberufen und ihn zur sofortigen Ausschreibung einer konstituierenden Landesversammlung zu veranlassen. Sollte sich das Staatsministerium zur Erfüllung dieser Forderungen nicht in der Lage sehen, müsse es zurückzutreten.²⁹³

Von Bassewitz war zunächst lediglich bereit, im Interesse des Landes »mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates jederzeit auf Verlangen zu beraten«, weil er weiterhin an seinen Eid auf den Herzog gebunden sei. Auch hoffe er, den Landtag bald einberufen zu können. Abschließend erklärte er, sollte sich im weiteren Verlauf der Entwicklung die Situation ergeben, dass er das von ihm Geforderte nicht durchführen könne, werde er die Konsequenzen ziehen. Nachdem die Soldatenvertreter diesbezüglich auf eine Antwort drängten, versprach von Bassewitz immerhin, »keine militärische Hilfe gegen die Bewegung des Volkes und der Soldaten von auswärts herbeizurufen.

²⁹³ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918. Wilhelm Bock schrieb rückblickend über den 9. November 1918 in Gotha. »Wohl zehntausend Menschen waren auf dem Marktplatz versammelt. Ich erklärte den Herzog für abgesetzt und proklamierte die Republik. Dann zog ich mit einer Anzahl Soldaten und zwei Genossen [...] in das Ministerium, wo ich dem Minister sagte, dass er bis zur endgültigen Regelung resp. bis zur Bildung einer Regierung die Geschäfte unter unserer Kontrolle weiterführen könne.« Bock, Wilhelm: *Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg*. Berlin 1927. S. 67.

Käme zu seiner Kenntnis, dass eine solche Gefahr drohe, dann werde er versuchen sie abzuwenden.« Daraufhin begaben sich die Vertreter des ASR wieder zu den vor dem Ministerium wartenden Demonstranten und teilten ihnen den Inhalt der Unterredung mit. »Mit einem dreifachen Hurra und Hoch auf die Freiheit des Volkes wurde sodann die Kundgebung für beendet erklärt, die sich ebenso ruhig und geordnet, wie sie begonnen und verlaufen, auflöste.«²⁹⁴

In Erfurt wurde am Morgen des 9. November mit Ausnahme der lebenswichtigen städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in allen Betrieben gestreikt. Bis zehn Uhr hatten sich auf dem Domplatz 10.000 bis 12.000 Menschen versammelt, die einem Kundgebungsauf Ruf des ASR gefolgt waren. Versammlungsredner waren für die MSPD Paul Reißhaus und Richard Friedrich, für die USPD Heinrich Mehrhof und Gustav Nowag und für das Gewerkschaftskartell Karl Knöner. In ihren Reden machten sie die herrschenden Klassen für die fürchterliche Situation des Volkes verantwortlich. »Das Volk habe nicht die Lust, die Zeche zu zahlen, die ohne sein Verschulden gemacht worden sei. Deshalb verlange es eine völlige Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse im Reiche.« Zugleich forderten die Redner zu Ruhe und Ordnung auf und warnten vor der Zerstörung privaten oder öffentlichen Eigentums. Ausschreitungen und Disziplinlosigkeiten könnten das Befreiungswerk nur gefährden. Die versammelten Massen hätten den Rednern mit großer Ruhe zugehört, Unterbrechungen habe es nur »durch spontanen Beifall« gegeben. Am Ende der Kundgebung wurde ein neun Punkte umfassender Forderungskatalog des Erfurter ASR²⁹⁵ verlesen, der die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Versammelten fand. »Ein Wald von Händen erhob sich für deren Annahme.« Im Anschluss an die Kundgebung demonstrierten die Massen »unter Vorantragen der roten Fahne« durch die Stadt.²⁹⁶

Am Nachmittag des 9. November wählte der ASR Erfurt ein Exekutivkomitee, das sich aus je fünf Arbeitern und Soldaten sowie paritätisch aus MSPD- und USPD-Mitgliedern zusammensetzte. Vorsitzende waren die beiden Mehrheitssozialdemokraten Paul Reißhaus für den Arbeiterrat und Dr. Theodor Cassau für den Soldatenrat. Gegen 16 Uhr erschien das Exekutivkomitee beim Oberbürgermeister und forderte ihn auf, das Neun-Punkte-Programm

²⁹⁴ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

²⁹⁵ Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt*. S. 208. Anlage III.

²⁹⁶ *Tribüne*, 09.11.1918.

anzuerkennen. Paul Reißhaus und ein weiteres Mitglied des Komitees wurden in den Magistrat kooptiert. Alle wichtigen Anordnungen der Stadtverwaltung sollten vom ASR gegengezeichnet werden. Zwei Stunden später erschien eine weitere Abordnung des ASR unter der Führung von Reißhaus im Erfurter Regierungspräsidium, um auch diese Behörde seiner Kontrolle zu unterstellen. In einem Aufruf an die Bevölkerung informierte der Arbeiter- und Soldaten über seine Machtübernahme, bat um Vertrauen und Unterstützung bei seinen Maßnahmen und erklärte: »Nur wahre Demokratie in Staat und Gemeinde, nur durchgreifende soziale Arbeit kann uns die Wege ebnen zu einer besseren Zukunft. Es lebe der Friede, es lebe die Mitarbeit aller, die zum Wohle aller führen muss.«²⁹⁷

Der Weimarer Soldatenrat hatte am Vormittag des 9. Novembers Verhandlungen mit den Verwaltungen der Stadt, der Polizei, dem Lebensmittelamt sowie dem Staatsministerium aufgenommen.²⁹⁸ Nachdem MSPD und die Gewerkschaften von ihm dazu aufgefordert worden waren, konstituierte sich unter der Leitung August Bauderts ein provisorischer Arbeiterrat.²⁹⁹ Da sich die Besatzung des Flugplatzes Nohra an die Revolution³⁰⁰ angeschlossen hatte, startete am Morgen des 9. November ein Flugzeug mit rotem Wimpel, das über den umliegenden Städten und Dörfern in der Nacht zuvor eilig gedruckte Flugblätter mit einem Aufruf des Weimarer Soldatenrates abwarf. Sie waren an die »Kameraden und Genossen« gerichtet, die auf diesem Weg über die militärische Machtübernahme der Soldaten in Weimar informiert wurden, und endeten mit dem Ruf »Es lebe die sozialistische Republik!«.³⁰¹

In Jena traf sich am frühen Morgen des 9. November der Soldat Paul Solbrich auf dem Marktplatz mit seinen Kameraden. Während ihrer Heimfahrt hatten sie in der Nacht zuvor auf verschiedenen Bahnhöfen die Verkörperung der Revolution in Gestalt patrouillierender Matrosen und Offiziere ohne Schulterstücke gesehen. In Erwartung ähnlicher Bilder in ihrer Heimatstadt fanden die Soldaten jedoch einen menschenleeren Platz vor. Lediglich eine Passantin hätte bei ihrem Anblick bemerkt: »Ach, jetzt fängt auch in Jena die Revolution an.« Um nicht tatenlos zu bleiben, begaben sich die Männer ins Arbeitersekretariat und versuchten ergebnislos den anwesenden Sekretär

²⁹⁷ Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 139–147 sowie S. 209f. Anlage IV.

²⁹⁸ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

²⁹⁹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 17.

³⁰⁰ Brundig: Die Rolle der 6. Ersatzkompanie. S. 30.

³⁰¹ John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. 1918–1945. Erfurt 1996. S. 55f.

vom Beginn der Revolution zu überzeugen. Enttäuscht verließen sie das Büro, doch genau in diesem Moment zogen etwa 400 bis 500 Zeiss-Arbeiter an ihnen vorüber. Das USPD-Mitglied Joseph Klose »kletterte auf die Umzäunung eines Baums und ließ die Revolution hoch leben«. ³⁰² Anlass für die Aktion der Zeiss-Arbeiter war die am Abend zuvor erfolgte Ankündigung, »dass eine größere Anzahl Soldaten des Bataillons bereit seien, zur Neuordnung der Dinge zu schreiten«. Aufgrund dieser Information hatte sich die Jenaer USPD-Leitung vergeblich bemüht, gemeinsam mit der lokalen MSPD-Führung eine Aktion einzuleiten. Die »gemäßigten Genossen [...] bestanden auf geschlossenes Herausgehen für Montag [11. 11. 1918; M. H.]. Dem konnten wir uns nicht mehr fügen«. ³⁰³

Gemeinsam zogen daraufhin Soldaten und Zeiss-Arbeiter zur Kaserne, an deren Eingang sich die Wache problemlos entwaffnen und beiseite schieben ließ. Die inzwischen auf dem Kasernenhof versammelten Arbeiter bildeten aus ihren Reihen einen »provisorischen Arbeiterrat«. Parallel dazu hatten die Soldaten ihren Rat gewählt. Gegen Mittag kreiste das aus Weimar/Nohra kommende Flugzeug »mit roter Fahne« über der Stadt und warf Flugblätter mit dem Aufruf des Weimarer Soldatenrates ab. Der Großteil der Belegschaften der Jenaer Betriebe versammelte sich ab 13 Uhr auf dem Marktplatz. Vom Rathaus und anderen Gebäuden wehten bereits rote Fahnen. ³⁰⁴ Nach Ansprachen von Josef Klose, dem Vorsitzenden des Zeiss-Arbeiterausschusses Johannes Engels, dem Vorsitzenden des Soldatenrates Heinrich Sell und der USPD-Vorsitzenden Gertrud Morgner und Albert Rudolph wurde der Arbeiterrat gewählt. ³⁰⁵ Gegen 14 Uhr konstituierte sich der Jenaer ASR. Zu seinem ersten Vorsitzenden bestimmte er Albert Rudolph, zweite Vorsitzende wurde Gertrud Morgner. Anschließend übernahm der ASR die Kontrolle über die Stadtverwaltung. Die militärische Gewalt wurde dem Soldatenrat, die Polizeigewalt dem Arbeiterrat unterstellt. In einem Aufruf an die Bevölkerung informierte der Jenaer ASR über seine Machtübernahme, bat um Unterstützung seiner Maßnahmen und forderte die Einwohner der Stadt dazu auf, allen seinen Anordnungen Folge zu leisten. ³⁰⁶

³⁰² Solbrig: Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse.

³⁰³ *Volkszeitung*, 11.11.1918. »Bericht des Aktionskomitees der USPD«. Der Bericht erschien, weil das MSPD-Parteiblatt »über die Vorgänge in der Stadt am Sonnabendvormittag, [...] aus eigener Kenntnis nicht berichten« konnte. Ebenda.

³⁰⁴ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 139–141.

³⁰⁵ *Volkszeitung*, 13.11.1918. *Volkszeitung*, 10.11.1918. Der Bericht der USPD sprach von einer »Hinzuwahl der gemäßigten Genossen«. *Volkszeitung*, 11.11.1918.

³⁰⁶ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 141–143.

Der Soldatenaufstand in Leina hatte im Verlauf des 8. November noch keine Auswirkungen auf die Residenzstadt Altenburg gehabt, wenngleich die dortigen Vorgänge bekannt geworden waren. Am Abend waren dann drei Vertreter des auf dem Militärflugplatz gebildeten Soldatenrates in der Reaktion der *Altenburger Volkszeitung* erschienen, um sich mit der MSPD-Leitung in Verbindung zu setzen. »Nun erst konnte die Sachlage festgestellt, gleichzeitig aber auch die Beobachtung gemacht werden, dass die Flieger im Überschwanze der Gefühle drauf und dran waren, große Torheiten zu begehen«, berichtete Hermann Müller rückblickend. In der Diskussion sei es ihm gelungen die Soldaten zu veranlassen, »zunächst Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft zu treffen«. ³⁰⁷

Da es jedoch offenbar zu keinen konkreten Absprachen über das weitere Vorgehen zwischen der MSPD-Führung und den aufständischen Soldaten kam, gingen diese am Vormittag des 9. November 1918 eigenständig vor. Zunächst motivierten sie ihre Kameraden in der Altenburger Kaserne, sich der Revolutionsbewegung anzuschließen. Im Ergebnis einer Versammlung wurde auch hier ein Soldatenrat gewählt. Gleichzeitig demonstrierten in der Stadt Soldaten aus Leina und Altenburg, Urlauber und jene Militär-angehörige, die ihre Truppenteile bereits verlassen hatten. ³⁰⁸ Zunehmend bildeten sich in den Straßen Gruppen von Neugierigen, wobei die Information verbreitet wurde, es bestünde die Absicht »aufs Schloss zu ziehen und den Abgang des Herzogs zu fordern. Um 10 Uhr sollte sich dieser Vorgang abspielen. Dieser Plan unterblieb jedoch«. ³⁰⁹ Die Soldaten befreiten die politisch Inhaftierten, wobei ein Veteran 40 Jahre später versicherte: »Zur Ehre aller Teilnehmenden muss gesagt werden, dass Personen, die wegen krimineller Verbrechen inhaftiert waren, von den Soldaten nicht frei gelassen wurden.« ³¹⁰

Im Verlauf des Vormittags des 9. November bildeten die Führungen von MSPD und der Gewerkschaften einen provisorischen Arbeiterrat. Gegen 14 Uhr kamen sie mit dem Soldatenrat zusammen und konstituierten den gemeinsamen ASR. Nachdem am späten Nachmittag bekannt geworden war, dass sich auf dem Platz vor dem Theater und dem Schlossaufgang eine Menschenmenge versammelt hatte, begab sich August Frölich, zu diesem Zeitpunkt Sekretär des Altenburger Metallarbeiterverbandes, dann

³⁰⁷ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 113f.

³⁰⁸ Neunübel, Hauthal: *Die Novemberrevolution in unserer Heimat*. S. 243.

³⁰⁹ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 114.

³¹⁰ Neunübel, Hauthal: *Die Novemberrevolution in unserer Heimat*. S. 243.

Vorsitzender des ASR und zwischen 1921 bis 1923 Thüringer Ministerpräsident, zum Ort des Geschehens, »um Unheil zu vermeiden«. Hier hielt er eine Ansprache und forderte die Versammelten zu Ruhe und Ordnung auf. Daraufhin habe sich der Auflauf zerstreut. Am Abend trat der ASR Altenburg noch einmal zusammen, um über die entstandene Situation zu beraten. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass »mit dem heutigen Tage [...] auch im Herzogtum Sachsen-Altenburg eine neue Ordnung eingetreten« sei. Da sich alle militärischen Verbände der Region seinem Befehl unterstellt hätten, erklärte er in einem im ganzen Herzogtum verbreiteten Aufruf, die Militärgewalt übernommen zu haben. »Diese Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu große Erschütterungen in die richtigen Bahnen zu leiten.« Die Gesamtbevölkerung wurde aufgefordert, »sich in Ruhe der neuen Ordnung zu fügen«. Weiterhin ging der ASR Altenburg davon aus, dass sich die Zivilgewalt seinen Forderungen nicht entziehen werde. Zudem beanspruchte er, »die Handhabung der Staatsgewalt im Herzogtum« so lange zu kontrollieren, »bis durch die Reichsregierung die weiteren Maßnahmen beschlossen sind«. ³¹¹

Parallel verliefen am Nachmittag des 9. November 1918 die revolutionären Ereignisse innerhalb und außerhalb der Kaserne in Gera. Nachdem die Offiziere im Kasino der Garnison aus unbekanntem Anlass zusammengekommen waren, unternahmen einige Soldaten den Versuch, die im Vorraum abgelegten Waffen ihrer Vorgesetzten in ihren Besitz zu bringen. Als die Offiziere sich dem widersetzen wollten, trat der Bataillonskommandeur dazwischen und verbürgte sich dafür, »dass die Offiziere von selbst die Waffen zurücklassen und die Abzeichen ablegen würden. Auf eine inzwischen aus Kassel eingelaufenen Weisung hin stellte sich alsdann dem inzwischen eingetroffenen Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates der Kommandeur des Bataillons zur Verfügung«. ³¹² Nach einer späteren Darstellung des Vorsitzenden des Geraer ASR Hermann Drechsler hatte sich »ein kleines Häuflein« unabhängiger sozialdemokratischer Funktionäre unter seiner Führung in die Kaserne begeben, um mit den dort stationierten 2.000 Soldaten »Fühlung aufzunehmen«. Tatsächlich seien sie auf die Seite der Revolution übergegangen, und gegen 17 Uhr wehte auf dem Dach

³¹¹ Müller: Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. S. 115 f.

³¹² *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

des Hauptgebäudes die rote Fahne.³¹³ Nach kurzen Verhandlungen unterstellten sich die Militärbehörden dem Befehl des ASR. Noch am Abend des 9. November fand eine allgemeine Versammlung in der Ostvorstädtischen Turnhalle statt, zu der auch Staatsrat von Brandenstein hinzugezogen wurde.³¹⁴

In Greiz gestaltete sich die von der USPD für den 9. November einberufene große Volksversammlung für den Frieden zu einer »gewaltigen Demonstration«. Noch während der Rede von Paul Kiß traf die Nachricht von der Abdankung des Kaisers ein, was mit stürmischen Bravorufen quittiert wurde. Kiß hatte die Abschaffung der Monarchien und die Errichtung der sozialistischen Republik gefordert, weil alle aus dem Krieg resultierenden Verluste und weiteren Belastungen nur der Sozialismus heilen könne. »Das Bestehenbleiben der kapitalistischen Gesellschaftsordnung würde die unerträglichen Leiden des Volkes verewigen.« Nachdem der USPD-Landtagsabgeordnete Feustel in seiner Rede die Versammelten dazu aufgerufen hatte, »sich jeglicher Ausschreitungen zu enthalten«, schlug Kiß vor, auch in Greiz die Wahl eines Arbeiterrates vorzubereiten. Im Ergebnis der Diskussion nahm die Versammlung einstimmig einen Antrag an, der den Rücktritt der Regierung forderte. Anschließend begaben sich die etwa 2.000 Kundgebungsteilnehmer zum Schloss.³¹⁵

Hier überbrachte eine Delegation Staatsminister Meding die Rücktrittsforderung, während die Menge im Schlosshof auf eine Antwort wartete.³¹⁶ Nach dem Ende der Unterredung sprach der Staatsminister zu den Versammelten und versprach, dem Fürsten die Forderungen vorzutragen. Erneut zu Ruhe und ruhigem Auseinandergehen aufgefordert, löste sich die Kundgebung unter Hochrufen auf den internationalen Sozialismus auf. Im Anschluss trafen sich die Greizer USPD-Funktionäre. Im Ergebnis

³¹³ Drechsler, Hermann. Über die Geschichte der Geraer Arbeiterbewegung Bd. 2/Gera o. D. Manuskript im Stadtarchiv Gera. S. 23.

³¹⁴ *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

³¹⁵ *Reußische Volkszeitung*, 12.11.1918.

³¹⁶ »Der Sprecher, Geschäftsführer Landtagsabgeordneter Kiß, trug mir vor, daß die Versammlung beschlossen habe, den Rücktritt des Durchlauchtigsten Fürsten-Regenten und der Landesregierung zu fordern. Auf meine Entgegnung, daß einer Parteiversammlung dazu jede Legitimation fehle und wie es komme, daß sie solche Forderungen beschließen könne, erwiderte der Abgeordnete Kiß, das sei in allen Bundesstaaten so. Ich eröffnete der Abordnung dann, dass ich der Landesregierung von dem Beschluss Mitteilung machen und Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem Fürsten-Regenten Vortrag erstatten, und von dem Ergebnis der Abordnung Nachricht gehen werden.« Dies die Erinnerung des Staatsminister in Seela, Reyk: Die Übergangslantage und Gebietsvertretungen in den reußischen Staaten bzw. dem Volksstaat Reuß 1919–1923, in: Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen Bd.19. Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Erfurt 2002. S. 245f. (S. 233–274).

ihrer längeren Diskussion wurden Paul Kiß, Hermann Mühlmann und Lucie Fischer beauftragt, aufgrund der Unübersichtlichkeit der politischen Situation nach Gera zu fahren, um hier »Erkundigungen einzuziehen«.³¹⁷

Im Verlauf dieses 9. November kam es in weiteren Thüringer Städten zur Bildung von ASR, die jedoch wie in Gera und Greiz noch nicht mit der lokalen Machtübernahme endeten. In Eisenberg wurde der ASR in einer Versammlung der MSPD-Ortsgruppe gebildet. Ihm gehörten fünf Mehrheitssozialdemokraten an, die sich einen Tag später konstituierten.³¹⁸ In Mühlhausen informierten gegen 15 Uhr zwei sozialdemokratische Stadtverordnete den Oberbürgermeister über die Bildung des ASR. Die organisierte Sozialdemokratie habe die Leitung der Bewegung übernommen, damit diese in Ruhe und Ordnung verlaufe. Deren weitere Aufrechterhaltung garantierten die sozialdemokratischen Funktionäre dem Oberbürgermeister unter der Bedingung, »dass die Polizei sich zurückhält und ebenso das Militär, da andernfalls wir für nichts einstehen könnten«. Diese Zusage gab das Stadtoberhaupt.³¹⁹ Am Nachmittag des 9. November hatten revolutionäre Matrosen den Bahnhof Nordhausen besetzt. Gleichzeitig berieten in den Redaktionsräumen der *Nordhäuser Volkszeitung* sozialdemokratische Funktionäre und einige Soldaten über die Situation und die nächsten Schritte.³²⁰ In Arnstadt wurde während einer öffentlichen USPD-Volksversammlung am Abend des 9. November 1918 ein Arbeiterrat unter dem Vorsitz Josef Heers gewählt.³²¹

³¹⁷ Kiß, Paul: Die Revolution in Greiz 1918–20. Greiz 1928. S. 23.

³¹⁸ Wolkowicz, Max: Die Novemberrevolution 1918 in Eisenberg. Beiträge zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Heft 5. Eisenberg 1983. S. 31.

³¹⁹ Lösche: Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen. S. 13. Dok. 9.

³²⁰ Bensing: Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19. S. 19.

³²¹ *Tribüne*, 11.11.1918.

FORMEN DES ÜBERGANGS: VON DER FÜRSTENHERRSCHAFT ZUR DEMOKRATIE IN THÜRINGEN

Provisorische Räteherrschaft in Sachsen-Weimar-Eisenach, Reuß j. L. und Reuß ä. L. und Sachsen-Gotha

In Weimar war das Staatsministerium infolge der Maßnahmen des ASR spätestens am Nachmittag des 9. November 1918 von nahezu allen Informationen abgeschnitten.³²² Bereits gegen Mittag hatten der Herzog und seine Minister Pläne für eine Flucht und/oder die Abdankung erörtert. Kurz darauf sprachen die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten bei Staatsminister Rothe vor und forderten ihn auf, dem Herzog unverzüglich den Thronverzicht »zu empfehlen«. Da Rothe dem nicht nachkommen wollte, wurde für den späten Nachmittag eine gemeinsame Sitzung der Regierung mit einer Delegation des ASR vereinbart. Zuvor war August Baudert der Bitte des Herzogs zu einer Unterredung im Schloss gefolgt.³²³ Auf dessen Frage, mit welchem Recht seine Abdankung gefordert würde, erwiderte Baudert: »Mit dem Recht der Revolution, die eine neue Verfassung bringen wird.«³²⁴

Baudert informierte den ASR umgehend über sein Treffen mit dem Herzog. Danach begaben sich einige seiner Mitglieder zu der mit dem Staatsministerium vereinbarten Sitzung. Hier meldeten die Regierungsvertreter erneut »staatsrechtliche Bedenken« gegen einen Thronverzicht des Herzogs und seiner Familie an. Sie versuchten als Gegenleistung für dessen Rücktritt die Dynastie der großherzoglichen Familie zu erhalten. Während der Vorsitzende des Soldatenrats Unteroffizier Kühn staatsrechtliche Bedenken als faktisch nicht existent bezeichnete, machte Baudert dem Staatsminister die Handlungsunfähigkeit seiner Regierung angesichts der Maßnahmen des ASR klar. Schließlich stellten dessen Vertreter das Ultimatum, bis 21 Uhr müsse der Herzog die Abdankungsurkunde unterzeichnet haben. Daraufhin erklärten die Regierungsvertreter, dass sie ihrerseits aus ihren Ämtern ausscheiden würden und lehnten die Bitte der Vertreter des ASR ab, für

³²² Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 22.

³²³ Post, Werner: Herrscher in der Zeitenwende. S. 511.

³²⁴ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 57.

eine Übergangszeit geschäftsführend im Amt zu bleiben. Baudert wurde deshalb sowohl von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten als auch vom ASR beauftragt, die Weiterführung der Regierungsgeschäfte zu organisieren.³²⁵ Nachdem im Schloss die Abdankung des Kaisers bekannt geworden war, erklärte Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach unter Hinweis auf die Forderung der revolutionären Arbeiter und Soldaten am Abend des 9. November 1918 für sich und seine Familie für alle Zeiten den Thronverzicht.³²⁶ Diese Nachricht erreichte den ASR während seiner Abendsitzung. Noch in der Nacht wurde ein Aufruf an die Bevölkerung verfasst, der am darauffolgenden Tag per Anschlag und durch Flugzeuge im gesamten Land verbreitet wurde.³²⁷

Am Abend des 10. November fand im Volkshaus eine gemeinsame Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen statt. Sie bestätigte den bis zu diesem Zeitpunkt provisorischen Arbeiterrat. Zuvor hatte Heinrich Fischer einen Bericht über die bisherigen revolutionären Ereignisse in Weimar erstattet. »Aus der Versammlung erhob sich kein Widerspruch gegen die Handlungsweisen und Maßnahmen der Genossen, die den provisorischen Arbeiterrat bildeten.«³²⁸ Bauderts spätere Darstellung, wonach zwei USPD-Mitglieder aufgrund ihres radikalen Auftretens um »des lieben Friedens wegen« in den Arbeiterrat gewählt worden seien, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch gar keine USPD-Ortsgruppe in Weimar existierte,³²⁹ scheint von seinen Erinnerungen an die nachfolgenden Ereignisse überlagert. Tatsächlich gehörten zu den 21 Weimarer Arbeiterräten zwei USPD- und spätere KPD-Mitglieder (Hermann Lindemann, Adam Bennewitz). In seinem Schlusswort hatte Hermann Fischer jedoch hervorgehoben, dass nach dem Vorbild der Einigung der beiden Parteien in Berlin³³⁰ der Streit nun begraben sei. Die gesamte Arbeiterschaft müsse zum Wohle des Volkes, für die Republik und den internationalen Sozialismus zusammenarbeiten.³³¹

Am Morgen des 11. November kam im Weimarer Innenministerium eine Abordnung des ASR mit Vertretern der bisherigen Staatsregierung zusammen. Die Minister hatten sich bereits aus ihren Ämtern und von ihren

³²⁵ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 22.

³²⁶ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 58.

³²⁷ *Volkszeitung*, 11.11.1918.

³²⁸ *Volkszeitung*, 11.11.1918.

³²⁹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 26.

³³⁰ Meint die Bildung des Rats der Volksbeauftragten aus je drei MSPD- und USPD-Mitgliedern.

³³¹ *Volkszeitung*, 11.11.1918.

Mitarbeitern verabschiedet.³³² Vereinbart wurde, dass die bisherigen Direktoren der einzelnen Ministerien an Stelle der zurückgetretenen Staatsminister die Amtsgeschäfte weiterführen. Der ASR ernannte in seiner Eigenschaft als provisorische Regierung Sachsen-Weimars August Baudert zum Staatskommissar.³³³ Einen Tag später wandten sich Baudert und Karl Perner namens des ASR in einem Aufruf an die Bevölkerung Sachsen-Weimar-Eisenachs, der die schnellstmögliche Wahl einer konstituierenden Versammlung des Landes angekündigte. Offiziere, »die sich der neuen Zeit anpassen«, und die Beamten wurden aufgefordert, ihren Dienst fortzusetzen. Der Aufruf kündigte grundlegende politische und soziale Reformen an und forderte dazu auf, den Bruderzwist unter den Sozialisten zu beenden. »Die Arbeitermassen werden in der gegebenen revolutionären Grundlage sich neu vereinigen.«³³⁴ Der Landtag des nicht mehr bestehenden Großherzogtum Sachsen-Weimars kam am 14. November zu seiner letzten Sitzung zusammen, in der Baudert im Auftrag der sich nun als provisorisch republikanisch bezeichnende Regierung dessen Auflösung erklärte.³³⁵

Am 10. November fand in der Ostvorstädtischen Turnhalle Gera eine Massenversammlung statt, in der die beiden USPD-Funktionäre Wilhelm Leven und Emil Vetterlein Ansprachen hielten. Beschlossen wurde eine acht Punkte umfassende Resolution als Aktionsprogramm und Grundlage für das weitere Agieren des Geraer ASR. Im Anschluss begaben sich dessen Mitglieder ins Staatsministerium und verlangten die Abdankung des Fürsten, den Rücktritt des Staatsministeriums sowie die Übergabe der Staatsgeschäfte an den ASR. Zugleich baten sie von Brandenstein, die Regierungsgeschäfte fortzuführen. Weiterhin beschloss der ASR, anstelle des Geraer Oberbürgermeisters Dr. Ernst Huhn den bisherigen Stadtrat Dr. Kurt Herfurth als Stadtoberhaupt einzusetzen.³³⁶

Fürst Heinrich XXVII. dankte am Abend des 10. November ab. Daraufhin übernahm der Vollzugausschuss, der sich zur »sozialistisch-republikanischen Staatsform« bekannte, im Auftrag des ASR die oberste Regierungsgewalt und die bisherigen verfassungsmäßigen Rechte des Fürsten. An die Stelle des auf unbestimmte Zeit vertagten Landtages trat der ASR Gera. Dieser Zustand sollte solange dauern, bis nach Auflösung des fürstlichen

³³² *Jenaer Volksblatt*, 13.11.1918.

³³³ *Volkszeitung*, 12.11.1918.

³³⁴ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

³³⁵ Landtagsprotokoll Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1480.

³³⁶ Lehnhus: *Jenaer und Geraer Arbeiter- und Soldatenrat*. S. 444.

Landtages eine neue, nach den von der neuen Reichsregierung verkündeten Grundsätzen gewählte Volksvertretung treten würde.³³⁷

Am Morgen des 10. November 1918 waren die Greizer usPD-Funktionäre in Gera eingetroffen. In der Redaktion der *Reußischen Tribüne* wurde sie von Hermann Drechsler über die Bildung des ASR Gera und die Situation informiert. Paul Kiß erhielt am Nachmittag vom Geraer Soldatenrat die Zusicherung, dass am nächsten Tag Soldaten nach Greiz gesandt würden, um den dortigen Arbeiterrat bei seinem weiteren Vorgehen gegen das Staatsministerium zu unterstützen.³³⁸ Am Abend konstituierte sich der »provisorische Arbeiterrat« in Greiz, der einen geschäftsführenden Ausschuss mit der Umsetzung seiner Beschlüsse beauftragte. Zum Vorsitzenden des Arbeiterrates wurde Paul Kiß bestimmt. Entsprechend der Zusicherung vom Vortag traf gegen Mittag des 11. November 1918 »eine Abordnung republikanischer Soldaten« aus Gera in Greiz ein. Sie begab sich gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Arbeiterrats zum Schloss und erreichte hier den Rücktritt der Regierung. Zunächst arbeitete das Staatsministerium unter der Kontrolle des Arbeiterratsvorsitzenden Kiß weiter. Landrat und Bürgermeister der Stadt Greiz wurden abgesetzt, während sich die Verwaltungen der Kontrolle des Arbeiterrats unterstellten. »Als äußeres Zeichen der Übernahme der Regierungsgewalt wurde sodann auf dem oberen Schlosse die rote Flagge gehißt, die nun vom alten Reußenschlosse herab den Umschwung der Verhältnisse verkündet.« Auch vom Greizer Rathaus wehte seit dem 11. November eine rote Fahne.³³⁹

Am Abend des 11. November 1918 fand im Greizer »Tivoli« eine vom Arbeiterrat einberufene Volksversammlung statt, »die einen Besuch aufwies, wie ihn der Saal noch nicht gesehen hatte«. Kiß berichtete über die Ereignisse seit der usPD-Kundgebung am Nachmittag des 9. November und empfahl, den bisher provisorischen Arbeiterrat nun »einstimmig zu wählen«, was ohne Widerspruch geschah. Zum Abschluss seiner Rede erklärte er, die Macht, die der Arbeiterschaft nun im Fürstentum zugefallen sei, bürde ihr angesichts der Ernährungssituation und der Kriegsniederlage eine schwere Verantwortung auf. Deshalb hoffe er auf die Unterstützung aller Bevölkerungsteile. Die Greizer Versammlung schloss sich der Geraer Resolution

³³⁷ *Gesetzsammlung für die fürstlich-reußischen Lande Jüngerer Linie* 30. Band. Nr. 885. S. 38.

³³⁸ Kiß: *Revolution in Greiz*. S. 23 f.

³³⁹ *Reußische Volkszeitung*, 13.11.1918.

vom 10. November an.³⁴⁰ Am Nachmittag des 12. November setzte der ASR eine neue Regierung ein, der neben Paul Kiß als weiteres USPD-Mitglied Arthur Drechsler aus Zeulenroda und der bürgerliche Rechtsanwalt William Oberländer angehörten.³⁴¹

Der Gothaer ASR rief am 10. November die Arbeiterinnen und Arbeiter dazu auf, innerhalb von 48 Stunden ihre Vertreter demokratisch zu legitimieren. In den größeren Betrieben sollte je 150 Arbeiterinnen und Arbeiter ein Vertreter gewählt werden. Auf Unternehmen mit 100 bis 150 Beschäftigten entfiel ein Mandat, kleinere Betriebe konnten sich zusammenschließen und gemeinsame Arbeiterräte wählen.³⁴² Die am 12. und 13. November in den Betrieben der Stadt durchgeführten Arbeiterratswahlen bestätigten den provisorischen Arbeiterrat, der sich damit »auf die übergroße Mehrheit der Industriearbeiter« stützen konnte.³⁴³ Für die Durchführung seiner Beschlüsse setzte der ASR Gotha am 12. November einen zunächst aus neun Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuss ein (die Zahl erhöhte sich in den nächsten Tagen auf 15).³⁴⁴ Einen Tag später entthob er die Staatsregierung ihres Amtes und übernahm selbst die Regierungsgewalt. Zugleich beauftragte der Gothaer ASR die bisherigen Minister mit der Weiterführung der Geschäfte. Auch die Staats- und Gemeindebeamten sollten ihre Tätigkeit zunächst fortsetzen. In einem Aufruf wandte sich der Rat an die Bevölkerung und bat »im Interesse einer friedlichen Fortentwicklung der so glücklich begonnen Umgestaltung des Staatslebens, die uns die heiß ersehnte Freiheit brachte« um Unterstützung bei seinen Maßnahmen. Zugleich wies er darauf hin, dass es bei einer solchen Umwälzung aufgrund der Hinterlassenschaft der bisherigen Regierung zu unvermeidlichen Schwierigkeiten kommen werde.³⁴⁵

Einen Tag später trat der Gemeinschaftliche Landtag Sachsen-Coburg-Gotha zusammen. Am Beginn seiner Verhandlungen erklärte Staatsminister von Bassewitz, da Deutschland inzwischen »eine auf sozialistische Grundlage (be)ruhende Republik« geworden sei, »in deren Rahmen kein Raum für das Weiterbestehen von Einzelmonarchien ist«, habe »der Herzog aufgehört, in den Herzogtümer Coburg und Gotha zu regieren« und

³⁴⁰ *Reußische Volkszeitung*, 14.11.1918.

³⁴¹ *Reußische Volkszeitung*, 15.11.1918.

³⁴² *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

³⁴³ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 93.

³⁴⁴ Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 105.

³⁴⁵ *Gothaer Volksblatt*, 14.11.1918.

die Beamten von ihrem Eid entbunden. Wilhelm Bock machte im Namen seiner Fraktion in einer anschließenden Erklärung deutlich, dass die Entwicklung nicht nur über den Herzog, sondern auch über bisherigen herzoglichen Landtag hinweggegangen war. Nachdem er die Forderungen der USPD vom 7. November noch einmal kurz umrissen hatte, erklärte er, dass sich deren Begründung und Erörterung im Landtagsplenum erübrigt habe: »Diese Fragen werden jetzt von einem anderen Forum entschieden. [...] Nachdem inzwischen die gesamte Staatsmacht in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates übergegangen ist, erkennen wir die Tätigkeit des Landtages für erloschen und ziehen daraus die Konsequenz, indem wir die Sitzung verlassen.« Otto Geithner, der sich selbst nicht mehr als Abgeordneter betrachtete, fügte hinzu, nach der Übernahme der Staatsgewalt durch den ASR existiere der Landtag nicht mehr.

Der Versuch der bürgerlichen Abgeordneten, durch die Einberufung des Verfassungsausschusses eine Weiterarbeit des Landtages zu erreichen, wurde von Geithner und dem Vorsitzenden des Soldatenrates durchkreuzt. Im Anschluss an die Landtagssitzung machten sie dem Landtagspräsidenten, Gothas Oberbürgermeister Otto Liebetau, unmissverständlich klar, dass nach der faktischen Abdankung des Herzogs auch die Rechte des Landtages erloschen seien. Würde er noch einmal einberufen, werde der Vorsitzende des Soldatenrates der Vollversammlung des ASR vorschlagen, »mit bewaffneter Macht« dessen Zusammentreten zu verhindern. Den Einwänden der hinzugezogenen bürgerlichen Abgeordneten, wonach die Einberufung des Verfassungsausschusses mit Zustimmung der USPD-Landtagsabgeordneten Wilhelm Bock und Heinrich Wolf erfolgt sei, hielt Geithner entgegen, dies sei ein Missverständnis. Daraufhin verständigten sich die Anwesenden auf eine Erklärung, der schließlich alle bisherigen Landtagsmitglieder einschließlich der USPD-Abgeordneten zustimmten. Sie erkannten an, dass die Staatsregierung infolge der eingetretenen Entwicklung von Organen übernommen worden sei, die die bisherige Verfassung nicht vorsähe. Damit sei auch die weitere Tätigkeit des auf Grundlage dieser Verfassung gewählten Landtages unmöglich.³⁴⁶

Am 15. November 1918 übernahm der Vollzugsausschuss alle bisherigen verfassungsgemäßen Zuständigkeiten des nicht mehr regierenden Herzogs, wobei Reichs- und Landesgesetze bis zu ihrer Neuregelung in Kraft

³⁴⁶ Landtagsprotokoll Coburg-Gotha S. 420f.

blieben.³⁴⁷ Damit war Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha durch die Revolutionsbewegung abgesetzt, er unterzeichnete als einziger Fürst keine offizielle Rücktrittserklärung.³⁴⁸

»Transformation« in Sachsen-Altenburg

Der Aufruf des Altenburger ASR vom Abend des 9. November enthielt keine Forderung nach dem Ende der Monarchie. Erst die von etwa 10.000 bis 12.000 Teilnehmern der Massenkundgebung des ASR am 10. November auf dem Altenburger Anger beschlossene Resolution sprach sich für eine »Umwandlung der bisherigen Staatsform« aus. Aber auch während dieser Kundgebung wurde weder die Abdankung des Herzogs gefordert noch von der Republik gesprochen. Unter diesen Voraussetzungen übernahm der ASR ab dem 11. November die Kontrolle über die zivile Verwaltung und begann mit der Bildung einer neuen Regierung. Hierzu setzte er fünf »Volksbeauftragte« ein, die einen Vollzugsrat bildeten. Er unterstellte zunächst die Altenburger Stadtverwaltung seinen Weisungen, was der Oberbürgermeister bereitwillig akzeptierte. Der bisherige Bürgermeister Tell und Rechtsanwalt Mehnert, Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, erklärten sich unter der Bedingung zum Eintritt in die Regierung bereit, dass »sie vom Herzog ernannt würden«.³⁴⁹ Tatsächlich setzte der Herzog am 12. und 13. November drei Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten als Minister der letzten herzoglichen und ersten freistaatlichen Regierung Sachsen-Altenburgs ein.³⁵⁰

Vor dem Hintergrund des sich reichsweit abzeichnenden Übergangs von der Monarchie zur Republik sahen sich indes auch die Altenburger MSPD-Funktionäre veranlasst, »den Abgang des Herzogs von der politischen Bühne herbeizuführen«.³⁵¹ Gleichzeitig mit der Einreichung der Personalvorschläge für die neue Regierung wurde ihm vom ASR »bedeutet«, dass deren Ernennung »seine letzte Regierungshandlung sein müsse«. Am 13. November 1918 erklärte Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg seinen Thronverzicht.³⁵²

³⁴⁷ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

³⁴⁸ Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 106.

³⁴⁹ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 115.

³⁵⁰ Wolfrum: *Sozialdemokratie in Sachsen-Altenburg*. S. 187.

³⁵¹ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 84.

³⁵² Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 118f.

»Gesetzlicher Übergang« durch die Landtage in Sachsen-Meiningen, Schwarzburg- Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt

Nachdem im Verlauf des 10. November 1918 das Staatsministerium Sachsen-Meiningen erfolglos zur Bildung einer Bürgerwehr aufgerufen hatte, um die Einwohner und ihr Eigentum »vor verbrecherischen Ausschreitungen zu schützen [...] entstand auch in Meiningen urplötzlich ein Soldatenrat, ehe die zu diesem Zweck aus Eisenach angemeldeten Matrosen eingetroffen waren.«³⁵³ Gebildet wurde der Soldatenrat während einer Soldatenversammlung, die auf dem Kasernenhof stattfand und an der auch zahlreiche Zivilisten teilnahmen. Im Anschluss daran zog die Menschenmenge zum herzoglichen Palais, um die Abdankung des Herzogs durchsetzen, während dem ebenfalls zum Verzicht auf die Thronnachfolge aufgeforderten Bruder des Fürsten Prinz Ernst die gewünschte Bedenkzeit eingeräumt wurde. »Die von bürgerlichen Blättern gemeldete Kunde, dass ihm darauf die Verhaftung angedroht worden sei, entspricht nicht der Wahrheit.«

Einen Tag später wandte sich der ASR Meiningen mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem er die Übernahme der politischen und militärischen Gewalt und die Abdankung des Herzogs bekannt gab. Sämtliche Behörden hätten sich ihm unterstellt und würden unter seiner Kontrolle weiterarbeiten.³⁵⁴ Am 12. November trat der Landtag zunächst zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, in der die sozialdemokratische Fraktion erklärte, sie würde mit der bisherigen Regierung nicht mehr zusammenarbeiten. In der öffentlichen Landtagssitzung am Nachmittag, die vor einem überfüllten Zuschauerraum stattfand, trat die Regierung zurück. »Hinter den Kulissen« begannen Verhandlungen zur Neubildung einer Regierung, wobei die SPD nun auf den Thronverzicht des Prinzen Ernst drängte und Hofmann mit dem Einschreiten des ASR, der sich im Landtagsgebäude aufhielt, drohte. Käme es zu weiteren Verzögerungen, »müsse man mit der Alarmierung der Garnison rechnen«.³⁵⁵

³⁵³ *Saalfelder Volksblatt*, 22.11.1918. Adolf Hofmann veröffentlichte unter der Überschrift »Die historische Woche in Sachsen-Meiningen« eine umfassende Darstellung des Ereignisverlaufes vom 10. bis 15. November 1918, die er als Revolution bezeichnete. Zu seinem Motiv für diesen Bericht schieb er einleitend: »Alles schreitet im sich überstürzenden Zeitmaß vorwärts. Drum ist's gut jetzt mitten drin im Erleben Geschichte zu schreiben. Später wird's unmöglich sein, die Dinge richtig auseinander zu halten.«

³⁵⁴ *Saalfelder Volksblatt*, 13.11.1918.

³⁵⁵ *Saalfelder Volksblatt*, 22.11.1918.

Daraufhin erreichten die bisherigen Regierungsmitglieder den Verzicht des Prinzen, so dass die Bildung »der neuen Volksregierung von Sachsen-Meiningen« erfolgen konnte. Ihr gehörten neben drei bürgerlichen Fachministern mit Arthur Hofmann, Karl Knauer, Adelbert Enders und Heinrich Eckhardt erstmals Sozialdemokraten an. Die neue bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung wandte sich noch am 12. November mit einem Aufruf an die Bevölkerung.³⁵⁶ Ihre erste Amtshandlung war die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Gesetzgebung und Verwaltung in Sachsen-Meiningen. Mit ihm ging die gesetzgebende Gewalt in vollem Umfang auf den Landtag über. Er hatte zugleich die verantwortlichen Mitglieder des Staatsministeriums zu ernennen. Die bisherigen Befugnisse des Herzogs sollten durch das Staatsministerium ausgeübt werden und alle Behörden bestehen bleiben.³⁵⁷

Am Vormittag des 11. November konstituierte sich in Rudolstadt der gemeinsame ASR, der sofort Kontakt zu den Militär- und Zivilbehörden aufnahm, um seine zehn Forderungen zu unterbreiten. Dabei ging es ihm zuerst um die Freilassung der politischen Gefangen und der wegen disziplinarischer Vergehen in Untersuchungshaft befindlichen Militärangehörigen und Zivilpersonen. Der Verwaltungsapparat und der öffentliche Sicherheitsdienst sollten sich seiner Kontrolle ebenso unterstellen wie die Zivil- und militärische Kommandogewalt. Darüber hinaus verlangte der ASR Rudolstadt volle Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung der Paket- und Briefzensur. Weitere Forderungen betrafen die dienstlichen Angelegenheiten der Soldaten. Denjenigen Offizieren und Beamten, die sich mit den Forderungen einverstanden erklärten, wurde versichert, dass sie ihre Tätigkeit weiterhin versehen können. Von den anderen wurde erwartet, dass sie ihren Dienst quittieren. Eine von etwa 1.000 Menschen besuchte Volksversammlung am Nachmittag bestätigte durch ihren »großen Beifall« das Agieren des ASR,³⁵⁸ der jedoch erst am 15. November in der Sitzung des Landtages den Rücktritt des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt forderte.

Am Beginn der außerordentlichen Landtagssitzung hatte Staatsminister von der Recke ausgeführt, angesichts der Entwicklung seit dem 9. November sei der Fürst bereit, aufgrund des Zwangs der Verhältnisse »die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen

³⁵⁶ *Saalfelder Volksblatt*, 15.11.1918.

³⁵⁷ Moczarski: *Der letzte Landtag von Sachsen-Meiningen*. S. 82f.

³⁵⁸ *Saalfelder Volksblatt*, 12.11.1918.

sind«. Die Aufgabe des Landtages sei es daher, die Neugestaltung der innenpolitischen Verhältnisse in Schwarzburg-Rudolstadt vorzunehmen. Für den ASR erklärte dessen Vorsitzender Ernst Otto, dass er sich unter Hinzuziehung weiterer Mitglieder aus dem Land zum Landes-ASR erweitert habe, unter dessen Kontrolle die Verwaltung weiterarbeite. Die sich in Kürze bildenden Bauern- und Bürgerräte würden ebenfalls in den Landesrat eintreten können. Zugleich forderte Otto im Namen des ASR den Rücktritt des Fürsten und die Aufhebung des Thronfollegesetzes. Um das Mitregieren des Volkes zu sichern, müssten vier Landtagsabgeordnete in die Landesregierung eintreten. Aus diesem Personenkreis sollte ein Volkskommissar ernannt werden, der im Auftrag des ASR alle Gesetze und Verordnungen gegenzuzeichnen hätte. Sobald die Soldaten zurückgekehrt seien, sollten Neuwahlen »nach einem der Jetztzeit angepassten gerechten Wahlsystem stattfinden«. ³⁵⁹

Nach dieser Erklärung vertagte sich der Landtag. Am gleichen Tag wandte sich der ASR an die Bevölkerung und erklärte: »Schwarzburg-Rudolstadt wird Republik«. Der Landtag sei zur Zusammenarbeit mit dem ASR bereit. ³⁶⁰ Am 21. November trat der Landtag erneut zusammen, um die vom Fürsten geforderten »Übergangsbestimmungen« zu beraten und zu beschließen. Die gesetzgebende Gewalt ging auf den Landtag, die exekutiven Rechte auf die Regierung über. ³⁶¹ Zwei Tage später verlas Staatsminister von der Recke im Landtag die Rücktrittserklärung des Fürsten, die von den der vergangenen Epoche nachtrauernden bürgerlichen Abgeordneten in einer besonderen Stellungnahme ausdrücklich bedauert wurde. Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung bestätigte der Landtag die bisherigen Regierungsmitglieder in ihren Ämtern. Danach wurden vier Abgeordnete als weitere Regierungsmitglieder hinzugewählt. Einstimmig bestimmte der Landtag der Sozialdemokraten Emil Hartmann zum Vorsitzenden des Gesamtministeriums. ³⁶²

In Sondershausen hatte sich am 10. November 1918 ein provisorischer Soldatenrat gebildet, »der gemeinsam mit dem hiesigen Garnisonskommando die militärische Gewalt ausübt. Gegen 5.00 Uhr nachmittags durchzog ein

³⁵⁹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Landtagsverhandlungen Schwarzburg-Rudolstadt. Verhandlungen des Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Landtages. Außerordentlicher Landtag 1918. Landtagsprotokoll S. 86.

³⁶⁰ *Saalfelder Volksblatt*, 16.11.1918.

³⁶¹ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 86.

³⁶² Landtagsprotokoll Schwarzburg-Rudolstadt S. 118 und 121.

Zug demonstrierender Soldaten in Ruhe und Ordnung unter Vorantragen einer roten Fahne die Stadt«. Am 11. November wehten auf dem Schloss, dem Ministerium, dem Rathaus und dem Postgebäude rote Fahnen.³⁶³ Am gleichen Tag wurde während einer von der USPD einberufenen Volksversammlung ein Arbeiterrat gebildet.³⁶⁴

Der Landtag kam am 12. November 1918 zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen um »zu den in den letzten Tagen erfolgten politischen Umwälzungen« und den sich daraus ableitenden Konsequenzen für Schwarzburg-Sondershausen Stellung zu nehmen. Staatsminister von der Recke zog die Wahlrechtsvorlage der Regierung zurück, »da sie durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse überholt sei«. Die Staatsregierung beantragte für eine Übergangszeit die Einsetzung eines Landesrates durch den Landtag. Dieser sollte sich aus den Mitgliedern des Landtagsausschusses und zwei weiteren Personen, »die das Vertrauen des Volkes genießen« zusammensetzen und »bei der Ausarbeitung der Gesetze und Ausübung der Verwaltungstätigkeit« durch die Staatsregierung beratend und auf diese Weise mitarbeitend tätig zu sein.³⁶⁵

Der USPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Bärwinkel sah darin »ein brauchbares Entgegenkommen für den gemeinsamen Weg der Überleitung in die neuen Verhältnisse«. Trotz der großen politischen Differenzen der Vergangenheit sei er zu dieser gemeinsamen Arbeit bereit, da die Regierung und die bürgerlichen Abgeordneten angesichts der allgemeinen Entwicklung ihren bisherigen Widerstand gegen die von der Sozialdemokratie geforderten Veränderungen aufgeben hätten. Er hoffte vor dem Hintergrund des bisher friedlichen Verlaufs der revolutionären Umwälzung, dass diese Entwicklung fortgesetzt werden könne. Bärwinkel wurde in dieser Landtagssitzung einstimmig in den Landtagsausschuss gewählt.³⁶⁶ Dem am 19. November gebildeten Landesrat gehörten der Landtagspräsident, ein bürgerlicher Landtagsabgeordneter sowie Bärwinkel und zwei Mitglieder des ASR an.³⁶⁷ Am gleichen Tag ließ der Fürst im Landtag durch die Staatsregierung erklären, dass seine im Rudolstädter Landtag bekanntgegebene Rücktrittsabsicht auch für Schwarzburg-Sondershausen gelte, wenn die

³⁶³ *Tribüne*, 12.11.1918.

³⁶⁴ Häuvel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 44.

³⁶⁵ Verhandlungen des Landtags für Schwarzburg-Sondershausen 1916–1920. Ordentlicher Landtag. Sitzungsberichte. S. 839f.

³⁶⁶ Ebenda, S. 851.

³⁶⁷ Ebenda, S. 865.

notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen sind. Hierauf erwiderte Bärwinkel, dass ihm diese Erklärung des Fürsten nicht ausreiche, da sie keinen vollständigen Verzicht ausspreche und hinsichtlich der Thronfolge/ des Thronverzichts und des Kammergutes Fragen offen lasse. Deshalb müsse sich der Landesrat mit diesen Fragen befassen und »dem Landtage diesbezügliche Grundsätze zur Beschlussfassung vorlegen«.³⁶⁸ Das geschah noch am gleichen Tag. Die »Landesgrundsätze« beinhalteten sechs Punkte und erklärten Schwarzburg-Sondershausen nach dem Rücktritt des Fürsten zum »sozialen Volksstaat«, in dem sich die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in den Händen des Volkes befinden sollte. Ein nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht zu wählender Landtag wurde beauftragt, eine neue Landesverfassung auszuarbeiten. Bis dahin lag für eine Übergangszeit die vollziehende Gewalt in den Händen des Landesrates und des Staatsministeriums. Sämtliche Staats- und Gemeindebeamten sollten in ihren Ämtern verbleiben. Das Kammergut wurde zum Staatsgut erklärt. Diese »Landesgrundsätze« wurden vom Landtag am 25. November einstimmig angenommen,³⁶⁹ nachdem Günther von Schwarzburg-Sondershausen als letzter deutscher Fürst seinen Thron verlassen hatte.³⁷⁰

³⁶⁸ Ebenda, S. 854–856.

³⁶⁹ Ebenda, S. 878.

³⁷⁰ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 67.

DIE »RÄTEHERRSCHAFT« IN THÜRINGEN IM NOVEMBER/ DEZEMBER 1918

Die flächendeckende Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten und deren lokale Machtübernahme ab dem 10. November 1918

Am 9. November 1918 hatte Wilhelm II. abgedankt. In den Hauptstädten der thüringischen Kleinstaaten vollzog sich die Übernahme der Macht durch die ASR oder die Bildung neuer Regierungen. Die Revolutionsbewegung sprang in den darauffolgenden Tagen auf die gesamte Region über. In den mittleren und kleineren Städten entstanden weitere Räte. Aus den Hauptstädten heraus wurde die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten in den ländlichen Gegenden unterstützt. Bereits am 15. November erschienen auf einer Konferenz in Weimar zur Sicherung der Lebensmittelversorgung Delegierte der ASR aus Pößneck, Stützerbach, Bürgel, Kahla, Roda, Eisenberg, Jena, Löbstedt, Lobeda, Burgau, Rudolstadt, Saalfeld, Kranichfeld, Camburg, Creuzburg (an der Werra), Altenburg, Eisenach, Coburg, Arnstadt, Sonneberg, Judenbach, Ilmenau, Roda bei Ilmenau, Neustadt (Orla), Apolda, Gera, Naschhausen, Martinroda, Gera bei Ilmenau, Weimar, Bad Sulza sowie Vertreter aus weiteren Orten, in denen »Arbeiterräte in Bildung begriffen« waren.³⁷¹

Wie überall in Deutschland nahm die lokale Machtübernahme in Thüringen ab dem 10. November 1918 einen ähnlichen Verlauf. Nach ihrer Konstituierung nahmen die ASR Verbindung mit den örtlichen Militärdienststellen und den lokalen Verwaltungen auf. Sie beriefen aus ihrer Mitte Beauftragte, »denen die Kontrolle der Verwaltung oblag«.³⁷²

In Arnstadt übernahm der am Tag zuvor gebildete ASR mit dem Einverständnis des Oberbürgermeisters die Kontrolle über die Stadtverwaltung. In einem ersten Aufruf an die Bevölkerung sprach er die Erwartung aus, dass von keiner Seite der Versuch unternommen würde, »die alten reaktionären Zustände wieder einzuführen«. Beamte, die bereit seien, unter den neuen Verhältnissen mitzuarbeiten, sollten ihren Dienst weiterhin versehen.³⁷³

³⁷¹ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

³⁷² Kolb: Arbeiterräte. S. 97.

³⁷³ Kleen, Walter: Über die Rolle der Räte in der Novemberrevolution, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* Bd. 2 (1956) S. 328. (S. 326–331).

Der ASR Nordhausen konstituierte sich am 10. November 1918 mit Hermann Schmidt (MSPD) als Erstem und Otto Flagmeyer (USPD) als Zweitem Vorsitzenden.³⁷⁴ Am Morgen des 11. November ruhte in allen Betrieben der Stadt die Arbeit, da der ASR für zwölf Uhr eine öffentliche Volksversammlung einberufen hatte, um seine Forderungen für die Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt legitimieren zu lassen. Im Anschluss an die Massenversammlung begab sich eine Abordnung des ASR zum Oberbürgermeister und besprach mit ihm seine Forderungen. Das Stadtoberhaupt erklärte, »dass sich der Magistrat dem Zwange der Verhältnisse füge« und im Interesse »unserer lieben Vaterstadt Nordhausen« seinen Dienst weiterführen werde.³⁷⁵ Am Abend kam der ASR zu einer öffentlichen Beratung im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung zusammen und wählte zur Ausführung seiner Beschlüsse einen Exekutivausschuss. Gleichzeitig begann sich die Rätebewegung ab dem 11. November über den gesamten Kreis Hohenstein und die angrenzenden Gebiete flächendeckend auszubreiten.³⁷⁶ Am 12. November übernahm der ASR die Kontrolle über die Stadtverwaltung Nordhausens, indem er dem Oberbürgermeister und dem Leiter des Lebensmittelamtes Beigeordnete an die Seite stellte. Zudem nahmen die Mitglieder des Exekutivausschusses des ASR an den Sitzungen des Magistrats teil.³⁷⁷ Zwei Tage später wandte sich der ASR noch einmal an die Bevölkerung der Stadt und informierte sie über seine Machtübernahme und die Weiterarbeit der städtischen Verwaltung unter seiner Kontrolle.³⁷⁸

Am Vormittag des 10. November 1918 erschien in Mühlhausen eine Delegation des ASR in der Kaserne und forderte vom Bataillonskommandeur »die Übergabe der militärischen Gewalt«.³⁷⁹ Gleichzeitig wurde dem Offizier ein vierzehn Punkte umfassender Forderungskatalog übergeben. Offiziere, die sich nicht mit dem ASR einverstanden erklärten, mussten den Dienst quittieren.³⁸⁰ Die gleichen Forderungen erhielt gegen elf Uhr Oberbürgermeister Trenkmann, wobei vom Stadtoberhaupt zusätzlich verlangt wurde, Räume für die Arbeit des ASR zur Verfügung zu stellen und das Hissen der roten Fahne auf dem Rathaus zu gestatten. In der anschließenden eineinhalbstündigen Diskussion erklärte Trenkmann, er wolle sich zunächst mit

³⁷⁴ Bensing: Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19. S. 127.

³⁷⁵ Ebenda, S. 74 f. Dok. 4.

³⁷⁶ Ebenda, S. 25 f.

³⁷⁷ Ebenda, S. 77. Dok. 6.

³⁷⁸ Ebenda, S. 79 f. Dok. 8.

³⁷⁹ Lösche: Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen. S. 17. Dok. 15.

³⁸⁰ Ebenda, S. 14 f. Dok. 12.

dem Magistrat über die gestellten Forderungen verständigen.³⁸¹ Am darauffolgenden 11. November verkündete er namens des Magistrats, mit dem ASR zusammenarbeiten zu wollen und sich dessen Anordnungen zu fügen. Die Forderungen vom Vortag wurden akzeptiert: »Gegen das Hissen der Roten Flagge auf dem Rathaus erheben wir keinen Einspruch.«³⁸²

Am 10. November war auch in Apolda ein ASR gebildet worden. Nachdem sich der Bezirksdirektor für den Verwaltungsbezirk und der Oberbürgermeister Apoldas freiwillig unter die Kontrolle des ASR gestellt hatten, bildete dieser für die Stadt und den Verwaltungsbezirk (mit Ausnahme der Stadt Jena) das oberste Verwaltungsorgan. Damit der ruhige Weitergang des Geschäftslebens, die Ernährung, der Schutz der Person und des Eigentums sowie Ruhe und Ordnung gesichert und Störungen unterbleiben würden, bat der ASR Apoldas die Bevölkerung um Unterstützung.³⁸³ Ebenso war in weiteren größeren Orten Sachsen-Weimars wie Allstedt, Bad Sulza, Buttstädt, Ilmenau und Rastenberg »die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte anerkannt«. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, »sich der neuen herrschenden Macht zu fügen«. Dagegen gäbe es »keine nennenswerten Widerstände«, weil das Bedürfnis nach Frieden, Ruhe und Stetigkeit groß sei.³⁸⁴

In Schmalkalden bildete sich ebenfalls am 10. November »in einer aus Stadt und Land zahlreich besuchten Versammlung« ein Arbeiterrat, einen Tag später konstituierte sich ein Soldatenrat.³⁸⁵

Die Nachricht von der Abdankung des Herzogs von Sachsen-Meiningen löste in Saalfeld am Abend des 10. November die Bildung eines ASR aus, der für den Nachmittag des nächsten Tages zu einer Kundgebung aufrief. »Bleibe kein Arbeiter, keine Arbeiterin zu dieser Zeit an der Arbeitsstätte. Durch seine Teilnahme muss jeder zeigen, dass er begriffen hat, um was es geht! Lasse sich niemand zu Torheiten, Störung der öffentlichen Ordnung oder Zerstörung fremden Eigentums verleiten! Es lebe die soziale Revolution. Es lebe das freie deutsche Volk! Es lebe die freie geeinte Republik Thüringen. Arbeiter- und Soldatenrat.«³⁸⁶ Der Saalfelder ASR hatte ein konkretes

³⁸¹ Ebenda, S. 14. Dok. 11.

³⁸² Ebenda, S. 17. Dok. 14.

³⁸³ *Volkszeitung*, 12.11.1918.

³⁸⁴ *Volkszeitung*, 14.11.1918.

³⁸⁵ *Tribüne*, 12. und 13.11.1918.

³⁸⁶ Fieber, Fred: *Vom Saalfelder Rathaus wehte die Rote Fahne. Saalfeld 1983. S. 20.*

Programm formuliert, im dem er u. a. die Unterstellung der Verwaltung unter seine Kontrolle, die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und den sofortigen Rücktritt des herzoglichen Staatsministeriums in Meiningen sowie die Bildung einer vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung forderte.³⁸⁷ Etwa 5.000 bis 6.000 Menschen versammelten sich am Nachmittag des 11. November auf dem Saalfelder Markt. Unter ihrem Beifall wurde am Rathaus die rote Fahne gehisst. Nach einer Ansprache Arthur Hofmanns akzeptierte der Bürgermeister der Stadt die Forderungen des ASR, die im Anschluss an eine Demonstration zu seinem Amtsgebäude auch vom Landrat anerkannt wurden.³⁸⁸

Am Vormittag des 11. November ruhte im geteilten Ruhla in allen Betrieben die Arbeit. Organisiert liefen die »Arbeitermassen« zum Kurhausplatz, auf dem eine von mindestens 4.000 Menschen besuchte »Demonstrationsversammlung« stattfand, an der auch Bürgerliche teilnahmen. Auf Vorschlag des Versammlungsredners, eines lokalen USPD-Funktionärs, wählten die Anwesenden einen Arbeiterrat, der mit Unterstützung der Massen die Macht in beiden Rathäusern übernahm.³⁸⁹

Auch in Zeulenroda wurde am 11. November während einer »Riesenversammlung« ein ASR gebildet, der sich im Anschluss an eine Massendemonstration unter roten Fahnen »und dem Absingen revolutionärer Lieder« zum Rathaus begab und sich in Kenntnis der Ereignisse in Greiz die Stadtverwaltung unterstellte.³⁹⁰

Gegen 14 Uhr kam »eine für Hildburghausen riesige Menschenmenge« zusammen, die dem Aufruf des für den Kreis gebildeten ASR gefolgt war und dem sich alle Behörden unterstellten.³⁹¹

Auch in Pößneck wurde der ASR an diesem 11. November 1918 während einer von 800 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung gewählt.³⁹²

³⁸⁷ *Saalfelder Volksblatt*, 12.11.1918.

³⁸⁸ *Saalfelder Volksblatt*, 13.11.1918.

³⁸⁹ *Gothaer Volksblatt*, 15.11.1918.

³⁹⁰ *Reußische Volkszeitung*, 13.11.1918.

³⁹¹ *Saalfelder Volksblatt*, 15.11.1918.

³⁹² *Saalfelder Volksblatt*, 13.12.1918. Da über die Tätigkeit und die Zusammensetzung des Pößnecker ASR unter der Bevölkerung »sehr viel Unklarheit« herrsche, gab das *Volksblatt* einen umfassenden Überblick über dessen Entstehung und Tätigkeit.

In Langensalza kam es im Anschluss an einen großen Demonstrationzug »unter roten Fahnen« ebenso zur Bildung eines ASR³⁹³ wie in Weida.³⁹⁴

Auch Sömmerda schloss sich am 11. November 1918 dem freien deutschen Volksstaat an. Der organisierten Arbeiterschaft sei zu danken, »dass sich die Umwälzung rasch und ohne Blutvergießen vollzogen hat«. Ihre Führung habe in die sich überstürzenden Ereignisse eingegriffen und die Leitung der Bewegung übernommen. Nachdem alle strategischen Punkte der Stadt besetzt wurden, ging die öffentliche Gewalt »innerhalb weniger Minuten« in die Hände des ASR über. »Am Nachmittag fand eine große Demonstrationsversammlung statt. Genosse Nowag aus Erfurt sprach unter begeisterten Beifallsstürmen über die Lage und ermahnte zur Ruhe und Besonnenheit. Nunmehrige Aufgabe der Arbeiter und Soldaten müsse es nunmehr sein, die Errungenschaften der Revolution zu sichern.«³⁹⁵

Am 12. November wählte die Arbeiterschaft Schmöllns am Mittag während einer von 3.000 Menschen besuchten Massenkundgebung auf dem Markt ihren Arbeiterrat, dessen Anerkennung durch die städtische Verwaltung gefordert wurde.³⁹⁶

Der ASR Sondershausen kam am 13. November zu einer ersten Sitzung mit dem Magistrat der Stadt zusammen, um seine Forderungen zu unterbreiten. Alle Geschäfte des Magistrats, insbesondere die Lebensmittelverteilung, sollten vom ASR überwacht werden, der auch für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Die Bevölkerung müsse durch die Presse über die Verwaltungstätigkeit informiert werden, und alle Bekanntmachungen des Magistrats, die einschneidende Veränderungen mit sich bringen würden, müssten vom Arbeiterrat mitunterzeichnet werden. »Nach einer recht lebhaften Aussprache bekannte sich der Magistrat zu den Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates.«³⁹⁷

Nachdem in Erfurt bereits am 8. November die Revolution gesiegt hatte, erfolgte von hier aus die weitere Ausbreitung der revolutionären Bewegung »in geordneten, ruhigen Bahnen« über den gesamten Regierungsbezirk. Oft von lokalen USPD-Mitgliedern einberufen, fanden ab dem 10. November

³⁹³ *Tribüne*, 12.11.1918.

³⁹⁴ *Volkszeitung*, 12.11.1918.

³⁹⁵ *Tribüne*, 12.11.1918.

³⁹⁶ Müller: *Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*. S. 117.

³⁹⁷ *Tribüne*, 15.11.1918.

Volksversammlungen statt, in denen Mitglieder des Erfurter ASR zur aktuellen politischen Entwicklung sprachen.³⁹⁸ Im Anschluss an die jeweiligen Referate wurden ASR (bzw. in den kleineren Orten Arbeiter- und Bauerräte) gebildet, denen sich die lokalen Verwaltungen ohne Widerstand unterstellten.

In Suhl fand am Nachmittag des 10. November im »Henneberger Haus« eine große Massenversammlung der Bürger, Arbeiter und Soldaten statt. »Nach einem kurzen Vortrag des Genossen Nowag aus Erfurt über die Lage wurde mit großer Begeisterung ein Demonstrationzug durch die Stadt veranstaltet. Auf dem Rathause verhandelten die Beauftragten der Arbeiter und Soldaten mit den Behörden über die Annahme der bekannten Forderungen. Sie wurden ohne Rückhalt anerkannt. Dieser historische Akt vollzog sich unter Böllerschüssen und Glockengeläut.«³⁹⁹ Hiervon inspiriert berief der sozialdemokratische Verein in Goldlauter/Suhl für den darauffolgenden Abend eine Gemeindeversammlung ein, die stark besucht wurde. »Nach Darlegung der Ereignisse und Ergebnisse und einstimmiger Annahme der Forderungen des Soldaten- und Arbeiterrates Erfurt« wurden sechs Mitglieder »als Arbeiterrat einstimmig bestätigt«. Die Redaktion der *Tribüne* schloss ihren kurzen Bericht mit der Bitte an »die Orte des Schleusinger Kreises, wo Genossen sich befinden, in Aktion zu treten und überall Arbeiterräte zu wählen. Die Richtlinien finden sich ja in [den] Parteiblättern.«⁴⁰⁰

In Gräfenroda, Crawinkel und Frankenhain fanden am 13. November Volksversammlungen statt, in denen Adolf Schauder über die politische Situation referierte, und in deren Anschluss sich Arbeiterräte konstituierten.⁴⁰¹

Am gleichen Tag wurde in Gebesee »in einer außerordentlich gut besuchten Volksversammlung« ein Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Das Mitglied des Erfurter ASR Richard Friedrich hatte zuvor »über die Ereignisse der letzten Zeit, die zu den völligen Umgestaltung der Verhältnisse im Reich, Staat und den Gemeinden geführt haben« referiert. Der aus neun Personen bestehende Arbeiter- und Bauernrat »nahm sofort seine Arbeit auf«. Diesen

³⁹⁸ Für Suhl und Umgebung wurde für den 10. November 1918 zu einer öffentlich politischen Versammlung eingeladen, in der es um »Die Lage in Deutschland und die vollzogenen Tatsachen« und die Frage »Was haben wir in Suhl zu tun« gehen sollte. Als Referent war Gustav Nowag aus Erfurt angekündigt. *Tribüne*, 09.11.1918

³⁹⁹ *Tribüne*, 11.11.1918.

⁴⁰⁰ *Tribüne*, 15.11.1918.

⁴⁰¹ *Gothaer Volksblatt*, 15.11.1918.

kurzen Bericht kommentierte die Redaktion der *Tribüne* ebenfalls: »Der kleine Ort Gebesee hat durch seinen Anschluss an die Sache des Volkes gezeigt, dass auch die hiesige Bevölkerung entschlossen ist, die revolutionäre Bewegung mit allen Kräften zu unterstützen.«⁴⁰²

Am Ende der ersten Revolutionswoche ging die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten nun vor allen in den ländlichen Gebieten weiter.

In Ernstroda referierte der USPD-Landtagsabgeordnete Fritz Wiegleb aus Friedrichroda am 17. November 1918 in einer öffentlichen Versammlung über die politische Lage. Auch während dieser Kundgebung wurde ein ASR gebildet.⁴⁰³

Im zu diesem Zeitpunkt zu Reuß ä. L. gehörenden Fraureuth fand am gleichen Tag »eine imposante Versammlung« mit etwa 300 bis 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, in der ein Referent aus Greiz über die Bedeutung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sprach. Nachdem sich die Versammlung dem am 10. November in Gera beschlossenen Acht-Punkte-Programm angeschlossen hatte, wurde ein aus acht Arbeitern und drei Gutsbesitzern bestehender Arbeiter- und Bauernrat gewählt, der »nach Eingang von Verhaltensmaßregeln« seine Tätigkeit aufnehmen sollte.⁴⁰⁴

Am gleichen Tag wurde im Anschluss an eine gut besuchte Volksversammlung in Volkstedt ein aus vier Arbeitern und je einen Vertreter der Bürgerschaft und der Landwirtschaft bestehender »Volksrat« zu Kontrolle des Gemeinderats gebildet.⁴⁰⁵

Aus einem Tätigkeitsbericht des am 15. November gebildeten Salzunger ASR werden die Schwierigkeiten und Probleme kenntlich, die in den ländlichen Regionen bei der Bildung lokaler Räte mitunter auftraten. Zwar seien sie vielfach im Anschluss an die durchgeführten Volksversammlungen gebildet worden, doch habe es sich auch gezeigt, »dass gerade die arbeitende Bevölkerung noch nicht zu wissen scheint, was sie mit ihrer neuen Freiheit machen soll«. In Immelborn hätten es die Arbeiter nicht gewagt, in Anwesenheit des Fabrikleiters und des Lehrers Personen für den ASR vorzuschlagen.

⁴⁰² *Tribüne*, 14.11.1918.

⁴⁰³ *Gothaer Volksblatt*, 22.11.1918.

⁴⁰⁴ *Reußische Volkszeitung*, 13.11.1918.

⁴⁰⁵ *Saalfelder Volksblatt*, 20.11.1918.

Demgegenüber habe sich in Bad Liebenstein in der Volksversammlung großer Widerspruch gegen den bereits gebildeten Rat erhoben, der von den lokalen Fabrikbesitzern in einem kleinen Zirkel bestimmt worden sei. Deshalb wurde während der Versammlung ein neuer Rat gewählt. »Nach allem was wir auf dem Lande gesehen, heißt es für uns auf dem Posten zu sein.« Es gelte, »die schaffende Bevölkerung« aus dem alten Banne zu befreien und sie »für unsere Bewegung« zu gewinnen, »damit das Errungene uns auch erhalten bleibt«. ⁴⁰⁶

Ansätze des Aufbaus einer Räte-Organisation für die Übergangszeit

Im Augenblick der politischen Umwälzung in den Tagen nach dem 9. November 1918 waren tiefgreifende Eingriffe in die Verwaltung ausgeschlossen, weil von deren reibungslosem Funktionieren die Aufrechterhaltung aller zum Leben erforderlichen Maßnahmen abhing und »von den neuen Machthabern niemand auf diese Umwälzung vorbereitet war«. Deshalb forderten sowohl der Rat der Volksbeauftragten als auch die lokalen ASR die Beamten auf, ihre Tätigkeit fortzusetzen, und garantierten ihnen im Gegenzug ihre Rechte. Es gab auf Seiten der Rätebewegung zunächst auch keine Vorstellungen für eine umfassende Umgestaltung der Verwaltungsstrukturen oder die Etablierung eines Ersatzapparates. Andererseits war ein einfaches Weiterarbeiten der Bürokratie nach der Machtergreifung durch die ASR nicht mehr möglich, so dass sich zwangsläufig die Notwendigkeit der Einrichtung von Kontrollinstanzen der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden ergab. ⁴⁰⁷ Welchen Umfang die Kontrolle und eventuelle Eingriffe der ASR in die Verwaltung haben sollten, war am Beginn der Revolution jedoch völlig unklar. August Baudert forderte unmittelbar nach seiner Ernennung zum Staatskommissar der provisorischen republikanischen Regierung die ASR Sachsen-Weimar-Eisenachs auf, den Verwaltungsbetrieb nicht zu stören: »Die Arbeiter- und Soldatenräte in den Landorten (und) die sich noch bildenden Arbeiter- und Bauernräte haben die Pflicht die neu geschaffene Ordnung aufrecht zu erhalten und zu schützen, aber nicht durch Eingriffe störender Art Unordnung zu schaffen.« ⁴⁰⁸ Hierzu machte sich der Aufbau einer regionalen und überregionalen Räte-Orga-

⁴⁰⁶ *Saalfelder Volksblatt*, 06.12.1918.

⁴⁰⁷ Kolb: *Arbeiterräte*. S. 97 f.

⁴⁰⁸ *Volkszeitung*, 14.11.1918.

nisation erforderlich, obwohl sich die Thüringer ASR zunächst als provisorische Einrichtungen für eine Übergangszeit bis zur Wahl demokratisch legitimierter Vertretungskörperschaften verstanden.⁴⁰⁹ Insbesondere die Räte der kleinstaatlichen Landeshauptstädte waren bestrebt, »die vielgestaltigen Einzelformen der improvisierten Arbeiterräte zu vereinheitlichen und sie straffer unter einem übergeordneten Rat zusammenzufassen«. Die willkürliche Tätigkeit der Arbeiterräte sollte durch den Erlass von Richtlinien in feste Bahnen gelenkt und Kompetenzen sollten schärfer abgegrenzt werden.⁴¹⁰

Schon wenige Tage nach der Revolution unterstellte sich der ASR Meiningen sämtliche Räte des ehemaligen Herzogtums.⁴¹¹ Am 21. November traten 67 Delegierte »aus allen Ecken des Landes« zu einer Landesversammlung der Sächsisch-Meiningschen ASR zusammen, die zu Struktur und Aufgaben der Räte verbindliche Beschlüsse fassten. Meiningen wurde als Zentrale für den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat bestätigt.⁴¹² Mitte Dezember hatte der Meininger Arbeiterrat unter Vorsitz des späteren SPD-Landtagsabgeordneten Louis Rennert für die Sachgebiete Lebensmittel, Bekleidung und Preisprüfung, Arbeits- und Lohnfragen sowie Arbeitsvermittlung, Wohnungswesen und Rechtsfragen Kommissionen gebildet. Zugleich wurden auf Ebene der Landkreise Kreiskonferenzen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Saalfeld, Hildburghausen, und Meiningen durchgeführt.⁴¹³

Der ASR Altenburg hatte nach seiner Konstituierung umgehend Grundsätze für die Räteorganisation in Sachsen-Altenburg beschlossen. In allen Städten sollten Arbeiterräte, in den ländlichen Gemeinden Arbeiter- und Bauernräte gebildet werden. Soldatenräte durften sich nur dort konstituieren, wo Garnisonen bestanden. In die lokalen Arbeiterräte waren nach Möglichkeit Stadtverordnete bzw. Gemeindevertreter aufzunehmen. Alle in Sachsen-Altenburg gebildeten Arbeiterräte unterstanden dem ASR der Stadt Altenburg. Sie waren den kommunalen Behörden gegenüber Kontrollinstanz und durften jederzeit Auskunft über deren Tätigkeit verlangen. Mit Zustimmung des Vollzugausschusses des ASR Altenburg konnte das Kontrollrecht durch die ständige Anwesenheit eines Arbeiterratsmitgliedes wahrgenommen

⁴⁰⁹ In der Bekanntmachung des ASR Apolda hieß es: »Der Arbeiterrat besteht so lange, bis durch allgemeine Reichs- und Städtewahlen andere Organe eingesetzt sind.« *Volkszeitung*, 11.11.1918.

⁴¹⁰ Kolb: Arbeiterräte. S. 101.

⁴¹¹ *Saalfelder Volksblatt*, 16.11.1918.

⁴¹² *Saalfelder Volksblatt*, 24. und 26.11.1918.

⁴¹³ *Saalfelder Volksblatt*, 10., 11. und 14.12.1918.

werden. Darüber hinaus besaßen die Räte Einspruchsrecht hinsichtlich der ordnungsgemäßen Durchführung und zeitgemäßen Handhabung der Amtsgeschäfte durch die Behörden, wobei der Einspruch selbst durch den Altenburger ASR zu bestätigen war. Gegenüber den Beamten durfte es keine politische Gesinnungsprüfung geben. Wer von ihnen bereit war, sich der neuen Ordnung zur Verfügung zu stellen, übernahm alle Rechte und Pflichten eines öffentlichen Beamten unter der Kontrolle des ASR. Von jenen Staatsdienern, die ihre politische Überzeugung nicht mit der Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Übereinstimmung bringen konnten, wurde erwartet, dass sie aus ihrem Amt ausschieden. Die Arbeiterräte waren berechtigt, gegen Beamte vorzugehen, die sich der Neuordnung nicht fügten. Für den Fall, dass sich die Behörden weigerten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, sollte der Vollzugsausschuss des ASR Altenburg berechtigt sein, »nach Prüfung des Antrags die Amtsenthebung zu verfügen«. ⁴¹⁴

Der ASR Altenburg wurde zudem auf eine breitere Grundlage gestellt. Ihm gehörten die Mitglieder der Arbeiterausschüsse und die Vertrauensleute der Betriebe, sämtliche Vertreter der Berufs- und Angestelltengruppen, der sozialdemokratische Vereinsvorstand, die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände, des Gewerkschaftskartells, des Vollzugsausschusses sowie alle Soldatenräte an. Zum engeren ASR zählten die Vertreter der Betriebe, der Berufs- und Angestelltengruppen, die Vertreter des Soldatenrates und des Vollzugsausschusses. Die Vertretung der Betriebe war durch einen Delegierten-schlüssel festgelegt. Betriebe mit 50 bis 200 Angehörigen sollten je einen und für weitere jeweils 100 Beschäftigte einen zusätzlichen Delegierten wählen können. Für die kleineren Betriebe waren die zuständigen Gewerkschaftsorganisationen mit der Delegierung von Vertretern entsprechend der Beschäftigtenzahl beauftragt. Der Vollzugsausschuss bestand aus dem sozialdemokratischen Landesvorstand, der Zentrale der Gewerkschaftskartelle des Landes und vier Vertretern des Soldatenrates. Er war unter Hinzuziehung der Obmänner der lokalen ASR »zugleich Zentralinstanz für das Land Sachsen-Altenburg«. ⁴¹⁵

Der Rudolstädter ASR rief am 26. November zur Bildung von Ortsräten in Schwarzburg-Rudolstadt auf, nachdem in den größeren Städten bereits entsprechende Räte im Ergebnis großer Volksversammlungen gewählt

⁴¹⁴ Müller: Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. S. 117.

⁴¹⁵ Ebenda, S. 118.

worden waren. In den kleinen Orten sollten drei bis fünf, in den größeren fünf bis neun und in Städten entsprechend mehr Personen in die Ortsräte im Rahmen öffentlicher Versammlung gewählt werden.⁴¹⁶ Bis Anfang Dezember waren in nahezu allen Orten entsprechende Räte gebildet worden, denen Arbeiter und Bauern, mitunter auch Bürgerliche, häufig jedoch sozialdemokratische Funktionäre angehörten.⁴¹⁷ Am 12. Dezember fand eine Landeskonzferenz der Ortsräte Schwarzburg-Rudolstadt in Bad Blankenburg statt. Auf ihr vertraten 119 Delegierte 71 Orte. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Tätigkeit der ASR sowie der Ortsräte. In seinem Bericht bilanzierte der Vorsitzende des Rudolstädter Rats Ernst Otto hauptsächlich dessen bisherige Tätigkeit und besprach verschiedene Probleme in den Ortsräten. »Einige Missverständnisse bei der Wahl der Ortsausschüsse hätten sich nachträglich aufgeklärt. Wo die Arbeiter benachteiligt worden wären, müssten Neu- oder Ersatzwahlen stattfinden.« Auf keinem Fall werde geduldet, »dass in einem Ortsrat der Ortsschulze Vorsitzender ist«. Für die Bereiche der Landratsämter Rudolstadt und Königssee wählte die Konferenz Bezirksräte.⁴¹⁸

In Arnstadt fand am 8. Dezember eine »Zentraltagung der Arbeiter- und Soldatenräte der Oberherrschaft Schwarzburg-Sondershausen« statt, an der 85 Delegierte aus 25 Orten teilnahmen. Aus der Berichterstattung der lokalen Räte wurde deutlich, dass die Gemeindebehörden bis auf wenige, jedoch schnell beseitigte Ausnahmen bei der Zusammenarbeit mit den Räten keine Schwierigkeiten machten. In der Diskussion teilte der Vorsitzende die Richtlinien für die Arbeit der Räte mit.⁴¹⁹

Am 17. November 1918 beauftragte die in Weimar tagende MSPD-Landeskonferenz August Baudert mit der Herausgabe von Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiterräte, die zwei Tage später bekannt gegeben wurden. Sie fassten den bis zu diesem Zeitpunkt herausgebildeten Zustand zusammen und erklärten die ASR zu Kontrollorganen aller Behörden. Falls vor Ort keine Soldatenräte existierten, sollten die Arbeiterräte auch die Verantwortung für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit übernehmen. Die örtlichen Arbeiterräte hatten in »ständiger Fühlung« mit dem Weimarer Arbeiterrat

⁴¹⁶ *Saalfelder Volksblatt*, 28.11.1918.

⁴¹⁷ Kaffenberger, Hermann: *Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise in Rudolstadt*, in *Rudolstädter Heimathefte* 4. Jg. (1958), S. 270f.

⁴¹⁸ *Saalfelder Volksblatt*, 15.12.1918.

⁴¹⁹ *Tribüne*, 29.10.1918.

zu agieren.⁴²⁰ Diese »Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiterräte in Sachsen-Weimar« wurden vom Vorsitzenden des Jenaer Soldatenrates, dem Mehrheitssozialdemokraten Heinrich Sell, als Eingriff in die Machtbefugnisse der lokalen Räte verstanden und dementsprechend kritisiert. Es sei durchaus widersprüchlich, wenn den Arbeiterräten einerseits zur Pflicht gemacht werde, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, sie sich aber andererseits jeglicher Eingriffe in die Verwaltungstätigkeit der weiterarbeitenden Behörden zu enthalten hätten. Die lokalen Räte müssten sich die Selbstständigkeit ihres Handelns bewahren, selbst auf die Gefahr hin mit den Herrschaften in Weimar in Kollision zu geraten.⁴²¹ Der ASR in Eisenach beanspruchte indes die volle Exekutivgewalt über den Bezirk Dermbach. Zudem wollte er den Eisenacher Regierungsbezirk aus dem Verband Sachsen-Weimar-Eisenach herauslösen und sich einem anderen politischen Gebiet anschließen.⁴²²

Den Ursachen der Differenzen innerhalb der Rätebewegung Sachsen-Weimars kann hier nicht tiefgründig nachgegangen werden. Die zunehmenden parteipolitischen Auseinandersetzungen in den lokalen ASR bezüglich der Nationalversammlung (auf die noch einzugehen sein wird)⁴²³ waren jedenfalls nicht der alleinige Grund. Heinrich Sell war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der MSPD und seiner Partei gegenüber äußerst loyal. Sehr wahrscheinlich nahmen die Konflikte auch infolge einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Amtsführung Bauderts zu. Ihre Berechtigung muss hier ebenfalls offen bleiben.

Um die in verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht nur mit dem Jenaer ASR entstandenen Differenzen auszuräumen, rief der Weimarer ASR eine Konferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Sachsen-Weimars für den 30. November 1918 in die Landeshauptstadt ein.⁴²⁴ Am Beginn seines Rechenschaftsberichts über die Tätigkeit der provisorischen Regierung und des Weimarer ASR erklärte Baudert, Zweck der Konferenz sei es, die Wünsche der örtlichen Räte entgegenzunehmen. »Beschlüsse bindender Art sollten nicht gefasst werden.«⁴²⁵ Während der Diskussion

⁴²⁰ *Volkszeitung*, 19.11.1918.

⁴²¹ Schulz: *Der Weg in die Revolutionstage*. S.151f.

⁴²² Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S.102.

⁴²³ Exemplarisch für Jena: Schulz, Eberhart: *Die Auseinandersetzungen im Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat*, in: Weißbecker, Manfred: *November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen*. Jena 2009.

⁴²⁴ Baudert: *Sachsen-Weimars Ende*. S.38.

⁴²⁵ *Volkszeitung*, 03.12.1918.

wurde von einigen Delegierten gefordert, dass die Regierung des Landes nicht allein durch Staatskommissar Baudert geführt werden sollte, sondern »auf breitere Grundlage gestellt werden müsse«. Aus dem Tagungsbericht lässt sich allerdings nicht entnehmen, ob die Bestimmung von Josef Klose aus Jena, Louis Hill aus Eisenach und Ali Oswald aus Ilmenau als Beigeordnete Bauderts als unmittelbares Ergebnis der Konferenz zu betrachten sind.⁴²⁶ Möglich ist auch, dass die Delegierung der drei Genannten später erfolgte.⁴²⁷ Ab dem 9. Januar 1919 hatte der nun als Landes-ASR agierende erweiterte Weimarer ASR »gemäß der von den Arbeiter- und Soldatenräten von Sachsen-Weimar-Eisenach übertragenen Befugnisse die Kontrolle über die provisorische Regierung« auszuüben, »über wichtige Staatsangelegenheiten sowie über die von der provisorischen Regierung ausgearbeiteten Gesetze und Verordnungen« zu beschließen und die Umsetzung seiner Anordnungen und Beschlüsse durch die Staats- und Gemeindebehörden zu kontrollieren.⁴²⁸ Baudert war in seinem Schlusswort am 30. November 1918 auf die Forderung nach einer personellen Verbreiterung der Regierung nicht eingegangen, sondern hatte lediglich erklärt, »wenn viele der Anwesenden mit dem Ergebnis der Versammlung nicht zufrieden seien, so müsse doch festgestellt werden, dass sie recht wertvolle Hinweise gegeben habe«.⁴²⁹

Am 15. November 1918 rief der Gothaer ASR zur Wahl lokaler Arbeiter- bzw. Arbeiter- und Bauernräte auf. Das geschah in der Erwartung, dass sich auch die Arbeiter und Bauern der ländlichen Gebiete der großen Bedeutung des Erfolgs der deutschen Revolution bewusst und gewillt seien, an der Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Republik mitzuarbeiten. In Orten mit bis zu 600 Einwohnern sollten sechs Mitglieder, in denen zwischen 600 bis 1.500 Einwohner zehn Mitglieder und in den größeren über 1.500 bis zu 20 Mitglieder in die lokalen Räte gewählt werden.⁴³⁰ Drei Tage danach beschloss der Vollzugsausschuss des ASR Gotha, dass ab dem 23. November 1918 die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeausschüsse aufgelöst seien. Bis zu ihrer nach einer demokratischen Wahlordnung erfolgen Neuwahl sollten die lokalen ASR bzw. die neu zu wählenden Arbeiter- und Bauernräte an ihre Stelle treten.⁴³¹ Gegenüber dem »Rat der Volksbeauftragten« in Berlin erklärte der ASR Gotha am 3. Dezember, nachdem »die politische

⁴²⁶ So die Darstellung Bauderts. Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 38.

⁴²⁷ Klose wurde am 9. Dezember vom Jenaer Arbeiter und Soldatenrat als Regierungsmitglied nach Weimar delegiert. Pöhlend: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 136f.

⁴²⁸ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 102.

⁴²⁹ Volkszeitung, 03.12.1918.

⁴³⁰ Gothaer Volksblatt, 16.11.1918.

⁴³¹ Gothaer Volksblatt, 25.11.1918.

Macht durch die Revolution in die Hände der Arbeiterklasse« gelangt sei, wäre es widersinnig, die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeausschüsse in ihren Funktionen zu belassen »und ihnen Gelegenheit zu geben, Beschlüsse zu fassen, die das Gegenteil von dem darstellen könnten, was heute die Arbeiterschaft verlangt«. ⁴³² Obwohl Gothas Oberbürgermeister Otto Liebetrau bis zur Neuwahl der Stadtverordneten am 19. März 1919 Widerstand gegen die Versuche des Arbeiterrats zur direkten Beeinflussung der Stadtverwaltung leistete und die »unpolitische Stadtverwaltung« im Amt blieb, trat die aufgelöste Stadtverordnetenversammlung nicht mehr zusammen. ⁴³³

Die Richtlinien der Volksbeauftragten des Staates Gotha vom 30. November 1918 erklärten die Arbeiter- und Bauernräte zu »örtlichen vorgesetzten Behörden des gesamten Verwaltungsapparats«, deren Aufgabe auch in der schärfsten Kontrolle der Beamten, die sich der Regierung unterstellt hatten, bestand. Im Ergebnis einer Konferenz der Arbeiter- und Bauernräte des Landes Gotha Ende November 1918 wurde ein Landes-Arbeiter- und Bauernrat als oberstes gesetzgebendes Organ gebildet. ⁴³⁴ Obwohl Geithner als dessen Vorsitzender den ASR als eine Regierung mit Gesetzgebungsvollmacht betrachtete, die nicht abtreten dürfe, bis sie die entsprechenden gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne des werktätigen Volkes herbeigeführt habe, ⁴³⁵ setzte der Gothaer Rat schon am 30. Dezember 1918 eine Kommission zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl einer Landesversammlung ein. ⁴³⁶ Auch wenn dies von verschiedener Seite oft unterstellt wurde: Die Gothaer USPD hatte nicht die Absicht, ein »reines Räte-system« in Sachsen-Gotha einzuführen, wie der am 24. April 1919 veröffentlichte Verfassungsentwurf des Arbeiterrates zeigt. ⁴³⁷

Während die Organisation der ASR der thüringischen Kleinstaaten bei allen Unterschieden gewissermaßen von oben, von den Landeshauptstädten, ausging, erfolgte der Aufbau der Räteorganisation im preußischen Regierungsbezirk Erfurt von unten. Die Ursache hierfür war die nur lose Verbindung des Berliner Vollzugsrats »zu den ihm formal unterstellten Orts-

⁴³² Zitiert nach Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 94f.

⁴³³ Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha*. S. 50.

⁴³⁴ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 119f.

⁴³⁵ Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 115.

⁴³⁶ *Gothaer Volksblatt*, 30.12.1918.

⁴³⁷ Er stellte eine Kombination aus parlamentarischer, Räte- und plebiszitärer Demokratie dar. Hesselbarth, Mario: *Zur Novemberrevolution 1918/19 in Thüringen*, in: *Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919*. S. 160f. (S. 147–162).

Kreis- und Bezirksarbeiterräten in Preußen, aus deren Mitte er zwar nicht gewählt wurde, denen er aber durch die Berliner Arbeiter- und Soldatenversammlung am 10. November vorgeschlagen worden war.⁴³⁸ Am 24. November hielten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte des Kreises Ziegenrück eine Konferenz ab, auf der 29 Orte durch 70 Personen vertreten waren. Ein Mitglied des Erfurter ASR referierte einleitend über die Aufgaben und Tätigkeit der Räte. Dabei kritisierte er die personelle Zusammensetzung verschiedener Arbeiter- und Bauernräte, in die auch Gemeindevorstände und Gemeindevertreter gewählt worden waren. Die bisherigen Stadt- und Gemeindeorgane sollten ihre Tätigkeit unter Kontrolle und Mitarbeit der aus der übrigen Bevölkerung in freien, öffentlichen und für jedermann zugänglichen Versammlungen gewählten Arbeiter- und Bauernräte weiter ausüben. Deshalb müssten dort, wo die Zusammensetzung der Räte den Forderungen der Arbeiterschaft nicht entspricht, Neuwahlen vorgenommen werden. Während der anwesende Landrat des Kreises seine Mitarbeit bereitwillig zusagte und um »eifrigste Unterstützung« durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte ersuchte, wählte die Konferenz einen Kreis-Arbeiter- Soldaten- und Bauernrat. Er sollte „die Verbindung mit dem Landrat herstellen und seine Tätigkeit befruchtend über den gesamte Kreis unter Kontrolle des Arbeiter- Soldatenrates Erfurt herstellen«.⁴³⁹

Eine Konferenz des ASR des Regierungsbezirks tagte am 4. Dezember 1918 in Erfurt. 49 Orte waren durch 54 Delegierte vertreten. Paul Reißhaus erklärte in seinem kurzen Bericht, es komme nun darauf an, die ersten Erfolge der Revolution gegen konterrevolutionäre Anschläge zu sichern und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die ASR seien sich dieser Aufgabe bewusst, doch müssten auch bestimmte Mängel im »Arbeitsplan der Räte« überwunden werden. Notwendig sei, »dass die Räte der Durchführung der Gesetze und Verfügungen ihre volle Aufmerksamkeit widmeten. Übergriffe müssten vermieden werden. Doch dürften wir auch keine von den Behörden dulden. Diese seien der Kontrolle zu unterstellen. Wachsamkeit ist jetzt vornehmste Pflicht, denn es könne nicht erwartet werden, dass sich die Organe des alten Systems über Nacht zu demokratischen Tribünen entwickeln«. Auch hier beschloss die Konferenz die Bildung von Kreisräten und eines Bezirksrates. »Die Organisierung und der Arbeitsplan dieser Räte soll bald festgelegt und den Orten zugesandt werden. Es bleibt den örtlichen Räten überlassen, rasch schriftliche Vorschläge

⁴³⁸ Kolb: Arbeiterräte. S. 107f.

⁴³⁹ *Tribüne*, 27.11.1918.

zur Aufstellung des Arbeitsplanes zu machen.« Erfurt wurde zum Sitz des Bezirksrates und Paul Reißhaus zu dessen Vorsitzendem bestimmt.⁴⁴⁰

Zur Frage der Mitarbeit des Bürgertums in den Arbeiter- und Soldatenräten

Unter der Überschrift »Die deutsche Revolution« berichtete die Jenaische Zeitung am 12. November 1918 knapp über die innenpolitischen Ereignisse des vorangegangenen Wochenendes. In »zahlreichen großen, mittleren und kleinen Städten« seien ASR errichtet worden, der Kaiser musste abdanken und der Kronprinz auf die Thronfolge verzichten, in Bayern war die Republik ausgerufen worden und auch in Sachsen-Weimar hatte der Großherzog dem Thron entsagt. »Vor dem Urteil späterer Geschlechter wird die hiermit abgeschlossene Periode deutscher Geschichte in Ehren bestehen. Im Augenblick fehlt jede Muße und Stimmung, um Vergangenen nachzuhängen. Jede Stunde zeitigt ein anderes Bild der Lage und wir müssen uns darauf beschränken, die Meldungen über die tatsächlichen Vorkommnisse wiederzugeben.«⁴⁴¹ Wenngleich dieser Kommentar das Bild eines angesichts der Revolution verzweifelten, mutlosen und in Gleichgültigkeit verfallenden Bürgertums zu bestätigen scheint, hat die genauere Untersuchung des bürgerlichen Agierens nach dem 9. November 1918 diese Sichtweise weitgehend korrigiert.⁴⁴² Nicht nur die führenden Vertreter in Staat und Wirtschaft, sondern auch Teile der bürgerlichen Klasse vor Ort begannen schon wenige Tage nach dem Umsturz, mitunter (wie in Gera) zeitgleich mit ihm, ihre Interessen gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft zu artikulieren. Zwar – so argumentierten sie – müsse aus bürgerlicher Sicht zunächst die Tatsache akzeptiert werden, dass die politische und militärische Gewalt in den Händen der ASR liege. An »dem nun erforderlichen staatlichen Neuaufbau« müssten jedoch alle gesellschaftlichen Schichten mitwirken können, weil nur so garantiert würde, »dass in der neuen Staatsform die Rechte aller Bevölkerungskreise gewahrt bleiben«. ⁴⁴³

In Jena wurde der Vorstand des Fortschrittlichen Volksvereins am 11. November von einer großen bürgerlichen Versammlung beauftragt, mit dem ASR

⁴⁴⁰ *Tribüne*, 05.12.1918.

⁴⁴¹ *Jenaische Zeitung*, 12.11.1918.

⁴⁴² Bieber, Hans-Joachim: *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920*. Hamburg 1992. S. 52.

⁴⁴³ *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

über einen Eintritt von Vertretern der fortschrittlichen Bürgerschaft zu verhandeln. Die Versammelten waren der Auffassung, dass sie bei der Neuordnung der Verhältnisse nicht unbeteiligt beiseite stehen sollten. Die ruhige Überleitung in den neuen Volksstaat wäre umso gesicherter, je breiter die daran beteiligten Volksschichten seien.⁴⁴⁴ Zwei Tage später erschienen in Greiz mehrere Vertreter des Bürgertums beim ASR, um ihre Mitarbeit in den noch zu bildenden Unterausschüssen des Rats anzubieten.⁴⁴⁵ Am 25. November trat ein demokratischer Bürgerausschuss⁴⁴⁶ mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem er den Anspruch der von ihm repräsentierten Bevölkerungskreise unterstrich. »Auch das deutsche Bürgertum will mit allen Kräften an der Schaffung neuer dauerhafter Grundlagen eines wirklich demokratischen Staates mitarbeiten.« Bis zur Wahl einer Nationalversammlung wollte das Greizer Bürgertum unter Anerkennung der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen gleichberechtigt an der Regelung aller öffentlichen Angelegenheiten mitarbeiten und die neue Volksregierung unterstützen.⁴⁴⁷

Die ASR reagierten unterschiedlich auf das Ansinnen des Bürgertums. Der Jenaer Rat lehnte den Antrag auf Aufnahme in seine Reihen mit der Begründung ab, dass die Revolution von der Arbeiterschaft gemeinsam mit den Soldaten aus eigener Kraft durchgeführt worden sei. Deshalb müsse er es ablehnen, »dass die Kreise, die dieser gewaltigen geschichtlichen Tat gleichgültig, zum Teil ablehnend gegenüberstanden, mindestens zur Erringung des jetzigen Zustandes nichts beigetragen haben, nunmehr in die neu gebildete Volksregierung eintreten«. Die sozialdemokratische Reichsregierung habe angekündigt, dass »in absehbarer Zeit die Wahlen zur Nationalversammlung und anderen Vertretungskörperschaften stattfinden«, die es allen Schichten des Volkes ermöglichen werden, »sich eine Vertretung in derselben zu sichern. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Jena als Provisorium in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen bleiben«. ⁴⁴⁸ Der Greizer ASR erklärte, dass er als »Träger der Revolution und der politischen Gewalt diese in den Händen behalten müsse«. Zudem stellte Paul Kiß heraus, dass das Bürgertum in der Greizer Regierung, dem Ernährungsausschuss und auf der kommunalen Ebene

⁴⁴⁴ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 148f.

⁴⁴⁵ Kiß: Revolution in Greiz. S. 33f.

⁴⁴⁶ Soweit die Forschung für Thüringen überblickt wird, sind die Bürgerausschüsse oder auch Bürgerräte in der gesamten Region noch nicht systematisch untersucht worden.

⁴⁴⁷ *ReuBische Volkszeitung*, 26.11.1918.

⁴⁴⁸ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 149.

in den weiterarbeitenden Stadt- und Gemeindevertretungen vertreten sei. Seine vollständige Ausschließung bei der Regelung aller öffentlichen Fragen läge nicht in der Absicht des ASR.⁴⁴⁹

Demgegenüber beschloss die Landesversammlung der Sächsisch-Meiningerischen ASR mit 45 gegen 32 Stimmen, dass Bürgerliche in die Arbeiterräte aufgenommen werden könnten, aber jeder Versuch, die Republik zu bekämpfen unterdrückt würde.⁴⁵⁰ Auch auf der MSPD-Landeskonferenz Sachsen-Weimar war am 17. November die Frage der Mitarbeit des Bürgertums in den Arbeiterräten Gegenstand der Beratungen. August Baudert sprach sich für eine Aufnahme in einem Verhältnis von 21 Stimmen für die Arbeiter zu sechs Stimmen für die Bürgerlichen aus. Unterstützt wurde er dabei von Paul Leutert, während Albert Rudolph der Entscheidung des Jenaer ASR folgend eine Aufnahme von Bürgerlichen ablehnte. Karl Perner, Vorsitzender des Weimarer Soldatenrates, wies das Ansinnen Bauderts ebenfalls ab. Er erklärte, »die Soldaten und Arbeiter haben bei der Revolution ihre Haut zu Markte getragen, da wollen sie auch allein für die Übergangszeit die Arbeit machen und die Verantwortung tragen.«⁴⁵¹ Obwohl die Landeskonferenz Bauderts Vorschlag schließlich annahm, wurde die Mitarbeit von Bürgerlichen von den ASR Sachsen-Weimars abgelehnt.⁴⁵² »Die Revolution kann nur durchgeführt werden von den Revolutionären«, die pflichtvergesen handeln würden, »wenn sie die Macht, die sie sich durch den Aufstand des Volkers errungen haben, aus den Händen winden ließen, bevor die Revolution gegen alle Angriffe gesichert ist.«⁴⁵³ Diese in der fortgesetzten Auseinandersetzung mit dem Jenaer Bürgertum⁴⁵⁴ getroffene Feststellung in einem Kommentar der *Volkszeitung* hatte zugleich den auch von der Jenaer MSPD abgelehnten Vorschlag⁴⁵⁵ Bauderts verteidigt, Bürgerliche in begrenzter Anzahl in den Arbeiterrat aufzunehmen.

Demgegenüber scheiterte der Erfurter ASR mit seinem Angebot an den Bürgerrat, ihm drei Sitze im Arbeiterrat zur Verfügung zu stellen. Dessen Mitglieder wiesen den Vorschlag zurück und forderten eine wesentlich umfassendere Beteiligung des Bürgertums.⁴⁵⁶

⁴⁴⁹ *Reußische Volkszeitung*, 28.11.1918.

⁴⁵⁰ *Saalfelder Volksblatt*, 26.11.1918.

⁴⁵¹ *Volkszeitung*, 19.11.1918.

⁴⁵² Pöhland: *Arbeiterbewegung in Ostthüringen*. S.178.

⁴⁵³ *Volkszeitung*, 21.11.1918.

⁴⁵⁴ Schulz: *Der Weg in die Revolutionstage*. S.150.

⁴⁵⁵ *Volkszeitung*, 30.11.1918.

⁴⁵⁶ Raßloff: *Das Erfurter Bürgertum*. S.166.

DAS WIRKEN DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE IN THÜRINGEN

Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit

»Nicht um Unordnung zu stiften, Leben und Gesundheit der Einwohnerschaft, Privatgut und anderes zu gefährden, ist die Übernahme der Gewalt erfolgt. Unser Ziel ist nicht Zerstörung sondern Aufbau und Zusammenhalt dessen, was den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung dient. An die gesamte Einwohnerschaft geht deshalb unser Ruf: Haltet Ordnung, Ruhe und zeigt Besonnenheit.« Mit diesem Aufruf wandte sich der Eisenaicher ASR am 12. November 1918 noch einmal an die Einwohnerinnen und Einwohner der Wartburgstadt. Er stellte klar, dass die organisierten revolutionären Soldaten und Arbeiter »keine Spitzbuben und Räuber, sondern ehrliche und pflichtbewusste Menschen« seien, die niemanden in seinen privaten und/oder geschäftlichen Belangen einschränken werden. Fürchten müssten sich aber die, »die etwa glauben, dass jetzt die Stunde gekommen ist, in der alles zerfällt, was bisher im Privatleben Gesetz war«. Diebstahl und Plünderungen würden ebenso mit äußerster Strenge bestraft wie gewaltvoller Widerstand gegen den ASR. Dessen Blick richtete sich besonders auf jene, »die während der Kriegsjahre alles getan haben, um auf Kosten der Allgemeinheit sich ihren volkswirtschaftlichen Pflichten zu entziehen«. ⁴⁵⁷

Ähnliche Klarstellungen waren in allen bekannten Aufrufen der ASR in Thüringen am Beginn der Revolution enthalten. In ihnen kam ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein zum Ausdruck. »Ruhe und Ordnung« bildeten im Verständnis der revolutionären Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeiter die Voraussetzung für eine erfolgreiche Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, zumal in einer von Mangel an allen lebensnotwendigen Gütern gekennzeichneten Gesellschaft. »Das allernotwendigste aber ist Ruhe und Ordnung. Wer da glaubt, Krach machen zu können, irrt sich gewaltig. Die bestehenden Gesetze gelten, bis andere an ihre Stelle treten. Wir brauchen Ordnung, aber keine Anarchie [...] Es braucht nur irgendwo ein Schuß zu knallen und schon wäre der Aufruhr da, wir würden dann dafür die Verantwortung zu tragen haben [...]«, erklärte

⁴⁵⁷ *Volkszeitung*, 12.11.1918.

Ernst Otto, der Vorsitzende des ASR Rudolstadt unmittelbar nach dessen Konstituierung.⁴⁵⁸

Dementsprechend hatte der Weimarer Soldatenrat noch in der Nacht vom 8. zum 9. November 1918 in seinem ersten Aufruf an die Bevölkerung der Landeshauptstadt sowie der umliegenden Orten erklärt: »Die militärische Macht ist in unseren Händen [...] Folgt unseren Anordnungen. Die größte Ruhe und Entschlossenheit ist nötig. Plünderungen und Rohheiten sind Eurer unwürdig. Plünderungen und andere Verstöße werden schwer bestraft, vor der Todesstrafe wird nicht zurückgeschreckt!«⁴⁵⁹ Am 12. November unterstrichen August Baudert und Karl Perner in ihrem Aufruf an die Bevölkerung. Ausschreitungen, auch gegen Privateigentum, würden rücksichtslos bestraft werden.⁴⁶⁰

In Gera hatte die USPD-Leitung bereits am 8. November »dankenswerte Vorkehrungen [...] zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze des Eigentums« getroffen.⁴⁶¹ In seinem Aufruf an die Bevölkerung versprach der Erfurter ASR am 9. November, für strengste Ordnung zu sorgen und die Sicherheit jeder Person und des Eigentums zu garantieren. Ausschreitungen, Gewalttätigkeiten und Plünderungen würden rücksichtslos unterdrückt.⁴⁶² Ebenso rief der Altenburger ASR zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf. Plünderungen und Gewalt gegen jede Personen oder das Eigentum würden streng bestraft werden. Auch der Herzog wurde ausdrücklich unter den Schutz des ASR gestellt.⁴⁶³

Zur Sicherung der Kundgebung am 9. November 1918 auf dem Gothaer Hauptmarkt hatte der ASR umfassende Schutzmaßnahmen ergriffen und öffentlichkeitswirksam demonstriert.⁴⁶⁴ Sie sollten auch zeigen, dass angesichts des Zusammenbruchs der alten Staatsorgane kein Machtvakuum entstanden war. Bei der Bevölkerung sei nach der Revolution vielfach der Gedanke verbreitet gewesen, dass »die alten Organe des Staates nichts mehr zu sagen hätten«, erinnerte sich rückblickend der leitende Gothaer

⁴⁵⁸ Zitiert nach Pöhlend: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 170.

⁴⁵⁹ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 55f.

⁴⁶⁰ *Volkszeitung*, 14.11.1918.

⁴⁶¹ *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

⁴⁶² Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 209f. Anlage IV.

⁴⁶³ »Unsinnige Gerüchte laufen in der Stadt umher. Demgegenüber ist zu erklären, dass unter dem Schutz des Arbeiter- und Soldatenrates jede Person steht. Das bezieht sich auch auf den Herzog und seine Familie.« Müller: Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. S. 114f.

⁴⁶⁴ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

Polizeibeamte Gisohn. Um dem entgegenzuwirken, hätten »die militärischen Sicherheitsgruppen [des ASR; M. H.] den Polizeibeamten der Stadt und den Landjägern auf den Dörfern außerordentliche Dienste« geleistet.⁴⁶⁵ Während der Massenkundgebung am Morgen des 9. Novembers in Erfurt hielten sich die Behörden vollständig zurück und »überließen dem Arbeiter- und Soldatenrat die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, der dieser Aufgabe in musterhafter Weise nachkam«.⁴⁶⁶ In seinem Aufruf an die Bevölkerung erklärte der Jenaer ASR, die Sicherheit jeder Person und des Eigentums zu garantieren. Ausschreitungen jeglicher Art würden rücksichtslos unterdrückt. Das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal arbeite in seinem Auftrag und unter seiner Kontrolle weiter. Den Anordnungen dieser Organe sei unbedingt Folge zu leisten.⁴⁶⁷ Der Arnstädter Soldatenrat verbürgte sich sofort nach seiner Bildung am Abend des 9. November für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. »Ausschreitungen und Plünderungen von Zivil und Militär« werde er verhindern.⁴⁶⁸ In Gera leitete der ASR noch am Abend des 9. November Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Gebäude ein.⁴⁶⁹ Auch in Mühlhausen wurden diese von Soldaten besetzt. Patrouillen zogen durch die Stadt, um notfalls für Ruhe und Ordnung zu sorgen.⁴⁷⁰ In Suhl erklärte einen Tag später der soeben konstituierte ASR, die Polizei müsse bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes unterstützt werden.⁴⁷¹

Der Vorsitzende des ASR Gotha Otto Geithner erläuterte leitenden Polizeibeamten am 10. November, dass von ihnen kein weltanschaulicher Gesinnungswandel, wohl aber die Fortsetzung ihres Dienstes erwartet werde. Diese Aussage erleichterte Gisohn die polizeiliche Dienstausbübung wesentlich.⁴⁷² Einen Tag später gab Geithner bekannt, dass die bisherigen Polizeiorgane, unter der Kontrolle des ASR stehend, wie bisher alle sicherheitspolizeilichen Maßnahmen ausüben werden.⁴⁷³ Nachdem der ASR Nordhausens die Verantwortung für den Sicherheitsdienst der Stadt übernommen hatte, erklärte er, dass die Polizei ihre Ordnungsfunktion weiterhin ausübe. Dem Polizeichef wurde ein Mitglied des Soldatenrates beigeordnet.⁴⁷⁴

⁴⁶⁵ Buchsbaum: Gothaer Arbeiterbewegung. S. 104.

⁴⁶⁶ *Tribüne*, 09.11.1918.

⁴⁶⁷ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 142/143.

⁴⁶⁸ *Tribüne*, 11.11.1918.

⁴⁶⁹ *Geraisches Tageblatt*, 12.11.1918.

⁴⁷⁰ Lösche: Novemberrevolution 1918 in Mühlhausen. S. 13. Dok. 9.

⁴⁷¹ *Tribüne*, 11.11.1918.

⁴⁷² Buchsbaum: Gothaer Arbeiterbewegung. S. 105.

⁴⁷³ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

⁴⁷⁴ Bensing: Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19. S. 77. Dok. 6.

Am 15. November 1918 gab der Vollzugsausschuss des ASR Reuß j. L. bekannt, »die Organe der Schutzmannschaft« hätten uniformiert und bewaffnet ihren Dienst wieder aufgenommen. »Dies war nötig, um die Sicherheit und den persönlichen Schutz der Einwohnerschaft zu gewährleisten.« Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Sicherheitsbeamten bei der Ausübung ihres Dienstes nicht zu behindern. Die Polizei sei befugt, gegen jede von wem auch immer begangene strafbare Handlung vorzugehen und »Festnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen vorzunehmen«. Dies betreffe auch Militärpersonen. Die Polizei und der Sicherheitsdienst waren zudem befugt, gegen jene vorzugehen, die unter Missbrauch von Ausweisen des ASR strafbare Handlungen begingen. Niemand habe das Recht oder sei ermächtigt, der Polizei oder dem Sicherheitsdienst Anweisungen über die Ausübung ihres Dienstes zu erteilen. »Die Polizeiorgane sind in unserem Auftrag und mit unserem Einverständnis tätig. Die bestehenden Gesetze und Verordnungen werden bis auf weiteres aufrecht erhalten und sind auch weiterhin zu beachten. Zuwiderhandlungen, insbesondere Verbrechen und Vergehen werden auf das schärfste bestraft.«⁴⁷⁵

Diese Beispiele zeigen, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und öffentlicher Ordnung sowie die Abwehr krimineller und gegenrevolutionärer Aktivitäten auch in Thüringen zunächst die wichtigsten Anliegen der ASR unmittelbar nach dem Staatsumsturz waren.⁴⁷⁶ Hierzu gehörte als eine der ersten Maßnahmen eine allgemeine Entwaffnung. Auf dem Militärflugplatz Leina mussten die Offiziere bereits am Morgen des 8. November ihre Waffen abgeben, einen Tag später die in der Altenburger Garnison.⁴⁷⁷ Noch in der Nacht vom 8. zum 9. November hatte der Gothaer ASR die in den Kasernen lagernden Waffen- und Munitionsbestände gesichert.⁴⁷⁸ Nach der Besetzung der Erfurter Kommandantur auf dem Anger durch revolutionäre Soldaten mussten der Garnisonälteste und alle anwesenden Offiziere wie zuvor bereits ihre Standesgenossen in den Kasernen sofort ihre Waffen abgeben.⁴⁷⁹ Ebenso erging es den Offizieren in der Meininger Garnison.⁴⁸⁰ Einen Tag später entwaffnete der Erfurter Soldatenrat einen ganzen Militärtransport, nachdem Gerüchte aufgekomen waren, die durchfahrende Einheit verfolge gegenrevolutionäre Absichten.⁴⁸¹

⁴⁷⁵ *Geraisches Tageblatt*, 15.11.1918.

⁴⁷⁶ Kolb: *Arbeiterräte*. S. 97.

⁴⁷⁷ Neunübel, Hauthal: *Die Novemberrevolution in unserer Heimat*. S. 242f.

⁴⁷⁸ *Gothaer Volksblatt*, 09.11.1918.

⁴⁷⁹ Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt*. S. 133.

⁴⁸⁰ *Saalfelder Volksblatt*, 13.11.1918.

⁴⁸¹ *Tribüne*, 29.10.1918.

Auf Anordnung des ASR Eisenbergs hatten am 12. November Polizei, Schützengesellschaft und Jugendwehr ihre Waffen abgegeben.⁴⁸² Wie in Eisenach⁴⁸³ wurde auch hier die bürgerliche vormilitärische Jugendwehr aufgelöst. Bereits am Vormittag des 9. November hatte der Weimarer Soldatenrat die Abgabe aller privaten Waffen angeordnet.⁴⁸⁴ Die gleiche Maßnahme ergriffen die Vollzugsausschüsse der ASR Reuß j. L. am 12. November⁴⁸⁵ und Gotha am 18. November.⁴⁸⁶

Zu Beginn der Revolution konnten sich die ASR in Thüringen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit maßgebend auf die militärischen Einheiten in den Kasernen und Garnisonen stützen. Aufgrund der beginnenden Demobilisierung begannen die lokalen Räte im weiteren Verlauf der Entwicklung, auch eigene Volkswehren bzw. Wach- und Sicherheitskompanien zu bilden. Ein wesentlicher Anlass dafür war die Tatsache, dass trotz aller Bemühungen die Einbrüche, Erpressungen und Diebstähle zunahmen. Dies veranlasste den Erfurter ASR Ende November 1918 zum Aufbau eines eigenen Sicherheitsdienstes. Unter der Losung »Nieder mit den Marodeuren« rief er zur Bildung einer Volkswehr auf. Ihr konnten nur politisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiter angehören, die über eine einjährige militärische Ausbildung verfügten, die nötigen gesundheitlichen Voraussetzungen mitbrachten und »aufrichtig gewillt« seien, sich der Volkswehr zur Verfügung zu stellen. Die Auswahl trafen Beauftragte des Vollzugsausschusses des ASR. Zudem wurde die Einsetzung eines Standgerichts in Aussicht gestellt, das harte Strafen bis hin zu Todesurteilen in besonders schweren Fällen verhängen sollte.⁴⁸⁷ Auch in Nordhausen sah sich der ASR angesichts zunehmender Kriminalität zur Bildung eines Standgerichts gezwungen.⁴⁸⁸

Ob diese Standgerichte tatsächlich wirksam wurden, muss offen bleiben. Allein ihre Ankündigung zeigt jedoch den Ernst der Lage. Verantwortlich für diese Situation war jedoch nicht die Revolution, sondern das von ihr gestürzte alte System und der von ihm verantwortete Krieg. Er habe das Volk arm gemacht und alle Vorräte an Lebensmitteln, Bekleidung und Gebrauchsgegenständen aufgebraucht. Deshalb seien Teile der Bevölkerung

⁴⁸² Wolkowicz: Die Novemberrevolution 1918 in Eisenberg. S. 31.

⁴⁸³ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

⁴⁸⁴ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 16.

⁴⁸⁵ *Geraisches Tageblatt*, 15.11.1918.

⁴⁸⁶ *Gothaer Volksblatt*, 20.11.1918.

⁴⁸⁷ *Tribüne*, 29.11.1918.

⁴⁸⁸ Bensing: Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19. S. 89. Dok. 28.

demoralisiert, würde der Geist des Wuchers und des Eigennutzes blühen, das Verbrechertum in jeder Form ungeheuer zunehmen. »Verantwortlich für all die Not und den Jammer sind die Kriegshetzer und die [...] gestürzten Regierungen.« Die sozialistischen Arbeiter und Soldaten hätten die schwere Aufgabe übernommen, »die vom Kapitalismus und seinen Sachwaltern verursachte Anarchie [...] in geordnete Verhältnisse umzuwandeln.«⁴⁸⁹ Insofern ging es bei der Bildung der Erfurter Volkswehr am 9. Dezember 1918 auch um die Sicherung der Revolution. »Für unsere reaktionären Finsterlinge möge die Wehr dauernd eine Warnung sein. Jeder Versuch, durch verbrecherische Putsch die Errungenschaften der Revolution zu zerstören, wird sie auf ihrem Posten finden.«⁴⁹⁰

In Greiz war es am 22. November 1918 zwischen dem ASR und Angehörigen eines von der Front zurückgekehrten Ersatzbataillons zu einer konfrontativen Auseinandersetzung gekommen. Insbesondere die Offiziere wollten sich der Befehlsgewalt des ASR nicht unterordnen, der jedoch »alle Ursache hatte seine Machtbefugnisse sich nicht aus den Händen winden zu lassen«. Im Ergebnis einer langen und teilweise heftigen Diskussion wurde schließlich vereinbart, dass ein Vertreter der Einheit in den ASR aufgenommen werden sollte. Weder an dessen Befugnissen im militärischen Bereich, noch an der Organisation des Sicherheitsdienstes erfolgten Veränderungen. Unter Hinzuziehung einiger Angehöriger des Ersatzbataillons wurden dessen Waffen durch den ASR gesichert. Als diese Einheit Mitte Februar 1919 den Versuch unternahm, ein Freiwilligenkorps aufzubauen, trat der ASR dem mit dem Hinweis entgegen »dass in Thüringen gerade mit Hilfe der ASR Ruhe und Ordnung herrsche und das die Bildung eines Freiwilligenregiments unter der Arbeiterschaft aufreizend wirken müsse«. ⁴⁹¹ Unter dem Eindruck der Greizer Ereignisse entschloss sich der ASR Gera schließlich am 2. Dezember 1918 zur Bildung einer Sicherheitskompanie. Diesen Schritt hatte er lange Zeit hinausgezögert. Obwohl sich seine Mitglieder bereits auf der konstituierenden Sitzung der Tatsache bewusst waren, dass die gegenrevolutionäre Seite gut bewaffnet war, hatte der ASR Gera noch am 25. November keinen Grund zur Bildung einer Volkswehr gesehen, da er vom Bürgertum gegenwärtig nichts befürchtete.⁴⁹²

⁴⁸⁹ *Tribüne*, 29.11.1918.

⁴⁹⁰ *Tribüne*, 10.12.1918.

⁴⁹¹ KfB: *Revolution in Greiz*. S. 38f.

⁴⁹² Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 116–118.

Tatsächlich nahmen infolge der Ereignisse in Berlin am 6. und 24. Dezember 1918⁴⁹³ auch in Thüringen, wenngleich zunächst noch vereinzelt, die Aktivitäten konterrevolutionärer Soldaten und Offiziere zu. In Weißensee hatten am 16. Dezember einige neu einquartierte Offiziere und Soldaten »auf Betreiben einiger Spießherren nichts eiligeres zu tun, als die rote Fahne, das Wahrzeichen der Revolution, vom Rathaus und Landratsamt zu entfernen«. Nachdem sie auch den Arbeiterrat und die ihm unterstellte Wachkompanie bedroht und entwaffnet hatten, ergriff der ASR Sömmerda entsprechende Gegenmaßnahmen. 50 unter seinem Kommando stehende bewaffnete Arbeiter brachten Weißensee unter ihre Kontrolle, vom Befehlshaber der Truppe wurde »energisch« die Herausgabe der Waffen verlangt und letztlich auch erreicht. Damit war »der Putsch gescheitert, der wieder einmal ein Beispiel dafür ist, wie wachsam die Arbeiter sein müssen, um gegenrevolutionäre Treibereien im Keim zu ersticken«. ⁴⁹⁴ Am 20. Dezember rissen Angehörige des Vorkommandos einer nach Saalfeld zurückkehrenden Einheit die rote Fahne vom Dach des Rathauses. Der ASR versicherte der Arbeiterschaft und der ganzen Einwohnerschaft, »dass gegen jene Schandbuben energisch vorgegangen wird«. ⁴⁹⁵

In der Fliegerersatzabteilung 3 bei Gotha kam es am 30. Dezember 1918 zu einem Konflikt, in dessen Verlauf sich einige Unteroffiziere bewaffneten, den Vorsitzenden des Soldatenrates in ihre Gewalt brachten und mit ihm zum Friedenstein, dem Sitz des Gothaer Rates der Volksbeauftragten, führen. Sie übergaben der Landesregierung einen Forderungskatalog, in dem eine Neuwahl des Soldatenrates der Fliegerersatzabteilung 3 sowie ein entschlossenes Auftreten gegen die Umtriebe der »Matrosen und Spartakus-Zivilisten« und deren vermutete Putschversuche verlangt wurde. Der ASR hatte daraufhin umfassende Gegenmaßnahmen eingeleitet und mit Unterstützung sowohl der Gothaer Garnison als auch umliegender Einheiten aus Erfurt und Langensalza den Konflikt ohne Gewalt beendet. ⁴⁹⁶ Hinter diesem »Putschversuch« ⁴⁹⁷ vermutete das USPD-Blatt geheime Aktivitäten der

⁴⁹³ Nachdem am 6. Dezember konterrevolutionäre Einheiten versucht hatten, die Revolutionsregierung zu beseitigen, wollte Ebert am 24. Dezember einen Konflikt zwischen der MSPD-Führung und der Volksmarinedivision, einer in Berlin stationierten Einheit revolutionärer Matrosen, mit Hilfe der Obersten Heeresleitung gewaltsam lösen. Der Angriff auf die Volksmarinedivision am Morgen des 24. Dezember endete mit einer Niederlage für die konterrevolutionären Truppen. Politisch bedeutete die Aktion den Bruch zwischen MSPD und USPD, deren drei Volksbeauftragte aus der Regierung zurücktraten. Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 97–113.

⁴⁹⁴ *Tribüne*, 21.12.1918.

⁴⁹⁵ *Saalfelder Volksblatt*, 13.11.1918.

⁴⁹⁶ Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*, S. 133–135.

⁴⁹⁷ *Gothaer Volksblatt*, 01.02.1919.

lokalen Gegenrevolution. Noch am 30. Dezember 1918 beschloss der ASR Gotha die Bildung einer Sicherheitswehr, die den Regierungssitz und das Waffendepot bewachen sollte. Außerdem stellte er eine weitere Bewachungskompanie und eine Reservewehr auf, die etwa 650 Arbeiter umfasste.⁴⁹⁸

Bis Anfang Februar 1919 sorgten diese Sicherungsmaßnahmen der ASR in Thüringen dafür, dass die Entwicklung weiterhin friedlich blieb und die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ordnungsgemäß und ohne Störungen verlief. Eine wesentliche Ursache hierfür war, dass die Räte weitgehend auf militärische Machtdemonstrationen verzichteten⁴⁹⁹ und sich die von ihnen aufgestellten bewaffneten Formationen aufgrund ihres demokratischen Charakters grundlegend von den Freikorps der Reichsregierung Ebert/Noske unterschieden. Der Suhler Arbeiterrat legte für die am 16. Januar 1919 gebildete freiwillige lokale Volkswehr fest, dass deren Kommandoführer von den Mannschaften selbst gewählt werden sollte. Bei ihm lag die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Disziplin sowie die Verwahrung der Waffen und Munition. Die Volkswehr war zur Unterstützung der Polizei aufgestellt, und ihr Einsatz durfte nur in Abstimmung mit dem Arbeiterrat erfolgen, dem sie letztlich unterstand.⁵⁰⁰ Obwohl es frühzeitig Kritik an den militärpolitischen Maßnahmen des Rates der Volksbeauftragten in Berlin gegeben hatte,⁵⁰¹ agierten die Thüringer Soldatenräte ihm gegenüber in völliger Loyalität. Am 3. Dezember 1918 verpflichteten sie sich auf ihrer Delegiertenversammlung in Gotha, »die Ruhe und Ordnung unbedingt aufrecht zu erhalten und die Errungenschaften der Revolution zu sichern und sich zu diesem Zweck geschlossen hinter die Reichsregierung zu stellen«.⁵⁰²

Die Sicherung der Lebensmittelversorgung

»Wir stehen in schwerer Gefahr. Wer immer die Macht in den Händen hat, Ordnung und Ruhe, Schutz der Person und des Eigentums können nur aufrecht erhalten werden, wenn die Städte mit Nahrungsmitteln versorgt

⁴⁹⁸ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 44.

⁴⁹⁹ *Gothaer Volksblatt*, 30.12.1918.

⁵⁰⁰ Oeckel, Heinz: *Die revolutionäre Volkswehr 1918/19*. Berlin 1968. S. 119f.

⁵⁰¹ Auf der MSPD Landeskonferenz Sachsen-Weimar am 17.11. hatte der Vorsitzende des Weimarer Soldatenrates Karl Perner die »Verfügung der neuen Regierung, die den Offizieren wieder die Kommandogewalt übertragen will«, kritisiert. Bei den Soldaten habe sie »böses Blut gemacht und wird lebhaft bekämpft«. *Volkszeitung*, 19.11.1918.

⁵⁰² Bensing: *Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19*. S. 100f. Dok. 48.

bleiben und in den Städten die vorhandenen Lebensmittel gleichmäßig verteilt werden.« Nur bei einer Sicherstellung der Winterversorgung der Stadtbevölkerung würden die Bewohner auf dem Land »sicher vor Gewalttaten« sein und das ihnen »gesetzlich zustehende an Lebensmitteln verzehren können«. ⁵⁰³ Mit dieser Einschätzung der Dramatik der Versorgungssituation der Bevölkerung stand das Thüringer Ernährungsamt nicht allein. Paul Kiß, Vorsitzender des ASR Greiz, umriss die Situation am 22. November 1918 ähnlich: »Der Hunger kann das Volk zur Verzweiflung und zu Gewalttätigkeiten bringen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird alles tun, um solches zu verhüten. Einen elementaren Ausbruch der Verzweiflung kann er ebenso wenig verhüten wie die alten Gewalten.« ⁵⁰⁴ Der Landrat des Kreises Hohenstein erklärte am 13. November, nachdem er sich zur Weiterarbeit unter der Kontrolle des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates bereit gezeigt hatte, die Frage der »Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung für Leben und Lebensgüter ist jetzt eine Ernährungsfrage«. ⁵⁰⁵

Diese und viele weitere Aufrufe richteten sich an die Landwirtschaft, denn auch in Thüringen war die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ab dem 9. November 1918 die zweite große unmittelbare und praktische Herausforderung für die Revolutionsbewegung. Hatten sich die im Entstehen begriffenen ASR in ihren ersten Aufrufen zunächst auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit konzentriert, galten ihre unmittelbaren Maßnahmen vielerorts – so wie in Jena am Nachmittag des 9. November – der Sicherung der Lebensmittelvorräte. ⁵⁰⁶

Die große Bedeutung der Lebensmittelfrage wird auch daran deutlich, dass sich der Landtag von Schwarzburg-Sondershausen in seiner außerordentlichen Sitzung am 12. November 1918 zuerst der Kartoffelversorgung Arnstadts widmete. ⁵⁰⁷ An diesem lokalen Beispiel wurden die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten sichtbar. Schon im Oktober stellten sich die Probleme wesentlich gravierender dar, als sie von den Behörden bislang zugegeben worden waren. Eine Überprüfung des Vorräte an eingelagerten Lebensmitteln durch das Thüringer Ernährungsamt hatte deutlich geringere Bestände erbracht, so dass eine geregelte Versorgung nicht mehr möglich schien. Die Erträge der Ernte war von den zuständigen Stellen gewaltig

⁵⁰³ *Jenaer Volksblatt*, 13.11.1918.

⁵⁰⁴ *Reußische Volkszeitung*, 08.11.1918.

⁵⁰⁵ Bensing: *Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19*. S. 82f. Dok. 16.

⁵⁰⁶ Stadtarchiv Jena. BII XVIIIg Nr. 130. Bl. 10. Hier sind die umfangreichen Sicherungsmaßnahmen des ASR Jena detailliert dargestellt.

⁵⁰⁷ *Verhandlungen des Landtags für Schwarzburg-Sondershausen. Ordentlicher Landtag. Sitzungsberichte*. S. 839f.

überschätzt worden. Zusätzliche Lebensmittel konnten nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes am 11. November 1918 aufgrund der weiter aufrecht erhaltenen alliierten Blockade nicht eingeführt werden, so dass der Wegfall der in einem großen Umfang aus den bislang besetzten Gebieten requirierten Lebensmittel nicht zu kompensieren war. Zusätzliche Probleme bereitete die Versorgung der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten. Auch in Thüringen sank die Lebensmittelversorgung im Zeitraum vom Winter 1918 bis zum Sommer 1919 auf einen absoluten Tiefpunkt, während gleichzeitig die Schwarzmarktpreise massiv stiegen und der Schleichhandel blühte.⁵⁰⁸

»Das wichtigste Problem ist die Ernährungsfrage. Die Soldaten fluten zurück, die Transportmittel für die Lebensmittel reichen nicht aus, die geordnete Lebensmittelverteilung ist in Gefahr. Die nächsten Wochen werden die schlimmsten sein«, konstatierte deshalb Paul Kiß in seinem Aufruf vom 22. November 1918 an die Arbeiter, Landwirte, Bürger, Frauen und Soldaten.⁵⁰⁹ Der ASR Weimar appellierte dringend an die Landbevölkerung, alles zu tun, um die Ernährung in den Städten und die der zurückkehrenden Soldaten zu gewährleisten. Der ASR wisse um die Belastungen der Landwirtschaft infolge der Beschränkungen und Verordnungen, die der Krieg auch für sie mit sich gebracht habe. Sie müsse aber im Interesse einer stabilen Versorgung intakt bleiben. Trotz des hierdurch hervorgerufenen Unwillens sollten die Bauern bedenken: »... noch immer könnt Ihr reines Mehl verbacken, noch immer habt Ihr täglich Euer Stück Fleisch zur Verfügung, nehmt unsere 200 g wöchentlich dagegen, Butter, Speck und Eier kennt Ihr noch, in Weimar konnte seit Ende Mai kein Ei zur Verteilung kommen.« Viele, aber eben nicht alle, würden ihren Ablieferungspflichten nachkommen. Es sei zu verstehen, dass die ländlichen Bewohner ihre Verwandten und Bekannten in der Stadt auf privater Ebene mit Lebensmitteln unterstützten. Es müsse aber aufhören, dass mit der Not Geschäfte gemacht würden und »Leute mit gefülltem Geldsack, in einer Weise beliefert werden, die es Ihnen ermöglicht, besser zu leben als zu Friedenszeiten, indes die übrige Bevölkerung darbt«. Angesichts der großen Anzahl von Bauernhöfen im Verwaltungsbereich des ASR Weimar hätten bereits geringste Mengen von Lebensmitteln, die der Ablieferung entzogen würden, für die übrige Bevölkerung große Auswirkungen. Deshalb, so der Appell, müsse die Landwirtschaft ihren Beitrag zum Wohl aller beitragen.⁵¹⁰

⁵⁰⁸ Riegg: Lebensmittelversorgung in den thüringischen Staaten. S.136-139.

⁵⁰⁹ *Reußische Volkszeitung*, 22.11.1918.

⁵¹⁰ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

Energischer ging der ASR Gotha das Problem an. Die Polizeibeamten und Landjäger wies er an, »mit aller Entschiedenheit für die Durchführung der zur Sicherung der Volksernährung getroffenen Maßnahmen zu sorgen«. ⁵¹¹ Nachdem er erfahren hatte, dass in einzelnen Gebieten des Landes die Kartoffelernte noch nicht abgeschlossen sei, forderte der ASR Gotha die örtlichen Behörden auf, »unverzüglich und zweifelsfrei« die entsprechende Fälle zu melden. Da vereinzelt Bauern und Gutsbesitzer angegeben hätten, dass die Kartoffeln wegen fehlender Arbeitskräfte noch im Boden seien, sollte auch der für die Ernte benötigte Arbeitskräftebedarf mit angegeben werden. ⁵¹² Unmissverständlich forderte er am 17. November 1918, dass alle über den Eigenbedarf liegende Mengen an Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung herangezogen werden. Da ein Großteil dieser privaten Bestände nicht registriert sei, müssten sie dem Wirtschaftsausschuss des ASR gemeldet werden. Wer dies nicht tue oder Lebensmittel verberge, müsse mit Zwangsmaßnahmen und harten Strafen rechnen. Der ASR Gotha forderte zudem dazu auf, ihm versteckte Lebensmittelbestände zu melden. ⁵¹³

Vermittelnder agierte der ASR Greiz. Auch er forderte die Bauern dazu auf, ihre Pflicht zu tun. Wo es an Arbeitskräfte fehle, sollte dies den zuständigen Behörden signalisiert werden. Der ASR versprach, die Landwirte bei Reklamationen von Arbeitskräften zu unterstützen. Wenn nötig, würde er auch Dreschkommandos zusammenstellen. Arbeitslose rief er dazu auf, sich der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Für landwirtschaftliche Arbeit sei ein Mindesttageslohn bei freier Kost festgelegt. Dennoch sah sich auch der ASR Greiz zu Kontrollmaßnahmen veranlasst und bat hierfür um Verständnis. »Wir sind gezwungen, den kontrollierenden Gendarmen noch Soldaten zur Seite zu stellen. Betrachtet das nicht als Härte, sondern bedenkt, dass die eiserne Notwendigkeit uns zur restlosen Erfassung der Lebensmittel zwingt.« ⁵¹⁴

Um die Aufrechterhaltung der Versorgung zu sichern, entsandten die lokalen ASR Thüringens Kontrolleure und Beigeordnete in die Lebensmittelämter. Das geschah z. B. in Eisenberg (hier wurde zudem der bisherige Leiter des städtischen Ernährungsamtes abgesetzt) ⁵¹⁵ und Nordhausen. ⁵¹⁶ Die

⁵¹¹ *Gothaer Volksblatt*, 25.11.1918.

⁵¹² *Gothaer Volksblatt*, 16.11.1918.

⁵¹³ *Gothaer Volksblatt*, 17.11.1918.

⁵¹⁴ *Reußische Volkszeitung*, 22.11.1918.

⁵¹⁵ Wolkowicz: Die Novemberrevolution 1918 in Eisenberg. S. 31.

⁵¹⁶ Bensing: Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19. S. 77 Dok. 6.

Maßnahmen wurden durch Hermann Leber koordiniert, der mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch den ASR Weimar zum Lebensmittelkommissar ernannt worden war. Ihm fiel die Aufgabe zu, alle erforderlichen Maßnahmen mit dem Thüringer Ernährungsamt zu koordinieren und dieses zu kontrollieren. Mit dessen Präsidenten, dem Konservativen und späteren deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten Friederich von Eichel-Schreiber, stimmte Leber darin überein, dass das Thüringer Ernährungsamt »in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Soldatenräten die Belieferung mit Lebensmitteln für Thüringen« auch weiterhin sicherstellen müsse.⁵¹⁷

Um den Rahmen der notwendigen Zusammenarbeit zu besprechen, lud Leber die lokalen ASR Thüringens für den 15. November 1918 nach Weimar zu einer Konferenz ein. An deren Beginn gab er zunächst eine Übersicht über die Lebensmittelversorgung und betonte, sie müsse unter der neuen Regierung »mindestens so gut funktionieren wie unter dem alten Regime«. Deshalb würden die diesbezüglichen Verordnungen weiter bestehen bleiben. Eichel-Schreiber erklärte sich sowohl zum Rücktritt als auch zur Weiterarbeit bereit. Die Entscheidung läge bei den ASR. Er gab aus seiner Sicht einen Überblick über die Situation und betonte, auch er halte eine Systemänderung für unmöglich, andernfalls würde insbesondere für die Städte eine große Gefahr entstehen.⁵¹⁸ Schon in einem Aufruf zwei Tage zuvor hatte das Lebensmittelamt für eine Beibehaltung des bisherigen Verteilungssystems plädiert.⁵¹⁹

Der Stellvertreter Eichel-Schreibers betonte, die lokalen ASR dürften nicht in das System der Lebensmittelerfassung und -versorgung eingreifen. Wenn gleich das Motiv der Verbesserung der lokalen Versorgung sehr zu verstehen sei, würden Veränderungen an einem Ort jedoch zu Schäden an anderen Stellen führen. »Ohne Debatte wurden die grundsätzlichen Richtlinien des Ernährungsamtes, wie sie der Redner vorgetragen hatte, von der Versammlung als durchaus notwendig im Interesse der Ordnung anerkannt.« Beschlossen wurde, dass das Thüringer Ernährungsamt unter der Kontrolle und in ständiger Verbindung mit den ASR arbeiten sollte, die zugleich für die besondere Bewachung und Sicherung der Vorräte des Ernährungs-

⁵¹⁷ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

⁵¹⁸ *Volkszeitung*, 16.11.1918.

⁵¹⁹ *Jenaer Volksblatt*, 13.11.1918.

amtes zu sorgen hätten.⁵²⁰ Jeder lokale ASR musste einen »Lebensmittelkommissar« ernennen.⁵²¹

Damit waren im Ergebnis der Weimarer Konferenz die Kompetenzen und Befugnisse klar verteilt. Entsprechend der Bitte des Ernährungsamtes gab es keine Eingriffe der ASR in dessen unmittelbare Tätigkeit. Zugleich übernahmen sie den Schutz der Lagergebäude, Magazine und Transportwege, um Diebstähle und Plünderungen zu verhindern. Während die ASR bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung auf die Verwaltungskompetenz der Mitarbeiter des Verwaltungsamtes angewiesen waren, benötigte das Thüringer Lebensmittelamt die Exekutivgewalt der Räte, damit die Anweisungen und Verordnungen weiterhin durchgeführt und die Lebensmittellagerung und -verteilung geschützt war.⁵²²

Im weiteren Verlauf waren die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln, deren gerechte Verteilung sowie der Kampf gegen Schleichhandel und Wucher zentrale Themen für die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und standen im Mittelpunkt der Beratungen auf den Kreis- und Landeskonferenzen. So legte zum Beispiel der ASR Rudolstadt in seinen Richtlinien als Aufgabe der Ortsräte die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften für die Lebensmittelerfassung und -verteilung sowie die Bekämpfung des Schleichhandels fest.⁵²³

Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte zur Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung

Am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten die Aufhebung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, der Gesindeordnungen und weiterer gegen die Landarbeiter gerichteten Ausnahmegesetze sowie die Wiederinkraftsetzung der mit Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen. Außerdem kündigte er weitere sozialpolitische Verordnungen an, so die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, die Unterstützung der Erwerbslosen, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

⁵²⁰ *Volkszeitung*, 16.11.1918.

⁵²¹ *Saalfelder Volksblatt*, 24.11.1918.

⁵²² Riegg: Lebensmittelversorgung in den thüringischen Staaten. S. 136–139.

⁵²³ Kaffenberger: Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise in Rudolstadt. S. 270f.

und eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf dem Gebiet der Krankenversicherung. Von besonderer politischer Symbolkraft war die Ankündigung, ab 1. Januar 1919 den achtstündigen Maximalarbeitstag einzuführen.⁵²⁴ Damit versprach die Revolutionsregierung die Einlösung einer der ältesten Forderungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, für die diese seit 1890 jedes Jahr am bzw. um den 1. Mai demonstriert hatte. Die Revolutionsbewegung in Thüringen setzte den achtstündigen Maximalarbeitstag jedoch an verschiedenen Stellen bereits unmittelbar nach dem 9. November 1918 und in den nachfolgenden Wochen durch.

In Sömmerda wurde der Achtsturentag in der *Rheinischen Metallfabrik* bereits am 11. November 1918 durch die Arbeiterschaft erzwungen.⁵²⁵ Sofort nach seiner Konstituierung hatte der Eisenacher ASR mit den Leitungen der Industrieunternehmen in seinem Verantwortungsbereich Verhandlungen über die sozialen Belange der Arbeiterschaft aufgenommen. Die Unternehmen wären ihm bei der Erfüllung seiner Forderungen weit entgegengekommen, erklärte aner kennend der Vorsitzende des Eisenacher ASR Karl Hermann. In den großen Industrierwerken sei der achtstündige Maximalarbeitstag eingeführt.⁵²⁶ Auch in Weida galt der achtstündige Maximalarbeitstag unmittelbar nach der Revolution⁵²⁷, ebenso in der *Räderschen Korbwarenfabrik* in Themar.⁵²⁸ Der Verband der Thüringer Spielwaren-Interessenten beschloss Ende November 1918 die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.⁵²⁹ In der Erfurter Metallindustrie trat der Acht-Sturentag ohne Lohnkürzung nach Mitteilung des Erfurter Metallarbeiterverbandes ab dem 1. Dezember in Kraft.⁵³⁰ Im Baugewerbe vereinbarten die Bauarbeitergewerkschaft und der Arbeitsgeberverband die Einführung des Acht-Sturentages bei vollem Lohnausgleich.⁵³¹ In Weimar hatten die Gewerkschaften ebenfalls diesbezügliche Verhandlungen mit den Arbeitsgebern aufgenommen, die jedoch hinfällig wurden, als die provisorische republikanische Regierung für das gesamte Staatsgebiet Sachsen-Weimar-Eisenach per Anordnung die Einführung des Acht-Stunden-Maximalarbeitstages bei vollem Lohnausgleich verfügt hatte. Von dieser Regelung konnte nach Zustimmung des jeweils zuständigen Arbeiterrats abgewichen werden,

⁵²⁴ IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien Reihe II. Bd. 2. S. 365f.*

⁵²⁵ *Tribüne*, 29.10.1918.

⁵²⁶ *Volkszeitung*, 13.11.1918.

⁵²⁷ *Volkszeitung*, 16.11.1918.

⁵²⁸ *Saalfelder Volksblatt*, 16.11.1918.

⁵²⁹ *Tribüne*, 27.11.1918.

⁵³⁰ *Tribüne*, 29.11.1918.

⁵³¹ *Saalfelder Volksblatt*, 11.12.1918.

wenn dies technisch begründet war.⁵³² Der ASR Pößneck ordnete am 1. Dezember den »achtstündigen Arbeitstag« bei vollem Lohnausgleich an.⁵³³

Der ASR Gotha hatte bereits am 14. November die Einführung des Acht-Stunden-Maximalarbeitstages bei vollem Lohnausgleich ab dem 18. November beschlossen. Unternehmern, die dieser Anweisung zuwider handeln würden, drohte er an, ihre Betriebe in eigener Verantwortung weiterzuführen. Lediglich dem Verkehrsbetrieb räumte der ASR wegen akuten Arbeitskräftemangels eine vierwöchige Übergangsfrist ein.⁵³⁴ In Reuß j. L. und ä. L. verabschiedeten die ASR sowie die Regierungen nach vorheriger Beratungen mit Vertretern der Unternehmen und der Arbeiterschaft am 28. November Notgesetze über die Zahlung von Mindestlöhnen. Ebenso wurde jeweils die Einführung des Acht-Stunden-Maximalarbeitstages bei vollem Lohnausgleich beschlossen, wobei technische und wirtschaftlich begründete Ausnahmen zugelassen wurden. Außerdem sollten zur Vertretung der Arbeiterschaft in allen Unternehmen Arbeiterausschüsse gewählt werden. Ebenfalls geregelt wurde die Wiedereingliederung der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten. Die Unternehmen sollten sie mindesten für vier Wochen wieder in den Arbeitsstellen beschäftigen, in denen sie vor Kriegsbeginn gearbeitet hatten. Diese Aufforderung ging jedoch zu Lasten der Arbeiterinnen, die, »um für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer Platz in den Betrieben zu schaffen«, in einer detailliert festgelegten Reihenfolge zu entlassen waren. Sofort gekündigt wurden allen Frauen, deren Männer beschäftigt waren. Danach sollten Kriegswitwen folgen, die einen Anspruch auf Zuschuss für die Erwerbslosenunterstützung hatten. Schließlich wurden mit einer Kündigungsfrist vor vierzehn Tagen jene Frauen aus den Betrieben entlassen, die zuvor in der Landwirtschaft oder als Dienstinne gearbeitet hatten. Die Arbeitgeber wurden für den Fall einer betriebswirtschaftlich bedingten Entlassung von Arbeitnehmern, die sich aus der Umstellung auf die Friedenswirtschaft ergeben konnte, zur Ausgleichszahlung der Differenz zwischen dem Mindestlohn und der Arbeitslosenunterstützung in den ersten vier Wochen der Arbeitslosigkeit verpflichtet.⁵³⁵

⁵³² *Volkszeitung*, 23. und 26.11.1918.

⁵³³ *Saalfelder Volksblatt*, 01.12.1918.

⁵³⁴ *Gothaer Volksblatt*, 16.11.1918.

⁵³⁵ *Reußische Volkszeitung*, 08.12.1918, *Geraisches Tageblatt*, 29.11.1918.

Am 28. Dezember erfolgte per Notverordnung des Vollzugausschusses des ASR und der Regierung eine Festlegung der Mindestgehälter und die Arbeitszeit für die Angestellten und Lehrlinge in den Privatbetrieben. Trotz ihrer Maßnahmen konnten die ASR in den beiden reußischen Freistaaten das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. In Gera und Greiz stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 8.000 bzw. 5.000 an. Deshalb erließ der Staatsrat im Auftrag des ASR des Volksstaates Reuß am 11. Februar 1919 ein Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. Mit ihm konnte die Landesregierung in Eigentumsrechte an Grund und Boden, Wasser usw. eingreifen, »wenn das betreffende Grundstück oder Recht in Anspruch genommen wird, um Störungen des Wirtschaftslebens infolge der wirtschaftlichen Demobilmachung durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, insbesondere durch Vornahme von Notstandsarbeiten, vorzubeugen oder abzuwenden«. Dieses Gesetz wurde nachfolgend durch weitere Maßnahmen erweitert und ergänzt. So konnten aus Gründen des öffentlichen Wohls und zur Behebung der Wohnungsnot bebaute und unbebaute Grundstücke enteignet und in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Zudem wurde die Enteignung der sich auf dem Gebiet des Volksstaates Reuß befindlichen Steinbrüche und Lehmgruben sowie der verarbeitenden Betriebe vorbereitet, wobei Entschädigungen vorgesehen waren. Zugleich wurden Besitz, Vermögen und große Einkommen höher besteuert. Diese gesetzlichen Maßnahmen »bewirkten eine gewisse materielle Besserstellung der Werkstätigen«. Insbesondere das Mindestlohn-Notgesetz fand in der Praxis allgemeine Anwendung, weil unter dem unmittelbaren Eindruck der Revolution den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen »nichts anderes übrig blieb, als den festgelegten Mindestlohnsatz zu zahlen«. ⁵³⁶ Dennoch beschwerten sie sich beim Reichsarbeitsamt, das der Regierung in Reuß signalisierte, das Mindestlohn-Notgesetz sei ungültig. Die reußische Regierung stellte dagegen die positiven Wirkungen ihrer Maßnahmen dar. Während es an vielen Stellen des Reiches Anfang 1919 zu heftigen Lohnkämpfen und blutigen Straßenkämpfen kam, gäbe es im Volksstaat Reuß nicht die kleinste Lohnbewegung: »Die Zeit seit der Revolution ist ruhiger verlaufen als in vielen anderen Teilen des Reiches.« ⁵³⁷ Zu diesem Zeitpunkt besaß die Regierung noch die Kraft, »auf die Quertreibereien der Berliner Geheimräte zu pfeifen, wie diese auf die Revolution piffen« und hob »das Gesetz nicht auf«. ⁵³⁸

⁵³⁶ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 108f.

⁵³⁷ Ebenda.

⁵³⁸ Drechsler: Über die Geschichte der Geraer Arbeiterbewegung Bd. 2. S. 72.

WEICHENSTELLUNGEN IM DEZEMBER

Die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. Dezember 1918 in Erfurt als Anstoß zur Bildung des Landes Thüringen

Die Bildung einer Republik Großthüringen war in den Tagen und Wochen vor der Novemberrevolution eine der zentralen Forderungen der beiden Arbeiterparteien in den Kleinstaaten. In den Aufrufen der ASR zwischen dem 8. und dem 11. November fand sie sich zunächst jedoch nur vereinzelt, so in den Aufrufen der USPD-Bezirksleitung⁵³⁹ sowie der ASR in Jena, Saalfeld, Gera und Greiz,⁵⁴⁰ wieder. Das lag an der Dominanz der unmittelbaren Anliegen der Soldaten, die den Beginn der Revolution an vielen Orten zunächst prägte.

Sehr wahrscheinlich wurde auf der MSPD-Landeskonferenz Sachsen-Weimar erstmals nach dem Staatsumsturz über den konkreten Weg zur Gründung eines Landes Thüringen und die damit zusammenhängenden territorialen Fragen debattiert.⁵⁴¹ August Baudert hatte in seinem Referat auch über die weitere Perspektive Großthüringens gesprochen. Aus seiner Sicht musste darüber diskutiert werden, ob die zukünftig einheitliche Republik die preußischen Gebietsteile einschließen solle. In der sich anschließenden Diskussion forderte der Vorsitzende des Jenaer ASR Albert Rudolph, dass zur Frage Großthüringen »eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte einzuberufen« sei. Daraufhin erklärte Baudert, aus Gera sei bereits angefragt worden, »ob eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Großthüringen bald zusammen trete«. Er plädierte jedoch dafür, alle diesbezüglichen Fragen in den bisherigen Kleinstaaten zunächst auf entsprechenden Konferenzen der ASR zu besprechen. Etwa 14 Tage später solle die Frage, ob ein Großthüringen besondere Republik wird, auf einer gemeinsamen Konferenz weiter beraten werden.⁵⁴²

Am 10. Dezember 1918 kamen im Stadtverordnetensaal des Erfurter Rathauses 69 Delegierte der Thüringer ASR sowie der kleinstaatlichen Regierungen und des Thüringer Ernährungsamtes zu einer Konferenz zusammen, deren einziger Tagesordnungspunkt, »die Beseitigung der Kleinstaaterei in

⁵³⁹ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

⁵⁴⁰ Schulz: *Der Weg in die Revolutionstage*. S. 143. Fieber: *Vom Saalfelder Rathaus wehte die Rote Fahne*. S. 20. *Reußische Volkszeitung*, 12.11.1918.

⁵⁴¹ Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen*. S. 54.

⁵⁴² *Volkszeitung*, 19.11.1918.

Thüringen« war.⁵⁴³ Geleitet wurde die Versammlung von August Baudert und Paul Reißhaus. Den Teilnehmern lag der Aufsatz »Warum wollen wir ein Großthüringen«⁵⁴⁴ vor, der für den Zusammenschluss der Kleinstaaten und der preußischen Gebietsteile plädierte. Für eine Republik Großthüringen mit entsprechender demokratischer Verfassung sprachen aus Sicht des ungenannten Autors dieses Aufsatzes eine Vielzahl historischer und kulturgeschichtlicher, aber auch ökonomische und verwaltungstechnische Argumente. In seinem einleitenden Referat plädierte Albert Rudolph für einen »Einheitsstaat« Thüringen, wobei er sich durch einen entsprechenden Zwischenruf zu der Präzisierung veranlasst sah, es gehe um eine Einheitsrepublik Deutschland.⁵⁴⁵

Rudolph hatte der Konferenz eine Resolution vorgelegt, in der die Einberufung einer Thüringer Nationalversammlung gefordert wurde. In seinem Referat machte er selbst auf den Widerspruch aufmerksam, in dem sich sein Vorschlag mit dem Anliegen der Konferenz befand. Eine Thüringer Nationalversammlung lag konträr zur Forderung nach einer deutschen Einheitsrepublik, für die sich in der Diskussion mehrere Redner aussprachen. Der Staatsminister von Reuß ä. L., von Brandenstein, erklärte die »einheitliche deutsche Republik« zum obersten Anliegen.⁵⁴⁶ Wäre sie nicht zu erreichen, solle versucht werden, »sich einer norddeutschen Einheitsrepublik anzuschließen. Erst in letzter Linie komme eine Republik Thüringen«. Sei erst einmal ein Thüringer Einheitsparlament vorhanden, dann würde es »der Partikularismus fertig bringen, ein völliges Aufgehen in Deutschland zu verhindern. Das aber liege nicht im Interesse der Thüringer und des gesamten Deutschland«, weshalb er eine entsprechende Resolution vorschlug. Emil Hartmann, Vorsitzender des Rudolstädter Ministeriums, sprach sich dafür aus, schon bei der Wahl zur Nationalversammlung müsse als oberster Programmpunkt »die Einheitsrepublik Deutschland stehen«. Würden jetzt die einzelnen Bundesstaaten nicht überwunden, wäre der Wiederaufbau Deutschlands erschwert. Der Vorsitzende des ASR Erfurt Paul Reißhaus vernahm mit Genugtuung, dass in dieser Versammlung »partikularistische Bestrebungen« nicht vorhanden wären, was im erfreulichen Gegensatz zu den bayrischen Forderungen stehe.

⁵⁴³ *Gothaer Volksblatt*, 11.11.1918.

⁵⁴⁴ Post, Bernhard; Wahl, Volker (Hrsg.): *Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995*. Weimar 1999. S. 73–78. Dok. 9.

⁵⁴⁵ Ebenda, S. 80. Dok. 10 (S. 78–82).

⁵⁴⁶ *Saalfelder Volksblatt*, 13.12.1918. Das MSPD-Parteiorgan für Sachsen-Meiningen berichtet in seinen Ausgaben vom 13. und 14.12.1918 umfassend über den Verlauf der Diskussion. Die nachfolgende Darstellung stützt sich hierauf.

Gegen die deutsche Einheitsrepublik wandten sich die Mitglieder der Altenburger Regierung. August Frölich plädierte für die Entscheidungsautonomie jedes Einzelstaates. Aus seiner Sicht gäbe es gute Argumente für ein Mitteldeutschland im Ergebnis eines Anschlusses an Sachsen. Staatsrat Mehnert wandte sich generell gegen bindende Beschlüsse der Konferenz. »Der Arbeiter- und Soldatenrat habe nicht das Recht, hier zu dekretieren, eine Volksabstimmung könne allein entscheiden.« Der Vertreter aus Kahla widersprach seinen Altenburger Kollegen und betonte, »der Westkreis sei für eine deutsche Einheitsrepublik«. Josef Klose, Jenaer Delegierter, kennzeichnete die ost-altenburgischen Vorbehalte als »reaktionär«. Gegen Mehnert gerichtet erklärte er, »man dürfe sich von den bürgerlichen Politikern nicht beschämen lassen«. Emil Vetterlein aus Gera kritisierte, dass hauptsächlich die großen Schwierigkeiten betont würden. »Das sei vorrevolutionärer Art.« Schwierigkeiten müssten überwunden werden.

Der Suhler Bürgermeister hingegen konstatierte, dass für die preußischen Gebiete gegenüber den thüringischen Kleinstaaten eine andere Ausgangskonstellation gegeben sei. Speziell in Bayern bestünde eine große Skepsis gegenüber einer deutschen Einheitsrepublik, über die eine Resolution der Konferenz nicht einfach hinweggehen könne. Ihm widersprach das Mitglied der neu gebildeten Regierung in Sachsen-Meiningen, Arthur Hofmann: »Wenn die preußischen reaktionären Kreistage gegen ein Großthüringen sich erklären, so kann das nicht verwundern. Die Beseitigung des Kleinstaatenjammers müsse sofort erfolgen.« In Ilmenau würden insbesondere die Kinder und die Kranken leiden, »weil auch die heutigen Gewalten es noch nicht fertig gebracht haben, das isoliert liegende Ilmenau mit Milch zu versorgen«. Unverständlich sei ihm, weshalb sich Coburg dem klerikalen Bayern anschließen wolle. Die von Altenburg angeregte Volksabstimmung hingegen befürwortete er. Vor zwölf Jahren sei die Forderung nach Beseitigung des Kleinstaatenjammers »eine revolutionäre Tat gewesen«. Nun sei erreicht, was damals kaum zu hoffen gewagt wurde. Da nunmehr aber sämtliche Dynastien beseitigt seien, »könne die Hauptforderung nicht mehr lauten, ein Großthüringen, sondern ein Aufgehen in der großen deutschen Republik. Nach solch gelungener Revolution müsste man eigentlich überall nur freudige Gesichter sehen, anstatt dessen höre man allerlei übergeheimrätliche Wenn und Aber, kein frisches fröhliches Draufgehen auf das als richtig erkannte Ziel«. Für ihn lautete die Alternative: entweder deutsche Einheitsrepublik oder Großthüringen. Ein Zerreißen durch Anschluss an verschiedene andere Bundesstaaten käme nicht in Betracht.

Dementsprechend sollte abgestimmt werden, danach würde sich das weitere ergeben.⁵⁴⁷

Im Ergebnis dieser kontroversen Diskussion stimmten die Delegierten der Bezirkskonferenz der ASR der thüringischen Kleinstaaten, des Regierungsbezirkes Erfurt und des Kreises Schmalkalden mit einer Gegenstimme dafür, »das von ihnen vertretene Gebiet zu einem Staate Thüringen als Teil der Einheitsrepublik Deutschland zusammenzufassen«. Alle weiteren Schritte sollte ein aus Vertretern der thüringischen Staaten und Preußens zu bildender Ausschuss vorbereiten.⁵⁴⁸ Die von der Erfurter Konferenz geforderte Einheitsrepublik Deutschland hatte jedoch nur am Beginn der Revolution eine Chance auf Verwirklichung. Bereits der Verlauf der ersten Staatenkonferenz am 25. November 1918 in Berlin machte deutlich, dass die provisorischen Regierungen der Einzelstaaten aus unterschiedlichsten Motiven bei allen zur Lösung anstehenden Problemen auf ein Mitspracherecht gegenüber dem Rat der Volkbeauftragten bestanden.⁵⁴⁹ Auch wenn vor diesem Hintergrund das Maximalziel der Erfurter Konferenz unerreicht blieb, die ASR von den kleinstaatlichen Landesregierungen aus dem Vereinigungsprozess herausgedrängt wurden⁵⁵⁰ und infolge der weiteren Entwicklung keine Rolle mehr spielen konnten, war die Erfurter Konferenz am 10. Dezember 1918 ein maßgeblicher Impuls und Auftakt für die Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920.

Nationalversammlung oder Rätssystem

Auf einer gemeinsamen Reichskonferenz am 12./13. Oktober 1918 in Berlin⁵⁵¹ hatten die Hamburger Linksradikalen und die Spartakusgruppe beschlossen, sofort in allen Orten die Bildung von ASR in Angriff zu nehmen.⁵⁵² Inspiriert war dieser Beschluss von der bolschewistische Oktoberrevolution 1917 und der Niederlage des Januar/Februar-Streiks 1918, in deren Folge

⁵⁴⁷ *Saalfelder Volksblatt*, 14.12.1918.

⁵⁴⁸ Post, Wahl: Thüringen-Handbuch. S. 81 Dok.10 (S. 78–82).

⁵⁴⁹ Rürup, Reinhard: Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung. Thüringen-Handbuch, in: Kolb: Vom Kaiserreich zur Republik. S. 224 (S. 218–243).

⁵⁵⁰ Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 59f.

⁵⁵¹ Das bislang von der Forschung angegebene Datum 7. Oktober 1918 hat sich bei einer genauen Prüfung aller zugänglichen Quellen als eine Irreführung der Polizei durch die Spartakusgruppe herausgestellt. Auch der mitunter genannte Tagungsort Gotha war Bestandteil der Desinformation. Luban, Ottokar: Neue Forschungsergebnisse über die Spartakuskonferenz im Oktober 1918, in: Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919. S. 71. (S. 68–78).

⁵⁵² IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien Reihe II. Bd. 2. S. 233.

die radikale Linke zu der Überzeugung kam, nach einer Revolution müsse alle Macht in die Hände der zu bildenden ASR gelegt werden.⁵⁵³ Wirksam realisieren konnte die radikale Linke ihren Beschluss jedoch nur in Stuttgart und Friedrichshafen.⁵⁵⁴ Darüber hinaus war sie organisatorisch nicht in der Lage, nach dem Vorbild der Bolschewiki zu agieren. Ein sowjetischer Funktionär, der sich Mitte Oktober 1918 in Berlin aufhielt, berichtete in einem Brief an Lenin: »Die Spartakisten machen keinen sehr starken Eindruck. Sie hatten eine Konferenz. Haben Verbindungen zur Provinz und zur Armee. Besitzen zwei legale Zeitungen (die eine hat eine Auflage von 4.000 Exemplaren, die andere 1.500 [Der Sozialdemokrat, Stuttgart, und die Arbeiterpolitik, Bremen], unsere Prawda hatte 1917 stets eine Auflage von 50.000 bis 60.000 Exemplaren). Sie haben noch keine einzige Demonstration durchgeführt und organisiert, von mehr gar nicht zu reden ...«⁵⁵⁵

Dementsprechend besaß Spartakus auch nur geringen Einfluss auf die Berliner »Revolutionären Obleute«, die kurz vor Beginn der Revolution fest entschlossen waren, »mit dem demokratischen Staatsplunder Schluss zu machen und eine Räterepublik nach russischem Muster aufzurichten«. Demgegenüber seien in der Provinz nach erfolgreichem Aufstand Forderungen erhoben worden, »die, mit Ausnahme Münchens, nicht über die des Januarstreiks hinausgingen«.⁵⁵⁶ Der radikal-linke USPD-Flügel hatte sich bereits im September 1918 den Gedanken der »Diktatur des Proletariats« zu Eigen gemacht, dessen Aufnahme in das Parteiprogramm die Parteiführung um den Parteivorsitzenden Hugo Haase auf einer Parteikonferenz Anfang September nur mühsam abwehren konnte. Deren Position war vor Beginn der Novemberrevolution durchaus widersprüchlich. Obwohl sie beständig zu Massenaktionen aufrief und mit revolutionären Ereignissen rechnete, bezweifelte sie die Möglichkeit eines Zusammenbruchs des Obrigkeitsstaates. Insofern sahen die führenden Mitglieder der USPD in Deutschland keine Voraussetzungen für eine Revolution nach russischem Vorbild, sie erwarteten jedoch eine Demokratisierung des Kaiserreiches und gingen davon aus, diese entscheidend mitprägen zu können.⁵⁵⁷

⁵⁵³ Wohlgemuth, Heinz: Die Entstehung der KPD. Überblick. Berlin 1978. S. 205f.

⁵⁵⁴ Kolb: Arbeiterräte. S. 62–66.

⁵⁵⁵ Luban: Neue Forschungsergebnisse über die Spartakuskonferenz. S. 75.

⁵⁵⁶ Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges. Wien 1924. S. 139.

⁵⁵⁷ Kolb: Arbeiterräte. S. 40–44.

Sowohl der Regierung Max von Baden als auch der Reichstagsmehrheit sprach die USPD diesbezüglich jegliche Legitimation ab. Die während des Krieges erlassenen Gesetze, insbesondere das Hilfsdienstgesetz, aber auch die Tatsache, dass der Reichstag seit 1912 nicht mehr gewählt worden und die Frauen bislang von seiner Wahl ausgeschlossen waren, machten den Anspruch seiner Mehrheit, den Willen des Volkes zu repräsentieren, unglaubwürdig. Der Wille des Volkes verlangte nach Auffassung der USPD eine Beseitigung aller Hindernisse, die einem sofortigen Frieden entgegenstünden. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, dass die für den Krieg verantwortliche »Spitze [...] niemals wieder zur Macht gelangen« dürfe. Die Reichstagsmehrheit zeige jedoch diesbezüglich nicht die erforderlichen »republikanischen Tendenzen«, sonst müsste sie ihr »Mandat als erloschen ansehen und sich ablösen lassen von einer konstituierenden Nationalversammlung, die nicht aufgrund des Reichstagswahlrechts, sondern aufgrund eines wirklichen demokratischen Wahlrechts auch für [die] Frauen gewählt« würde.⁵⁵⁸ Die beiden »Friedensdemonstrationsversammlungen« in Erfurt am 26. und 27. Oktober forderten jeweils im Anschluss an das Referat des USPD-Reichstagsabgeordneten Simon von der Unabhängigen Sozialdemokratie, weiterhin für den Frieden und die innere Umgestaltung zu arbeiten. Hierzu »ist die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung zu verlangen«.⁵⁵⁹

Die USPD sah in ihrer großen Mehrheit kurz vor Beginn der Revolution die Nationalversammlung als Instrument zur Demokratisierung des Kaiserreiches. Die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung im Moment des Ausbruchs der Revolution war dagegen der Versuch der Regierung Max von Baden, des Bürgertums und der MSPD-Führung, der in Gang gekommenen Revolution durch eine demokratische Gegenaktion den Rang abzulaufen. Noch am 8. November 1918 hatte der Reichskanzler den Gedanken der Nationalversammlung aufgegriffen und dem Kaiser empfohlen, keine Regentschaft für seinen Enkel einzusetzen, sondern einen Stellvertreter zu ernennen und eine Nationalversammlung einzuberufen. »Auf diese Weise würde die Stimmung der Massen, die zum Kampf drängten, von gesetzlosen in legale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt. Der Gedanke der Nationalversammlung, den Prinz Max am 9. November zusammen mit der Abdankungserklärung proklamierte und bei der Über-

⁵⁵⁸ *Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha*, 30.10.1918. Brandt; Lehnert: *Geschichte der Sozialdemokratie*. S. 111.

⁵⁵⁹ *Tribüne*, 28.10.1918.

gabe des Reichskanzleramtes Ebert ans Herz legte, war also in seinem Ursprung als Gegenaktion gegen die revolutionäre Bewegung gedacht.⁵⁶⁰ Die Übergabe des Amtes des Reichskanzlers an Friedrich Ebert durch Max von Baden am Mittag des 9. November war in der Verfassung des Kaiserreiches nicht vorgesehen und »formal ein revolutionärer Akt«. Da Ebert jedoch an einem Höchstmaß von Legalität und Kontinuität gelegen war, griff er den Vorschlag seines Vorgängers auf, die Entscheidung über die zukünftige Staatsform einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu überlassen. Hieraus resultierte auch seine Empörung über die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstages am frühen Nachmittag des 9. November 1918.⁵⁶¹

Während sich Karl Liebknecht mit der von ihm vertretenen Forderung der radikalen Linken, wonach »die gesamte exekutive, legislative und die jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten« liegen müsse, gegen die USPD-Führung um Hugo Haase nicht durchsetzen konnte, erreichten Haase und seine Mitstreiter in den Verhandlungen zur Bildung des »Rates der Volksbeauftragten« am 9. und 10. November 1918 in Berlin die formale Anerkennung der Räte durch die MSPD-Führung.⁵⁶² Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Mehrheitssozialdemokratie Arbeiterräte als Instrument »der bolschewistischen Diktatur und Terrorherrschaft« abgelehnt,⁵⁶³ nun musste sie sie, um die Führung der Revolutionsbewegung übernehmen zu können, zunächst anerkennen. »Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind. Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse aktuell.«⁵⁶⁴

Andererseits war die Wahl einer Nationalversammlung in vielen programmatischen Aufrufen der lokalen Räte auch in Thüringen enthalten. Das Neun-Punkte-Programm des Erfurter ASR bekannte sich zu den Grundsätzen der sozialistischen Republik und forderte die sofortige Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die von allen mündigen

⁵⁶⁰ Kolb: Arbeiterräte. S. 33f.

⁵⁶¹ Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 48.

⁵⁶² Miller: Bürde. S. 93f.

⁵⁶³ Kolb: Arbeiterräte. S. 169.

⁵⁶⁴ Miller: Bürde. S. 94.

Frauen und Männern gewählt werden sollte.⁵⁶⁵ Die Massenversammlung am 10. November 1918 in der Ostvorstädtischen Turnhalle in Gera erklärte hingegen: »Es ist ein Arbeiter- und Soldatenrat zu wählen, dem die öffentliche Gewalt solange übertragen wird, bis durch eine Nationalversammlung die demokratische Gestaltung des neuen Staatswesens durchgeführt ist. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, die das Wohl des Volkes zu fördern geeignet sind.«⁵⁶⁶

Im Kern hatte die Geraer USPD mit ihrem Programm vorweggenommen, was nach dem 9. November 1918 durch Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid in Umrissen entwickelt wurde – ein Konzept zur demokratischen Sicherung der Revolution. Sein Ziel bestand in der festen Verankerung der Demokratie, um der Reaktion jede Möglichkeit zu nehmen, sie wieder zu beseitigen. Durch die Demokratisierung der Verwaltung sollten konterrevolutionäre Bestrebungen unmöglich gemacht werden. Vom »Rat der Volksbeauftragten« wurde ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm gefordert, das den Widerspruch zwischen formaler staatsbürgerlicher Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit aufheben sollte. »Solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktion schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletariat einen Pappenstein. Die Grundlagen dieser Abhängigkeit müssen mit Hilfe der uns durch die Revolution in die Hand gegebenen Mittel beseitigt werden. Dann erst können wir daran gehen, die Demokratie nach ihrer formalen Seite auszubilden. Dann wird die aus wirklichen, freien Volkswahlen hervorgegangene Nationalversammlung gewählt werden, um auf diesem Boden, den zu verändern ihr schwer sein dürfte, weiter zu bauen«, schrieb Rudolf Breitscheid am 16. November 1918 im USPD-Zentralorgan *Freiheit*.⁵⁶⁷

Der Ansatz der »rechten USPD« wurde auch von jenen Kräften in der MSPD mitgetragen, die wie August Baudert den Bestrebungen der radikalen Linken ablehnend gegenüberstanden. Er erklärte unmittelbar nach Beginn der Revolution in Weimar, die Grundlage der neuen republikanischen Staatsform sei das sozialdemokratische Programm.⁵⁶⁸ Konkret bedeutete das auch für ihn, dass die Kohlegruben und Erzbergwerke sowie die großen

⁵⁶⁵ Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 208. Anlage III.

⁵⁶⁶ *Reußische Volkszeitung*, 12.11.1918.

⁵⁶⁷ Zitiert nach Kolb: Arbeiterräte. S. 160.

⁵⁶⁸ *Volkszeitung*, 11.11.1918.

Kaliwerke verstaatlicht werden müssten.⁵⁶⁹ Der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin tagende Reichsrätekongress zeigte, dass das von Breitscheid und Hilferding entwickelte Programm im November/Dezember 1918 tatsächlich den Willen der großen Mehrheit der Rätebewegung repräsentierte. Die vom Kongress auf den 19. Januar 1919 festgesetzte Wahl zur Nationalversammlung entsprach der demokratischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie ebenso, wie die »Hamburger Punkte«⁵⁷⁰ ihren antimilitaristischen und die beschlossene Sozialisierung »der hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus«⁵⁷¹ aus ihren sozialistischen Überzeugungen resultierten.

Dass sich diese Maßnahmen zur Ausgestaltung einer sozialistischen Republik letztlich dem Votum einer allgemeinen freien und geheimen Wahl stellen mussten, stand für Rudolf Hilferding fest. Er ging davon aus, dass der im November 1918 existierende politische Zustand der faktischen Herrschaft der ASR, den er als Diktatur des Proletariats begriff, nicht auf Dauer aufrechterhalten werden konnte. Ihn jedoch in einer Übergangszeit zur Durchführung proletarisch-sozialistischer Maßnahmen zu nutzen war seiner Auffassung nach eine wesentliche Voraussetzung zur Erringung der Mehrheit der Arbeiterparteien in der konstituierenden Versammlung, deren Wahl die USPD-Führung im Frühsommer 1919 durchführen wollte.⁵⁷²

Demgegenüber gelang es der MSPD-Führung, die Frage der Nationalversammlung in ihrem Sinne zu entscheiden. Zunächst konnte sie die Vorstöße der »Revolutionären Obleute« zugunsten des Rätesystems am 16. November im Vollzugsrat und am 19. November auf der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte abwehren. Am 25. November sprach sich die große Mehrheit der führenden Repräsentanten der Bundesstaaten für die schnelle Wahl der Nationalversammlung aus, und vier Tage später forderten die mehrheitssozialdemokratischen Vertreter im Rat der Volksbeauftragten ultimativ die Festlegung eines Wahltermins.⁵⁷³ Dass Otto Geithner sein Votum auf der Reichskonferenz am 25. November gegen eine frühe Einberufung konsti-

⁵⁶⁹ *Volkszeitung*, 19.11.1918.

⁵⁷⁰ Die Hamburger Punkte beinhalteten die Unterstellung der militärischen Kommandogewalt unter die Kontrolle der zivilen Regierung, die Abschaffung aller Rangabzeichen und die Wahl der militärischen Führer durch die Mannschaften. Für die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin sollten die Soldatenräte verantwortlich sein. Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 105.

⁵⁷¹ Ebenda, S. 104.

⁵⁷² Kolb: *Arbeiterräte*. S. 161.

⁵⁷³ Ebenda, S. 131–133.

tuierenden Versammlung⁵⁷⁴ nicht als deren prinzipielle Ablehnung verstanden wissen wollte⁵⁷⁵, zeigt: Der radikal linke Flügel der Thüringer Rätebewegung vertrat im November/Dezember 1918 die Position der »rechten« USPD. Am 25. November forderte eine von der Jenaer USPD durchgeführte öffentliche Volksversammlung auf Antrag Emil Hölleins, vor der Wahl der Nationalversammlung die revolutionären Errungenschaften zu sichern und sie vor der Gegenrevolution zu schützen.⁵⁷⁶

Dabei hatte nicht nur Geithner registriert, dass über Nacht das gesamte bürgerliche Deutschland bis hin zu den reaktionärsten Kreisen ein Hort der Demokratie geworden sei,⁵⁷⁷ weshalb er am 20. November 1918 in einem Leitartikel des *Gothaer Volksblattes* Klarheit von der USPD-Führung forderte. Es sei selbstverständlich, dass das Bürgertum in dem Moment aufbegehre, in dem sich die politischen Verhältnisse völlig umkehren und es anstelle seiner bisherigen Herrschaft über die Arbeiterschaft sich nun der Diktatur des Proletariats unterwerfen müsse. Allerdings hätten jene, »die vorher uns geknechtet haben« kein Recht, sich darüber zu beschweren, »dass wir jetzt über ihre Köpfe hinweg die Maßnahmen durchsetzen, die zum Wohle nicht nur des Proletariats, sondern des ganzen Volkes notwendig sind«. Die gegenwärtige »Aufgabe des Proletariats liege in der völligen Verwirklichung des Sozialismus«. Dieses Ziel könne das Proletariat nur über den Weg der Diktatur verwirklichen, wenn es die Errungenschaften seiner Revolution nicht gefährden wolle. Vom Bürgertum sei nicht zu erwarten, dass es bei der Beseitigung der Grundlagen seiner Herrschaft über das Proletariat behilflich ist. In einer zum jetzigen Zeitpunkt zu wählenden Konstituante würden die gegenrevolutionären Kräfte das weitere Vorantreiben der Revolution unterbinden, weil sie noch ausreichend Möglichkeiten zur Manipulation des Volkswillens hätten, trotz formal allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Außerdem könnten sich die eingeleiteten wirtschaftlichen Umwälzungen noch gar nicht positiv auswirken.⁵⁷⁸

⁵⁷⁴ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 139.

⁵⁷⁵ Gegen die in bürgerlichen und teilweise auch in MSPD-Blättern verbreitete Meldung, Geithner sei wegen seiner Haltung auf der Reichskonferenz als Vorsitzender des Gothaer ASR abgesetzt worden, erklärte das Gremium, es sei ihm nicht eingefallen, sich gegen Geithner und für die Nationalversammlung zu erklären, weil der ASR Gotha nie grundsätzlich gegen die Nationalversammlung war. Geithner habe auf der Reichskonferenz mit dem Mandat des ASR Gothas gegen die sofortige Einberufung der Konstituante gestimmt. *Gothaer Volksblatt*, 05.12.1918.

⁵⁷⁶ Schulz: Der Weg in die Revolutionstage. S. 153.

⁵⁷⁷ *Gothaer Volksblatt*, 17.11.1918.

⁵⁷⁸ *Gothaer Volksblatt*, 20.11.1918.

Die übergroße Mehrheit in der Thüringer Rätebewegung ging jedoch wie der Gothaer USPD-Funktionär Cuno Blechschmidt davon aus, dass die Nationalversammlung den Bankrott der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr aufhalten könne. Die ASR würden sich ihre Machtmittel nicht mehr aus der Hand nehmen lassen und zur Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus nutzen.⁵⁷⁹ Zudem verband sich die innerhalb der Thüringer Rätebewegung vorherrschende Hoffnung auf die Wiederherstellung der proletarischen Einheit nun mit den Erwartungen an die Nationalversammlung. Ihnen verlieh Emil Vetterlein mit seinem Aufruf »An alle Sozialdemokraten Großthüringens« Ausdruck. Er erinnerte die Gegner der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung an das *Kommunistische Manifest*, das betont habe, zwischen Kommunisten und Proletariat gebe es keine grundsätzlichen Gegensätze. Dass die Nationalversammlung von der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft gefordert wird, sei eine reale Macht, gegen die auch tiefere Einsicht, historische Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis nichts ausrichten würden. Die links stehenden Genossen könnten die Arbeiter von ihrem selbst gewählten Weg nicht abbringen. Vielmehr müssten sich die Sozialdemokraten beider Richtungen in der gegebenen Situation darüber klar werden, wie das gemeinsame sozialistische Ziel zu erreichen sei. Für Vetterlein stand fest, dass hierzu die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Einheit trotz bestehender Differenzen die unbedingte Voraussetzung bildete. Deshalb forderte er »die Parteiinstanzen beider Richtungen des Thüringer Wahlbezirkes auf, entgegen der anders lautenden Beschlüsse ein Abkommen für die Wahl zur Nationalversammlung herbeizuführen.«⁵⁸⁰

Ähnlich argumentierte Heinrich Mehrhof in der Mitgliederversammlung der Erfurter USPD am 27. November. Er kritisierte die Haltung der Parteilinken gegen die Nationalversammlung als vorbehaltlose Anbetung der russischen Revolutionstaktik, mit der die Kraft der deutschen Revolution vergeudet würde. Dementsprechend rief die Versammlung die USPD-Volksbeauftragten auf, »prinzipiell die Einberufung der Nationalversammlung zu erstreben« und eine Verständigung mit der MSPD über ein geschlossenes Vorgehen im Wahlkampf herbeizuführen.⁵⁸¹ Auf der am 19. Dezember in Erfurt tagenden USPD-Bezirkskonferenz Großthüringen warb Mehrhof in seinem einleitenden Referat erneut für eine gemeinsame Kandidatenliste

⁵⁷⁹ *Gothaer Volksblatt*, 26.11.1918.

⁵⁸⁰ *Volkszeitung*, 14.12.1918.

⁵⁸¹ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 141f.

mit der MSPD bei der Wahl zur Nationalversammlung. Wenn auch die Revolution nicht mit parlamentarischen Methoden durchgeführt werden könne, müsse zugleich vor überstürzten Experimenten gewarnt werden. In der Überzeugung, dem Sozialismus gehöre die Zukunft, plädierte Mehrhof für eine systematische und zielsichere Sozialisierung. Hierfür könne die Nationalversammlung einen ruhenden Pol bilden, Voraussetzung sei jedoch eine sozialistische Mehrheit. Um sie zu erreichen, müsse das werktätige Volk mobilisiert und deshalb das Wahlbündnis mit der MSPD hergestellt werden.⁵⁸²

Der Beschluss des USPD-Thüringer Bezirksverbandes zeigt, in welchem Maße sich die Kräfteverhältnisse im Dezember 1918 zuungunsten der radikalen Linken verschoben. Nach den Ereignissen am 6. Dezember in Berlin hatten Rosa Luxemburg und die »Revolutionären Obleute« den Austritt der USPD aus der Regierung gefordert.⁵⁸³ Hierauf reagierte die Parteiführung mit einer scharfen Wendung gegen Links, insbesondere gegen die Spartakusgruppe. Deren Taktik wurde als bolschewistisch und unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der USPD erklärt. Rudolf Breitscheid spitzte die Auseinandersetzung zu, indem er den Austritt aus der Regierung und damit ein Bekenntnis zu Spartakus oder aber den Verbleib im »Rat der Volksbeauftragten« und eine scharfe Abgrenzung gegenüber der Parteilinken als alternative Handlungsoptionen darstellte.⁵⁸⁴ In dieser Logik gefangen, rückte die »rechte USPD« anstelle ihres Programms zur festen Verankerung der Demokratie die Frage »Rätediktatur oder Nationalversammlung« zunehmend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Wie die MSPD plädierte nun auch sie für einen frühen Wahltermin. Am 4. Dezember 1918 hatte die in Erfurt tagende Konferenz des ASR des Regierungsbezirks erklärt, dass von den »extremen Bestrebungen von links schwere Gefahren für die Revolution ausgehen« würden. Deshalb befürworteten die Delegierten einen frühen Termin für die Wahl der Nationalversammlung und forderten den bevorstehenden Reichsrätekongress zu einer entsprechenden Beschlussfassung auf. Zugleich sprach die Konferenz die Erwartung aus, dass zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien »schleunigst herbeigeführt wird«.⁵⁸⁵ Die Zentraltagung der ASR der Oberherrschaft Schwarzburg-Sondershau-

⁵⁸² *Gothaer Volksblatt*, 23.11.1918.

⁵⁸³ Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*, S. 71.

⁵⁸⁴ Zitiert nach Kolb: *Arbeiterräte*, S. 165 f.

⁵⁸⁵ *Tribüne*, 05.12.1918.

sen in Arnstadt erklärte sich am 8. Dezember ebenfalls für die schnellstmögliche Einberufung der Nationalversammlung.⁵⁸⁶ Auch die Konferenz der ASR des Landratsamtsbezirk Saalfeld hatte am 7. Dezember der Forderung nach möglichst rascher Einberufung der Nationalversammlung zugestimmt.⁵⁸⁷

Die Gründung der KPD

Infolge ihrer Niederlagen auf der Generalversammlung der Berliner USPD am 15. Dezember 1918⁵⁸⁸ und auf dem Reichsrätekongress sowie aufgrund der erfolglosen Forderungen nach einem USPD-Parteitag⁵⁸⁹ berief die Spartakuszentrale für den 29. Dezember eine Reichskonferenz ein. Über eine geplante Trennung von der USPD wurde in der Einladung nichts mitgeteilt. Entgegen internen Warnungen vor einer unvorbereiteten Abspaltung⁵⁹⁰ entschied sich die Reichskonferenz bei drei Gegenstimmen für die Gründung einer eigenen Kommunistischen Partei.⁵⁹¹

Die Thüringer Spartakusanhänger hatten sich bis Dezember 1918 hauptsächlich innerhalb der USPD engagiert und von einigen wenigen Ortsgruppen abgesehen keine eigenen Strukturen gebildet.⁵⁹² Der aus Erfurt stammende Karl Klein hatte als Soldatenvertreter zu den führenden Köpfen der Berliner »Revolutionären Obleute« gehört. Er kehrte kurz vor Weihnachten 1918 mit dem Auftrag der Spartakuszentrale in seine Heimatstadt zurück, hier eine lokale Gruppe aufzubauen.⁵⁹³ In der von ihm am 26. Dezember durchgeführten Versammlung zeigten sich jedoch jene Schwierigkeiten, mit denen die KPD in ihrer Gründungsphase konfrontiert war. Klein musste die Zusammenkunft ergebnislos abbrechen, weil ein großer Teil der Anwesenden nichtmarxistische und/oder syndikalistische Auffassungen vertrat.

⁵⁸⁶ *Tribüne*, 11.12.1918.

⁵⁸⁷ *Saalfelder Volksblatt*, 10.12.1918.

⁵⁸⁸ Die große Mehrheit der Berliner USPD Hugo Haases Plädoyer für die Nationalversammlung unterstützt, während Rosa Luxemburg Gegenposition nur von einer Minderheit geteilt wurde. Krause: USPD. S. 117.

⁵⁸⁹ Kolb: *Arbeiterräte*. S. 206.

⁵⁹⁰ Luban, Ottokar: Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2008/II. S. 73 f. (S. 69–76.)

⁵⁹¹ Weber, Hermann: *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED*. Berlin 1993. S. 9.

⁵⁹² Buchsbaum: *Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 54. Pöhlend: *Arbeiterbewegung in Ostthüringen*. S. 87.

⁵⁹³ Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt*. S. 215.

Mit lediglich maximal acht linken USPD-Mitgliedern bildete er schließlich die Erfurter Spartakusgruppe, die ihn und Hermann Lindemann zur Spartakus-Reichskonferenz delegierte.⁵⁹⁴ Mit Hermann Schulze aus Gera und dem Jenaer Edwin Morgner, den seine Frau Gertrud begleitete, nahmen insgesamt vier Thüringer Delegierte am Gründungsparteitag der KPD teil. Nach ihrer Rückkehr bereiteten sie in ihren jeweiligen Orten die Gründung von KPD-Gruppen vor. Bereits am 2. Januar 1919 entstand in Erfurt die erste KPD-Ortsgruppe in Thüringen, am 13. Januar folgte die Gruppe in Jena.⁵⁹⁵ Spürbaren Einfluss auf die weitere Entwicklung der Ereignisse besaß die KPD in den beiden nachfolgenden Jahren jedoch nur in geringem Umfang. Mit dem Beschluss ihres Gründungsparteitages, die Wahl zur Nationalversammlung zu boykottieren, hatte die junge Partei »eine Mischung aus theoretisch-fundierter Einsicht in die Lage und radikal-utopischer Überschätzung eigener Möglichkeiten« offenbart. »Blinde Aktionsgläubigkeit führte an den Rand des Putschismus, ultralinke Aktivitäten entfernten von der eigentlichen Zielstellung.«⁵⁹⁶

⁵⁹⁴ Ebenda, S. 176f.

⁵⁹⁵ Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 154.

⁵⁹⁶ Weber: Die Gründung der KPD. S. 48.

EIN AUSBLICK ANSTELLE EINES NACHWORTES

Die blutigen Berliner Januarkämpfe 1919⁵⁹⁷ veränderten die innenpolitische Situation in Deutschland nicht nur entscheidend zugunsten der sozialdemokratisch-bürgerlichen Ordnungskoalition und damit gegen die radikale Linke. Sie waren auch ein schwerer Schlag gegen jegliches Bestreben, der jungen politischen Demokratie ein sicheres soziales Fundament zu geben. Schon die Zeitgenossen erkannten, dass dieser Erfolg der Konterrevolution »eine historische Zäsur, eine Wende zur Katastrophe hin« bedeutete, die den weiteren »Gang der Dinge bis zum Untergang der Republik« 1933 bestimmte.⁵⁹⁸ Die Nachricht von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mobilisierte auch in Thüringen die sozialistische Arbeiterschaft über die bestehenden politischen Differenzen und Parteigrenzen hinweg zu massenhaften Protesten. An den Streiks und Demonstrationen nahmen in Erfurt, Suhl, Nordhausen, Jena, Eisenach, Gotha und Gera jeweils bis zu 20.000 Menschen teil.⁵⁹⁹

Die nach der Wahl zur Nationalversammlung gebildete Regierung Scheidemann, bestehend aus MSPD, Zentrumspartei und Deutscher Demokratischer Partei, bedeutete für das Verhältnis der Mehrheitssozialdemokratie zum Bürgertum faktisch eine Neuauflage der Burgfriedenspolitik. Sie richtete sich nun jedoch nicht gegen den »äußeren«, sondern gegen den »inneren Feind«. Wie die »Politik des 4. August« basierte der nachfolgende »Noske-Kurs« auf keiner strategischen Planung, er »entfaltete aber eine fatale Eigendynamik«. ⁶⁰⁰ Sein Bestreben, der Regierung gegenüber der Rätebewegung auch mit militärischer Gewalt Autorität zu verschaffen⁶⁰¹, war auch in Thüringen das auslösende Moment für die Konfrontationen im Frühjahr 1919 zwischen konterrevolutionären Freikorpsverbänden und der sich über die Parteigrenzen hinweg radikalisierenden sozialistischen Arbeiterschaft.

Das sprunghafte Wachstum der Thüringer USPD im Jahr 1919 war sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung.⁶⁰² Motiviert durch die Revolution strebte

⁵⁹⁷ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 120–133. Luban, Ottokar: *Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand. Legende und Wirklichkeit*, in: Luban: *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept*. S. 67–117.

⁵⁹⁸ Miller: *Bürde*. S. 235.

⁵⁹⁹ Schulze: *Novemberrevolution in Thüringen*. S. 165–167.

⁶⁰⁰ Brandt, Lehnert: *Geschichte der Sozialdemokratie*. S. 117.

⁶⁰¹ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 134.

⁶⁰² Hesselbarth: *USPD in Thüringen*. S. 30–49.

der von ihr maßgebliche geprägte »Republikanismus der sozialistischen Linken« eine sozial gerechte Gesellschaft an. Er stand damit in der demokratischen Tradition Thüringens und Mitteldeutschlands und bildete bis zur militärischen Besetzung durch die Reichswehr im November 1923 eine nur selten beachtete Alternative zum »demokratischen Weg Preußens«⁶⁰³, der den Untergang der Weimarer Republik trotz aller Leistungen nicht verhindern konnte. Eines der ersten konkreten Ergebnisse des »Republikanismus der sozialistischen Linken« war die Gründung des Landes Thüringen, denn es war die sozialistische Arbeiterschaft, die ausgehend vom 10. Dezember 1918 Thüringens »Kleinstaatenjammer« beendete. Diese Tatsache zählt zu den Leistungen und bleibenden Ergebnissen der Novemberrevolution 1918.

⁶⁰³ Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich, in: Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln/Weimar/Wien. 1998. S. 24f. (S. 15–29).

Impressum

Mario Hesselbarth: »Gegen das Hissen
der Roten Flagge auf dem Rathaus
erheben wir keinen Einspruch.«
Novemberrevolution 1918 in Thüringen

Jena, Dezember 2018, 2., korrigierte Auflage

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e.V., Käthe-Kollwitz-Straße 6,
07743 Jena, Telefon: 03641 449432,
rls.thuer@t-online.de, www.th.rosalux.de

Layout: Uwe Adler, Weimar

Abbildung Titel: StadtA Jena, Bildsammlung,
Abt. III, BF7, Nr.126

Mario Hesselbarth

ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Er ist Autor der Publikation »Zur Geschichte der USPD in Thüringen« (2017) und Mitherausgeber des Bandes »Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen – Biographische Skizzen« (2006).